

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentopreis pro Monat inl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitungs-Nr. 4163) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schonlau.

Inserate werden die gespaltene Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinssangeboten 15 Pfennige. — Schlesischer Tag nach höherem Tag. — Der Betrag ist im vorans zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr frisch in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Wittenstraße 7. Geschäftsstunde 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Wittenstraße 6 part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 14. Februar.

Das nenn' ich mir eine Regierung, die auf eine Exellenz von Meßsch als ihren Führer blickt: ich will nicht davon sprechen, dass dieser Minister aus dem Buche der Geschichte für seine staatsmännische Thätigkeit nichts gelernt hat; welcher Staatsmann des heutigen Bourgeoisstaates thätte dies? ich will nicht reden von der einzigartigen Verkenntung der sozialen und politischen Bedeutung der Arbeiterklasse für das Staatsleben; auch auf diesem Gebiet ist Herr von Meßsch gewiss nicht ohne Konkurrenz: nein, unser Wahstab soll bei der Beurteilung der Leidenschaft des Herrn Ministers zu Beginn der Wahlentrichtungsdebatte im sächsischen Landtag nicht zu hoch geschraubt werden. Nur eines haben wir allerdings erwartet: eine klare, rücksichtslose Kennzeichnung der Absicht und des Zweckes, welchen die sächsische Regierung mit ihrer Vorlage verfolgt.

Statt dessen serviert uns Herr von Meßsch in verlegener Schüchternheit ein Ragout von Widersprüchen, die den ganzen Effekt der reaktionären Vorlage discredieren und erst recht die Furcht vor der Sozialdemokratie verraten lassen. Der Minister sagt, dass in der Erklärung der Kammermehrheit die höhere Steuerleistung zum Maßstab für das Wahlrecht genommen werden soll, dass die Regierung diesen Grundsatz acceptiert habe. Damit ist das platonische Wesen der Wahlrechtsvorlage ohne Umschweif zugegeben. Fast im selben Atemzuge verteidigt sich aber Herr von Meßsch gegen die Insinuation, als ob die Regierung je die Hand zur Plutokratie bieten würde.

Weiter: Die Regierung würde niemals die Hand zu einer Entrichtung des Volkes bieten, sondern will das Wahlrecht nur einschränken und dazu soll das Volk Opfer an Rechten, die die Vorlage ihm zumutet, ohne Baudern bringen. Als ob diese Opfer eben nicht die Entrichtung gerade bedeuteten? Doch wer Opfer bringt, der handelt freiwillig, nicht gezwungen. Die Regierung hat aber gar nicht die Lust und den Mut, vor das Volk zu treten und seine Opferwilligkeit zu erforschen, sondern läuft durch den Landtag das Volk zu diesen Opfern zwingen, sie octrohiert diese Opfer, sie und der Landtag entrichten das Volk. Und warum? Etwa weil die Landtagsabgeordneten die Kinder der Volksstimme sind, um mit Herrn von Meßsch zu sprechen? So sagt zwar an einer Stelle Herr von Meßsch, um nach wenigen Sätzen das gerade Gegenteil zu behaupten: „Die gegenwärtigen Mandate können nicht als Ausdruck des

Willens der Wählerschaft gelten.“ Die augenblicklichen Kinder des Volkswillens künden also nicht des Volkes Willen — bravo, Herr Minister, da schlagen Sie ganz unseren Ton an, bloß doch wir auch der Regierung, in deren Mitte Herr von Meßsch sich befindet, die Beantwortung schenken, sie wolle das Volk nicht entrichten.

Doch wozu die Nede des Ministers des näheren würdigen? Die Mehrheitsparteien im sächsischen Landtag können stolz auf ihren Herrn von Meßsch sein: er ist aus ihrem Holze geschnitten. Rollfuß heißt der erleuchtete Abgeordnete, welcher meint, dass für die Entrichtungsvorlage kein Zeitalter so vollkommen geeignet gewesen sei, wie das jetzige. Rollfuß heißt der gute Ratgeber, der seine Nede mit dem Trumpe endete: Wem es in Deutschland nicht gefällt, der soll ins Ausland gehen.

Vielleicht, dass Herr Rollfuß und seine Freunde den Kiel der Auswanderung kriegen werden, weil es ihnen in Deutschland gar nicht mehr gefallen wird, wenn die Arbeiter nicht etwa gleich für immer auswandern, sondern wenn ihnen nur ein paar Tage lang einmal die Marotte eingesessen sollte, nicht zu arbeiten, sondern hübsch spazierend zu gehen. Das Gesäßhöhne und Gejammer der Herren, welche den Arbeiter so unbewusst ins Ausland weisen, möcht' ich sehen. Die ganze sächsische Produktion wäre gestört. Unternehmertum und Bourgeoisie würde an dieser Marotte bis auf die Knochen spüren, dass man die unzufriedenen Arbeiter nicht ungestraft ins Ausland weist.

Auf diesem Niveau bewegte sich mit Ausnahme der Neden unserer Genossen die denkwürdige Debatte über das gesuchte Attentat auf das Volk. Doch eines stand fest: der Entwurf muss Gesetz werden; und der Entwurf wird Gesetz.

In eine sachliche Auseinandersetzung mit einer Regierung und Parteien sich einzulassen, die in der gezeichneten Weise ihre reaktionären Pläne begründen, darauf verzichtet die Arbeiterklasse. Ihre politische Vertretung und damit sie selbst wird von oben herab leichter Hand als quantitatively negligible behandelt; gut, wollt ihr nicht die Arbeiterklasse als politisch gleichberechtigten Faktor anerkennen, so wird die Arbeiterklasse über alle Wahlrechtsgesetze hinweg diese Anerkennung abtragen oder euch aufzwingen. Die Arbeiter sind keine politischen Kinder mehr, sie haben eine mehr als 25-jährige politische Schulung hinter sich, sie sind politisch intelligenter als der grösste Teil der Bourgeoisie — sie lassen sich darum nicht als Kinder behandeln und sie lassen sich erst recht nicht nach zweieinhalb Dezennien

ihre Wahlrechte wegnehmen wie das Kind sein Spielzeug. Darum hier die Antwort der Arbeiterklasse:

Das neue Wahlgesetz bedeutet die Kriegserklärung an das Volk, an die Arbeiterklasse, und ihre Abgeordneten im sächsischen Landtag werden nicht versöhnen, diese Kriegserklärung dem Charakter der Arbeiterpartei entsprechend würdig zu erwideren: ihr wollt die politische Thätigkeit, die Mitwirkung an der Gelehrtung seitens der von der arbeitenden Bevölkerung gewählten Vertreter nicht, gut, euer Wunsch soll erfüllt werden. Doch an dem Tage, da das Volk entrichtet ist, da schwört es, des sind wir sicher, der Regierung sowohl wie den bürgerlichen Parteien Urfehde, und wenn Regierung und Bourgeoisie glauben, der Sozialdemokratie den Todesstoß versetzen zu können, sie aus einer bevorzugten Stellung vertrieben zu haben, dann mögen sie sich diesem Wahne ruhig hingeben: die nächste Reichstagswahl schon wird den Beweis erbringen, dass Regierung und die sächsischen Reaktionsparteien vom Volke verlassen und gemieden sind.

Und endlich vergesse man eines nie: die Arbeiterklasse besitzt in ihrer wirtschaftlichen Stellung innerhalb der modernen Produktion eine Macht, welche viel gefährlicher und viel vernichtender sich auf legalstem Wege, Herr Staatsanwalt, zu führen im stande ist, als sie heute unter dem freiesten Wahlrecht in absehbarer Zeit auf politischem Gebiete je von ihr zu erlangen wäre: das Gedanken und die Existenz aller unserer großen Städte, unserer Industriezentren liegt in ihrer Hand. Nimmt man ihr die geordnete, politische Waffe zur Erfüllung ihrer Forderungen, so bleibt ihr nur noch die Exekutive auf Grund ihrer ökonomischen Machtstellung und auf diesem Gebiete nehmen es keine Regierung, keine Armee, keine Kleinstabtigkeiten mit ihr auf.

Diesen einen Fleckenfehler haben die sächsischen Gesetzgeber jedenfalls in ihrer Rechnung übersehen.

Wohlan, nehm' den Arbeitern ihr Landtagswahlrecht, nehm' ihnen das Reichstagswahlrecht, kurz macht sie politisch tot: der Klassenkampf wird schärfer, er wird dank der Reaktion brutaler, gehässiger; eines wissen wir: die Arbeiterklasse ist doch mächtiger; ihr Sieg ist unbestreitbar, wenn sie auch bei dem heutigen Marsch der Reaktion eine harte, diktatorische Siegerin sein muss und wird.

Diese Perspektive eröffnen wir der Regierung als Antwort auf die erste Lesung der Vorlage im Landtag.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

„Kommen Sie, Herr Lieutenant,“ sagte Lisbeth, indem sie seinen Kopf an ihr laut pochendes Herz drückte, „ich will mich wieder dahin kauen — ich will frischen Thee ausbrühen und die Pfeife noch einmal stopfen. Die Geschichte ist ja auch noch nicht aus. Ich weiß ja noch gar nicht, was mit dem Stein wurde. War denn wirklich ein Zauber darin? Hat ihn denn Mustapha nie einer anderen Frau gegeben?“

„Einer anderen Frau?“ fuhr der Lieutenant auf.

Lisbeth haschte nach seinen Armen, den er wie drohend emporegereckt hatte, und hielt ihn fest, während sie mit ihrer freien Hand sein wirres Haar zu streicheln fortfuhr. Das beruhigte ihn wieder. Er schloss die Augen und schien eine ganze Weile in einen wohlthätigen Schlummer versunken.

Endlich fuhr er mit seinem Märchen fort, immer noch mit geschlossenen Augen erzählend:

„Ja, er gab den Stein noch einer anderen Frau — und zwar noch in derselben Stunde. Das war des Wirtes hübsches Töchterlein. Das kam, um ihn zu fragen, ob er nicht zur Nacht zu speisen gedenke, und sah ihn dabei mit so großen Augen an, von Mitleid feucht.“

„Da lachte Mustapha höhnisch und sagte: „Um Eure lange Rechnung zu bezahlen, werde ich daheim wohl erst ein Dutzend Kameele verkaufen müssen. Aber ich will Dir einstweilen diesen kostbaren Demant zum Pfande lassen.“ Er nahm den stumpfen Kiesel aus dem Beutel und drückte ihn dem Mädchen in die Hand — und siehe, da geschah das Wunder! Das Mädchen schrie hell auf und deckte eine Hand vor die Augen; denn sie war geblendet von den jungenhellen Strahlen, die auf einmal von den tausend blanken Kanten des Steines ihr Feuerwerk sprühten.“

„Sie war also die rechte?“ fragte Lisbeth elstig, indem sie sich zu dem Alten auf den Divan setzte und in seinen Mienen zu lesen suchte.

„Mag sein,“ versetzte er achselzuckend. „Mag auch wohl sein, dass das Wunder des Steines nichts anderes zu bedeuten hatte, als dass das Mitleid wohl demantecht sein könnte — nicht aber die sogenannte Liebe!“

Mustapha schenkte ihr den Stein und ging davon. Sein eigenes Herz war nun Stein zu geworden — und darum fand er auch das Kraut nicht, das gegen das Leben gewachsen ist! Er schlug sich durch die halbe Welt; aber kein Bliz traf ihn und die Kugeln prallten ab von dem Stein darinnen. Einen Freund gewann er aber draußen im wilden Kampfe mit dem Leben. Der wußte ihn gut zu trösten und stand mit dem Knochenmann auf Du und Du.

„Weiß Suleika, wer der gute Freund wohl war? Das war der Feuerwein, den der Prophet seinen Gläubigen so streng verboten hat. Und der Prophet strafte Mustapha für seinen Abfall. Denn als er einst heimlebte in seinem syrischen Dorflein, da fand er den alten Abdallah tot und die blühende Herde der Kameele von der Hand Allahs niedergeschlagen durch die grimmige Seuche.“

„Und damit hat mein Märchen ein Ende. — Ein hübsches Märchen, was?“

Lisbeth ergriff die dritte, matte Hand, die nach der ihren tastete, legte ihre Stirn darauf und benetzte sie mit heißen Thränen. Sie hatte das Märchen von Mustapha ibn Abdallah wohl verstanden.

Fünfter Tag.

Auch am nächsten Morgen noch genoß Harro von der Silie den Privatunterricht des Doktor Huhn, da den erwachsenen Herren Preßlers der Morgenzug von Berlin der frühen Abfahrtsstunde halber nicht konveniert hatte. Aber der gute Knabe war trotz seiner ernsten Vorsäye nicht allzu aufmerksam, dieweil Fräulein Lisbeth dabei anwesend war und überdies seine lebhafte Einbildungskraft seinen Geist auf schwundenden Bergspalten spazieren führte. Er hatte sie nämlich gestern abend in ihrem türkischen Kostüm gesehen, und der Anblick hatte ihn um das letzte Rechtchen gefunder Vernunft gebracht. Sein armes Herz war nun wie toll und trunken, seine Leidenschaft für das hübsche Kind zu einer Art Delirium geworden, in welchem er sogar seinen gesüglichen Pegasus nicht mehr zu zügeln vermochte. Er hatte ihn bei dem nächtlichen Besuch, die Reize der geliebten Odalisse in brennenden Farben zu schildern, schamlos in den Sand geworfen. Alle Glieder schmerzten ihn noch von dem Sturze, als er aus dem sühesten der Träume an diesem Morgen spät erwachte.

Owohl das lateinische Exercitium, das ihn Doktor Huhn schreiben ließ, von Fehlern wimmelte und er über seine Unwissenheit recht ungeschickt die Wahrheit gesagt bekam, so wünschte er doch nichts sehnlicher, als dass seine nichtsnutzigen Herren Müßchüler überhaupt nicht wieder-

Politische Übersicht.

Zur englischen Parlamentseröffnung schreibt uns unser Londoner Correspondent: Der jetzige Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Curzon, der Lord Salisburys Mundstück im Unterhaus ist, proklamierte einmal, so oft ein konservativer Minister am Ruder sei, herrsche Ruhe in Auswärtigen Angelegenheiten und Freude und Zufriedenheit in allen Gesandtschaften. Von den Wirkungen dieser jugendlichen Prophesie sah man gestern, weder im Oberhaus noch im Haus der Gewissinen, nicht die geringste Spur. Die Vorgänge waren sehr melancholisch, die Stimmung allgemein deprimiert und die Reden der Minister legten für alle erdenklichen Stimmungen Zeugnis ab, nur nicht für Freude und Zufriedenheit. Dem Lord Salisbury, der sonst so klar und deutlich ist, hatte man Mühe, zu hören, größere Mühe noch, ihn zu verstehen. Im Unterhaus machte sich bei dem gewöhnlich lebhaften und selbstbewuschten A. J. Balfour, dem Leiter des Unterhauses, eine ganz ungewohnte Langsamkeit beim Reden bemerklich, und seine Gesten, die sonst hochmütige Nachlässigkeit verraten, glichen dem Handedringen eines Verzweifelten. Der Grund dieser melancholischen Stimmung und Haltung der beiden Minister ist aller Welt ersichtlich: Fiasko und Unrecht auf allen Gebieten der äußeren Politik; Unruhe und Scham in allen britischen Gesandtschaften — das ist das Urteil der Minister.

Die von der Thronrede angekündigten Gesetzesvorschläge, dreizehn an der Zahl, sind beinahe ebenso zahlreich als die im Vorjahr von der liberalen Regierung des Lord Rosebery angekündigten — mit diesem Unterschied. Den Liberalen war mit ihren Gesetzesvorschlägen bitter ernst, zu ernst, so ernst, daß die Bourgeoisie durch das sozialistische Gespenst erschreckt, nicht mehr mitmachen wollte und in den Generalwahlen zu den Konservativen überging. Dass den Tories mit den angekündigten Gesetzesvorschlägen Ernst ist, möchte niemand behaupten. Mehrere davon, besonders die in den Schulangelegenheiten, werden von den liberalen Unionisten gar nicht gebilligt; sie sind den Hoch-tories und Anglokanern zu Viebe in das Programm aufgenommen worden. Aber die Minister würden es kaum wagen, mit solchen Fragen vor das Unterhaus zu treten, in denen nicht eine völlige Übereinstimmung der beiden Flügel der Partei zuvor erzielt wäre.

Auswärtige Angelegenheiten, so heißtt man, werden die Aufmerksamkeit der Gelehrten in so hohem Grade beschäftigen, daß für innere Politik kein Interesse übrig bleibt. Für dornenvolle auswärtige Fragen hat Lord Salisbury auch ausgiebig gesorgt. In allen Streitfragen der letzten Monate — Transvaal, Venezuela, Armenien — hat der edle Marquis so vollständig die Flagge streichen müssen, hat den Premier Englands Prestige, so gewaltig erschüttert, daß dieser Umstand allein für die sichtliche Verstimming, ja Melancholie, im Parlament die beste Erklärung abgibt. Lord Salisbury hat alle seine früheren Zusagen und Versprechungen, eine nach der anderen, widersehen oder wegerklärt. Das ist das Fazit seiner staatsmännischen Weisheit. Und in der Transvaal-Affaire wird es, falls man ihm nicht bei Seiten den Mund schließt, ebenfalls Unheil anstreifen. Bemerkenswert war, daß Sir W. Harcourt's Billigung der von Chamberlain in dieser Angelegenheit verfolgten Politik von den Liberalen mit Beifall begrüßt wurde, während die Tories, die den konservativen Kolonialsekretär umgaben, eisigkalt blieben. Jede Post bringt neue Verstärkung der gleich von Anfang an geäußerten Behauptung, daß die Chartered Company den ganzen Putsch in Scène gesetzt hat. Aber Lord Salisburys Nichte, der Leiter des Unterhauses, Balfour, will erst nach Wendigung des gerichtlichen Verfahrens gegen Jameson eine Untersuchung der Beziehungen der Company zu Südafrika aufstellen — wenn nötig!

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

B. Berlin, 13. Februar. Es ist ein Zeichen für den halben Sieg, den die deutsche Bourgeoisie über den Militär, Unter- und Beamtenstaat des Absolutismus nur zu erringen verstanden hat, daß sie sich in allen Fragen der äußeren Politik eine außerordentliche Zurückhaltung ausserlegt. Für die englische und französische Bourgeoisie hat die auswärtige Politik längst aufgehört, taugt zu sein; in Deutschland ist es ein Ereignis, wenn sich die Volksvertretung mit ihr beschäftigt.immer wird so gehalten, als stände hinter der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten mit ihrem großen und kostspieligen diplomatischen Apparat etwas Mysterioses, dessen Ausblick das profane Auge des Volkes nicht verträgt, und auch heute hätten wir im Reichstage beim Beginn

lehrten und er noch lange, lange der Privatschüler seines zukünftigen Schwiegersohns bleiben möchte — denn, daß er den Gegenstand seiner glühenden Leidenschaft so bald wie nur irgend möglich zu seinem ehelichen Weibe machen müsse, das stand bei der frommen Sinnesart und den soliden Grundzügen des jungen Herrn von der Lilie natürlich schon längst fest.

Mit dem Mittagszuge trafen die Herren Schüler aber doch wieder ein.

Siegmar Goldstücker erbte eine sofortige Audienz bei dem Herrn Direktor und konnte bereits fünf Minuten später seinen Freunden mitteilen, daß der Rittmeister die Hoffnung ausgesprochen habe, sie möchten sich im Reichshauptstädtchen recht gut amüsieren haben.

Die man zu Tische ging, nahm der Direktor die vier Durchbrenner für einen Augenblick beiseite und erklärte ihnen, sie seien zwar erwachsene Leute und er habe nicht das Recht, sie in der Ausübung ihres freien Willens zu behindern, dennoch aber müsse er sie bitten, für die Zukunft dergleichen Urlaubsumschriften im Interesse der Stetigkeit des Unterrichts und zur Vermeidung bösen Beispiels freundlich zu unterlassen.

Das war alles. Nur der Stimmung bei Tische merkte man es an, daß die schöne Harmonie zwischen Lehrern und Schülern im „Nürnberg Trichter“ durch irgend etwas gestört sein müsse.

Die in dem prahlenden Prospekt des Breidenbausch'schen Institutes erwähnte, Geist und Gemüth bildende Familienunterhaltung wollte nicht so recht in Schwung kommen, und der Gouverneur sonnte sich trotz des lebhaft abmahnenden Augenzwinkerns seines Chefs nicht enthalten, den Herren Schülern durch etliche bissige Bemerkungen nach Kräften die Suppe zu versalzen.

der Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes trotz der Ereignisse im Transvaal, trotz der drohenden Flottenvermehrung, nichts gehabt, als einige patriotische Danckyphen an die Weisheit der Herren in der Wilhelmstraße, wenn die Mehrheitsparteien ganz unter sich wären und ihnen nicht eine thakratische Minderheit gegenüberstände, deren Kenteruppe unsere Fraktion ist. So hatten wir denn heute eine hochpolitische Debatte. Über die Reden der Hammacher, Lieber, Mantensel und Kardorff können wir rasch hinwegsehen. Sie voten nichts als das übliche Tantam des Entzükens über die Macht Deutschlands und die Klugheit seiner Staatsleiter, die sich in der Transvaalfrage bewährt haben. Die Rede des Staatssekretärs v. Marschall enthielt keine Überraschung; er hatte bisher unbekannte Thatsachen für die Beurteilung der deutschen Weltpolitik nicht beizubringen, verstand es aber mit außerordentlichem Geschick, die bekannten Thatsachen so zu gruppieren, daß das Verhalten Deutschlands England gegenüber unantastbar erschien. Auf den entscheidenden Punkt, das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger, ging er freilich nicht besonders ein. Das wurde von Bebel nachher gründlich nachgeholt. Vorher hatte Richter die Debatte in dankenswerter Weise auf den herumspukenden Flottengründungsplan gelenkt und ihn auf das schärfste bekämpft. Die groß angelegte Rede Bebels untersuchte die Frage, welche Art der Politik Deutschlands im Interesse des Proletariats liegt. Er bekämpfte von diesen Standpunkt aus die Unstetigkeit, den politischen Coulissemachsel der deutschen Politik, Erscheinungen, die im vergangenen Jahre bei der ostasiatischen Frage sowohl wie bei der Politik am goldenen Horn ihm hervorgetreten zu sein schienen und die auf eine Annäherung an Russland und eine Brückierung Englands herauslaufen. Eine Antwort wurde Bebel nicht, auf dessen Standpunkt sich zum Teil auch der Volkspartei-Hausmann stellte. Die Rechte begnügte sich, während seiner Rede zu lärmern und Herr v. Liebermann gegen ihn vorzuschiden, dessen Entgegning in der sotsam bekannten rüden und geißlosen Manier dieses Landesknechts der Reaktion aussiel.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Landgericht in Altona der vielfach vorbestrafte Cigarrenarbeiter Mohseder zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte erschien am 11. Januar auf einer Polizeistation und stieß dort beleidigende Äußerungen über den Kaiser aus. Bekannter soll er dabei nicht gewesen sein.

Eine neue Art von Majestätsbeleidigung hat das Schöffengericht in Rodolfszell in Baden erfunden. Eine Anzahl Mitglieder des Militärvereins in Überlingen am Rhein war am Geburtstag des Großherzogs von Baden von der angeständigen Kirchenparade weggeblieben. Der Vorsteher, der zugleich Bürgermeister ist, rügte dies Verhalten, dessen sich sonst nur Sozialdemokraten schuldig machen: das sei eine Beleidigung gegen den Landesherrn. Gegen diesen Vorwurf erhoben die angeklagten Mitglieder eine Beleidigungslage. Das Gericht sprach den Vorstand kostenlos frei. Im Urteil wurde ausgeführt, daß das absichtliche Fernbleiben vom Kirchenbesuch an vaterländischen Festen als eine Beleidigung, wenn auch keine strafbare, des Landesherrn aufzusäßen sei, um so mehr, als die Kläger Mitglieder eines Militärvereins waren.

* Berlin, 14. Februar. Vertreter aller Parteien des Reichstags haben beschlossen, vom 22. d. Mts. ab beihilf Fördern der Kommissionarbeiten, insbesondere der Arbeiten der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch, im Plenum des Reichstags eine etwa zehntägige Pause einzutreten zu lassen. Die Budgetsteuervorlage wird erst nach dieser Pause zur Beratung gelangen.

Die Person, welche dem Kaiser einen Vorwärts in den Wagen war, hat sich als geistesgestört herausgestellt.

In der Bundesratssitzung am Donnerstag wurde der Antrag Mecklenburg-Schwerins, betr. die Zollbegünstigungen bei der Einfuhr von Getreide und anderen Erzeugnissen des Landbaues sowie die Vorlage, betr. die Verleihung von Korporationsrechten an die mit dem Sitz in Düsseldorf neugebildete Westdeutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft den zuländigen Ansprüchen überwiesen. Dem Ausschussbericht über den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betr. die Wahl der Mitglieder der Bezirksvertretungen und der Kreisvertretungen wurde die Zustimmung erteilt.

Die deutschen Zeitungsverleger hatten großes Vergnügen, durch den Gesetzentwurf gegen unlauteren Wettkampf könnte ihr

Interessen geschäft, doch die Hauptfache jedes bürgerlichen Betriebs unternehmens, bedenklich durch Klager und Strafen geschädigt werden und haben den Reichstag mit Petitionen bestimmt. In der Kommission des Reichstags über den unlauteren Wettkampf ist die Petition der Zeitungsverleger nunmehr verlesen worden. Zu § 1 lag ein Antrag des nationalliberalen Abg. Bassermann vor, welcher vorschlag, § 1 als Absatz 3 folgende Bestimmung hinzuzufügen:

„Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung in einer periodischen Druckschrift, so ist der Auspruch auf Erlass des entstandenen Schadens gegen die für den Inhalt der Druckschrift verantwortlichen Personen nur zulässig, wenn der verantwortliche Redakteur die Unrichtigkeit der Angaben kannte, oder wenn derselbe einen Verfasser oder Empfänger nicht nachweist, welcher sich im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet.“

Außerdem waren noch weitere Anträge eingegangen, die denselben oder einen ähnlichen Zweck verfolgten. Zeitungsinhaber nicht unter dieses Gesetz zu stellen. Die Regierung verhielt sich gegen die Petition des Vereins deutscher Zeitungsverleger und des Vereins Berliner Presse vollständig ablehnend, schon der Antrag des Abg. Bassermann wurde von ihr als zu weitgehend bezeichnet; für ein Justrat, von dem der Redakteur wisse, daß es falsche Angaben enthalte, müsse neben dem Redakteur des Verleger, Drucker etc. auch verantwortlich sein. Schließlich wurde aber doch der Antrag des Abg. Bassermann angenommen, im übrigen blieb § 1 unverändert. Wo's ums Geschäft, um den Profit geht, welcher einhellige Widerstand gegen die Regierung, wenn aber Drucker und Sefer etc. in politischen Prozessen zur Bestrafung herangezogen werden, dann jubelt die bürgerliche Presse womöglich hell auf.

Raum hört man von einer neuen Marinewerft, so beginnt sich auch die an Marinierungen beteiligte Industrie zu richten. So wird in Berlin bestimmt verichtet, Krupp will in Stettin in der Nähe der Schiffswerft Vulkan ein großes Werk zur Herstellung von Panzerplatten und schweren Schiffskanonen errichten. Herr Krupp scheint von der kommenden Marinewerft anscheinend besser unterrichtet zu sein als Volk und Reichstag.

Da regt sich die nationale Presse auf, daß eine Handvoll Leute im kleinen Lande Braunschweig auf einem sogenannten Parteidag der braunschweigischen Rechtspartei in welsischer Agitation gemacht hätte. Da paar Männer in Braunschweig haben sich nicht tränken lassen, daß sie mit ihrem mehr körnig als ernsthaft zu nehmenden Antrag an den Bundesrat, er solle den Herzog von Cumberland wieder als Herzog von Braunschweig in seine Rechte einsehen, in wohlgesetzten Letztartikel angegriffen würden. In ganz Braunschweig gibt es keine Hundert Welsen, und von denen, die es gibt, sind noch zwei Drittel Wierspfe. Und derwegen nun Kopfschlägen und Denunziationen.

Über das statliche Postverwalters-Chepaar, von dem der Reichspostmeister v. Stephan in seiner Staatsrede am 22. v. Mts. sprach, um die „gute Lage“ der Postbeamten im allgemeinen zu beweisen, hat die Frankfurter Volksstimme verschiedene Mitteilungen erhalten. Nach den im wesentlichen übereinstimmenden Angaben hat der korupiente Postverwalter mit der saft ebenso begäßigen „besseren Hälfte“ seinen Sitz in Grenzenhausen bei Montabaur und heißt Remy. Er ist weit und breit nicht nur wegen seiner Fülle, sondern auch wegen seines angestammten Reichtums bekannt; denn dieser stattliche „Musterjünger“ Stephan war schon in der Wahl seiner Eltern äußerst vorsichtig und glücklich; er hat sein Amt „nicht nötig“ und widmet sich demselben zwar mit Eifer, aber mehr aus Neigung, es scheint gewissermaßen sein „Sport“ zu sein. Vielleicht ist Herr v. Stephan so findig und gabelt unter seinen Gehlauenden von Angestellten noch so einige Ausnahmen auf, deren Vorhandensein gerade durch den Kontrast die traurige Lage der Postunterbeamten erhärtet.

So boykottieren Studenten. In Gießen sitzen Studenten, Angehörige des Corps Hessia, in der Kneipe und singen in der Gegenwart der Frau des Wirtes die gemeinsten Botenlieder. Der Wirt verbittert sich diesen Gesang, aber die Studenten treiben's noch toller. Am kommenden Morgen — so erzählt die Berliner Volkszeitung weiter — beschwerte sich eine Abordnung des Corps beim Brauereibesitzer Asprion, dem Besitzer der Wirtschaft, wegen des Benehmens des Wirtes und verlangte dessen sofortige Entlassung, im anderen Fall würden alle drei Corps das Lokal für den S. C. in Betrieb zu erklären. Die Brauerei aber erklärte, ihr Bapser habe vollständig Recht gehandelt und sie hätte keine Veranlassung, den Mann brotlos

slavischen Kraftmeier nach seiner Peife lustig tanzen und springen lassen.

Nach Tische trat Klaus Jürgensen an Doktor Huhn heran und fragte ihn mit ernster, geheimnisvoller Miene, ob er ihn in einer wichtigen, persönlichen Angelegenheit unter vier Augen sprechen könne.

Doktor Huhn erklärte sich bereit und hieß Lisbeth mit Fräulein Charlotte oder auch mit Harry von der Alice ein wenig spazieren gehen.

Sobald Doktor Huhn in seinem Stübchen mit Jürgensen allein war, holte dieser einen Brief hervor, in einem grün gemusterten Umschlag von allermodernster Eleganz.

„Ich habe Ihnen zunächst diesen Brief zu übergeben,“ jagte Jürgensen in möglichst gleichgültigem Tone und nahm dann schweflig auf dem nächsten Stuhle Platz. Er beobachtete aufmerksam das Gesicht seines Lehrers, das ihm nur halb zugewendet war.

Der hatte kaum einen Blick auf die Adresse geworfen, als er stutzte und sich versürzte. Hastig verjuckte er den Umschlag aufzurichten; aber er war bis in die Ecken so fest verklebt, daß das nicht anging. Mit heftig zitternden Fingern öffnete er sein Federmappe und schnitt den Brief an Rande auf.

Nur die Ueberschrift las er — da tastete er mit der Rechten nach der Lehne des Stuhles, der hinter ihm stand, als ob er sich stützen müsse. Er atmete heftig und seine Augen wandten sich scheu, fast furchtsam fragend seinem Schüler Jürgensen zu.

„Kennen Sie die Dame, die diesen Brief geschrieben hat?“ stieß er tonlos hervor.

„Tawohl, Herr Doktor! Allerdings erst seit zwei Tagen.“ Doktor Huhn zuckte schmerzlich getroffen zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

zu machen. „Hessen“ und „Starlenburger“ meiden seitdem die alten gewohnte Kneipe, die ersten beziehen auch seit dem Vorfall für ihr Corpshaus kein Bier mehr von Friedel u. Asprion. Also ein Boykott in vollster Form und aus welchem Grunde? Wenn dann die Studenten Richter und Staatsanwälte sind, bestrafen sie den Boykott seitens der Arbeiter, weil diese aus trügerischen Gründen den Beruf erklären.

b. Essen, 13. Februar. Die seiner Zeit von hier gemeldete Konfiskation des Allg. Beobachters wegen angeblicher Beleidigung der königl. Staatsanwaltschaft wird nun doch ein gerichtliches Nachspiel haben. Voreilig schien es, als sollte die Sache im Sande verlaufen. Nun aber ist auf den 22. Februar am hiesigen Landgericht Termin angefechtet gegen — den Redakteur E. Schorek und den Verfasser der instrimierten Artikel Beweis Schmidt-Duisburg. Das eigentlich an dieser Affäre ist, daß es der Untersuchungsrichter entgegen dem Antrag der Angeklagten abgelehnt hat, die in den vier Urteilen genannten Vertreter des rheinisch-westfälischen Grubenkollegs als Zeugen zu laden. Diese Maßnahme ist um so auffallender, als jenen Leuten (zum Teil heute noch lebend) die schwersten Verbrechen, Meineid, Fälschung, Unterschlagung usw. vorgeworfen wird. Der Redakteur Schorek sowohl wie auch Herr Schmidt haben es nach eigenem Eingeständnis darauf abgesehen, die Praktiken der Grubenbarone an das Tageslicht zu ziehen, ohne Rücksicht auf eine ihnen drohende Bestrafung. Also absichtliche Beleidigung und keiner der Angegriffenen hält es für nötig, so schwere Beleidigungen zurückzuweisen. Das läßt tief blicken. Lebrigens hoffen die Angeklagten dennoch die Herren Grubenbesitzer in das Gerichtsgebäude zu zwingen. Bezeichnend ist weiter, daß es den Angeklagten sehr schwer wird, hier im Amtsgericht einen Rechtsanwalt für ihre Sache zu gewinnen.

Italien.

Die italienische Kammer ist auf den 5. März nach langem Strecken des Erzählers Crispis einberufen. Neben die Vorgeschiede zur Unterzeichnung des Dekrets zur Einberufung der italienischen Kammer wird mitgeteilt, daß Crispis nur den Drohungen des Außenministers, aus dem Kabinett zu scheiden, wenn die Kammer zur Genehmigung der Kredite nicht einberufen werde, nachgegeben habe. Die Lage des Kabinetts ist nach Ansicht der Oppositionsblätter dadurch nicht verbessert. Man glaubt, daß wenn nicht bald ein entscheidender Sieg aus Acrea gemeldet wird, Crispis sich nicht mehr lange halten können. Wäre der Fall ein Glück für das durch Crispis Politik ausgesogene italienische Volk.

Serbien.

m. Belgrad, 13. Februar. (Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.) Der ehemalige Dragoman der russischen Gesandtschaft in Burszt, Jakobohn, der seiner Zeit die gestohlenen russischen Dokumente an Stambulow verkauft und seitdem in Bulgarien lebte, ist gestern aus Sofia ausgewiesen worden. Die Aussicht am Russland wurde wiederholt beantragt, bisher aber stets abgelehnt. Auf der Durchreise wurde Jakobohn auf Verlangen des russischen Gesandten im Coupé verhaftet und ins Belgrader Gefängnis eingeliefert. (Wiederholte.)

Soziale Rundschau.

Zur Bewegung der Konfektionsarbeiter. In Berlin ist die Zahl der Streikenden von 5000 am ersten Tage auf 10 000 gestiegen. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine gute. Am Sonntag finden große Versammlungen statt, in denen Bevölkerung, Fischer und Wurm sprechen werden. Die Zwischenmeister der Konfektionschneiderei beschlossen die Bildung eines Vereins zur Wahrung ihrer Interessen. Es wurde eine Kommission gewählt, die einer auf Freitag einzuberuhenden Versammlung einen mit den Unternehmern zu vereinbarenden Lohntarif vorlegen soll. Wird dieser abgeschloßt, so soll der Meister proklamieren werden. — Das Berliner Gewerbege richt hat heute an den Aufschlagspänen eine Bekanntmachung erlassen, in der die Arbeitgeberchaft in der Konfektionsindustrie, die Zwischenmeister und die Arbeitnehmerchaft aufgefordert wird, durch Generalversammlungen Körperstaaten zu erneuern, die befugt sein sollen, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts bindende Beschlüsse bei den Verhandlungen zur Beendigung des Ausstandes der Schneider und Schneidern zu fassen.

Breslau, 13. Februar. Zur Bewegung der Konfektionsarbeiter. Der Streik der hiesigen Konfektionsarbeiter ist zu Ende gegangen, ohne wesentliche Erfolge für die armen Opfer krassester Ausbeutung zu bringen. Allerdings ist eine Vöhrerhöhung von durchgehends 10 Proz. zugesstanden, da man sich aber nicht über einen feststehenden Tarif für die Bezahlung der einzelnen Arbeiten einigen konnte, wird das Bugeständnis der Herrn Unternehmer für die Arbeiter nur einen recht problematischen Wert haben. Außerdem hat ein reichliches Drittel der hier domicilierten Konfektionsfirmen, darunter charakteristischerweise gerade die beiden einzigen „christlichen“ Firmen, sich überhaupt nicht zu irgend einem Bugeständnis herabgelassen. Die Zustimmung der streikenden Arbeiter und Arbeitnehmerinnen zu den Abmachungen der Streikkommission mit den Unternehmern wurde dann auch erst nach sehr lebhaften Verhandlungen in einer von über 2000 Streikenden besuchten Versammlung erzielt. Und doch hätte eine Fortsetzung des Streiks nur noch auch die geringfügigen Vorteile in Frage gestellt, die sich durch das „Entgegenkommen“ der Unternehmer boten. Zunächst waren neuenswerte Mittel zur Fortführung des Kampfes nicht vorhanden und weiter machte schon die Thatsache, daß einige Tausend Frauen und Mädchen, von welchen die Arbeit für Konfektionsfirmen mehr oder weniger als Nebenverdienst zu dem Arbeitsverdienst des Mannes oder Vaters betrachtet wird, sich an der Arbeitseinstellung nicht beteiligten, die Errichtung eines vollen Erfolgs ganz unmöglich. Nach dem Urteil vieler Streikenden hat auch die von den Berliner Konfektionsarbeitern geübte Verzögerungspolitik lärmend auf die Aktionsfähigkeit der hiesigen Arbeiter jener Branche, dagegen ermutigend zu lebhafterem Widerstand auf die Unternehmer eingewirkt. Es ist nicht zu leugnen, daß das Vorgehen der Konfektionsarbeiter Deutschlands in der That die notwendige einheitliche Leitung und damit ein rasches und gleichzeitiges Vorgehen an allen in Beträcht kommenden Orten vermissen ließ. — Die hiesigen bürgerlichen Kreise, die Behörden und ebenso die gesamte bürgerliche Presse hier haben ihre Sympathien mit den Streikenden mehr oder minder deutlich erkennen lassen. Selbst die Schlesische Zeitung, das Hauptorgan der schlesischen Großgrundbesitzer usw., trat in einem besonderen Leitartikel für die Forderungen derselben ein — zweifellos mehr aus Haß gegen das hier besonders

in Betracht kommende jüdische Geldproletariat, als aus wirklichem Mitgefühl mit der jammerhaften Lage der armen Konfektionsarbeiter.

Mährisch-Ostrau, 14. Februar. Sämtliche Kohlenarbeiter der Karwinie-Gruben beschlossen, wegen ungerechtfertigter Entlassung von 16 Arbeitern am 24. d. M. in den Streik einzutreten, falls jene Leute nicht wieder angenommen werden sollten.

Aus der Partei.

Breslau, 13. Februar. Heute stand gegen den verantwortlichen Redakteur der Polizei, Genosse Neukirch, Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht an wegen Verächtlichmachung von obrigkeitslichen Anordnungen. Der Verteidiger Neukirchs hatte jedoch eine Ladung erhalten zur Verhandlung einer anderen gegen Neukirch anhängigen Sache (Beleidigung der elbässischen Polizei), weshalb die Verhandlung vertagt werden mußte. Der Staatsanwalt meinte zur Entschuldigung des vorgeladenen Fehlers, „daß keine bei den vielen gegen die Polizei anhängigen Sachen schon mal passieren“. Wirklich nicht übel! Die Verfehlungen des Angeklagten werden natürlich von niemandem vergütet. — Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung, angeblich begangen durch einen Gerichtsbeamten der Polizei, musste von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

b. Groitzsch, 12. Februar. Nicht besonders erfreut dürfte der Pegauer Bürgermeister Heydemann sein, wenn er die Rede Auer's, die denselbe im Reichstag über die Handhabung des sächsischen Vereins- und Versammlungsrechts gehalten hat, zu Gesicht bekommt. Bekanntlich wurde in genannter Rede auch die Art und Weise des hiesigen Bürgermeisters gebührend geißelt. Einige Personen haben nun genanntem Herrn die Beilage der Volkszeitung, in welcher ein Auszug der Auerischen Rede enthalten ist, durch die Post zukommen lassen. Da der Poststempel auf Groitzsch lautet, so hat der hiesige Herr sofort die hiesige Polizei davon in Kenntnis gesetzt, um die Misschäden aufzudringen zu machen.

Dresden, 13. Februar. Der Streik in der Herren- und Knabenkonfektion scheint sich für die Arbeiter günstig gestalten zu wollen. Außer früher Esders und Schütte haben jetzt Paul Wolf, Samter u. Co. und Eger u. Sohn die Lohnforderungen fast vollständig bewilligt. Dies sind die bedeutsamsten Firmen, und ist dieser Erfolg bei der Lohnbewegung in keiner Weise zu unterschätzen. Die Forderung der Betriebswerftäten ist von keiner Firma bewilligt worden. Diese Forderung wird weiter aufrichtig erhalten, denn mit der Zeit werden auch die Zwischenmeister und Hausarbeiter sich der Ansicht nicht verschließen können, daß die Haushaltungsindustrie dasjenige Nebel ist, welches die Konfektionsbranche weit herunter gebracht hat.

Zum Fall Schorlemers wird, entgegen dem Reinigungsversuch der Deutschen Tageszeitung, dem Vorwärts von unterrichteter Seite geschrieben: „v. Schorlemers laufte vor ca. 2 bis 3 Monaten einige Pferde, angeblich um dieselben auf seiner Besitzung in Großenhain zu gebrauchen, und zahlte hierfür Accele, zahlbar bei der Deutschen Bank. Bei dieser Bank war aber vor einem Gutshaben dieses Herrn absolut nichts bekannt, auch hat Herr v. Schorlemers die Pferde nicht in Großenhain verwendet, sondern dieselben sofort nach Einkauf wieder verkaufst, um sich Geld zu machen, welches er für seinen persönlichen Gebrauch nötig hatte. Nach dem Bekanntwerden der Fälligungen waren auch bereits einige konservative Freunde bereit, die Sache tot zu machen; ca. 30 000 M. waren bereits deponiert. Es scheint aber, als ob diesen Herren die Sache jetzt zu umfangreich dorthinmunt, denn es dürfen wohl ziemlich viele derartige Fälle sein, und dann hat dieser Herr auch bereits in früherer Zeit ähnliche Planläder vollführt, die allerdings nicht an die große Glocke gekommen sind.“

An dem Freiherrn von Schorlemers versucht die Deutsche Tageszeitung Mohrenwäsche vorzunehmen. Wir verzichten darauf, die unglückliche Darstellung des Agrarierblattes ausführlich wiederzugeben. Es sei nur kurz bemerkt, daß Freiherr v. Schorlemers in reinster Uueigenmüdigkeit und im Interesse eines Freunden gehandelt haben soll. Der Edle!

Meißen, 13. Februar. Der Eisenarbeiter G. Grünshuh, welcher seit neun Jahren in der hiesigen Maschinenfabrik und Eisenfasserie von Schindler u. Grünwald thätig war, wurde am Sonnabend plötzlich ohne jedwede Rücksicht oder sonstige Verständigung entlassen, weil er sich damit befaßt hatte, Petitionsbogen gegen die Verstärkung des Landtagswahlrechts zu richten zu lassen. Sobald der Arbeiter seine persönliche politische Ansicht zur Geltung bringen will, liegt er, wenn sich dieselbe mit den Interessen des Geldsack nicht verträgt, aufs Pfaster. Das ist die Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmers!

Pirna, 13. Februar. Genosse Fleißner, der Vertrauensmann des 8. Kreises, trat am Montag nachmittag eine sechsmalige Gefängnisstrafe an, die er sich zugestanden, weil er gelegentlich eines Vortrages einige Behörden beleidigt haben sollte. Möge er möglichst gesund der sächsischen „Freiheit“ wiedergeben werden!

Zwickau, 13. Februar. Wegen eidesstattlicher Versicherung falscher Angaben — betreffs der Steuereinschätzung wurde ein Delikat hiesiger Gegend vom Landgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Reichenbach, 13. Februar. Die drei hiesigen Saalbesitzer pflegten bisher ihre Säle der Sozialdemokratie zu Versammlungen einzuräumen. Infolgedessen wurde über alle drei das Militärverbot verhängt und die Kontrollversammlungen sollten nicht mehr in Reichenbach, sondern in dem benachbarten Mylau abgehalten werden. Unter dieser Schmach wäre unser Ort natürlich zu Grunde gegangen. So weit indessen sollte es doch nicht kommen. Alle drei Wirtshäuser haben sich nun kontraktlich verpflichtet, der Sozialdemokratie die Säle nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Man erhofft nunmehr auch — wohl mit Recht — Aufhebung des Militärverbots und weitere Abhaltung der Kontrollversammlungen an unserem Orte. Reichenbach ist damit gerettet.

Geyer, 13. Februar. Wie das Wochenblatt für Geyer berichtet, hielt sich derselbe während der letzten Tage ein Beamter der Staatsanwaltschaft zu dem Zwecke auf, um betreffs einer derselbst anhängig gemachten Beleidigungsangabe über ehemals

angeblich vorgelassene nicht zulässige städtische Angelegenheiten Verhöre anzuhören.

Die Begründung des Verbots von Gerhart Hauptmanns Schauspiel Die Weber durch die Kreishauptmannschaft Leipzig.

Das Leipziger Polizeiamt hatte seiner Zeit dem Münchener Theaterdirektor Meithaler die hier beabsichtigte Aufführung von Hauptmanns Weber verboten. Die hiergegen von Meithaler bei der Kreishauptmannschaft erhobene Beschwerde wurde, wie bereits früher von uns mitgeteilt, verworfen.

Das Leipziger Tageblatt ist jetzt in der Lage, die Begründung der Kreishauptmannschaftlichen Entscheidung zu veröffentlichen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Das Schauspiel schildert in 5 Akten den geschäftlichen Verkehr zwischen den Fabrikanten und den Webern des Eulengebirges, sowie insbesondere die Art der Lohnzahlung, die in Folge des geringen Verdienstes entstandene Notlage der Weber, den aus dieser Notlage erwachsenden und von einzelnen Agitatoren noch geschürten Gross der Weber gegen die in Wohlstand und Luxus lebenden Arbeitgeber und die bereits mit mechanischen Webstühlen arbeitenden Fabrikanten, die Verhängung dieses Gross durch Angriffe auf die Fabrikanten und Verstörung ihres Eigentums und das hierdurch veranlaßte Einschreiten des Militärs, und endigt, ohne den schließlichen Ausgang des Kampfes zwischen dem Militär und den Webern selbst darzustellen, mit der Erziehung eines alten Webers, der gerade an dem Aufstande sich nicht beteiligt hatte, sondern mit Entscheidung den Verlockungen zur Teilnahme entgegentreten war. Der Referent behauptet nun, daß das Schauspiel hierbei „nicht an die schlechten Zustände der Armen, sondern an die guten Instinkte der Reichen“ appelliere, im übrigen aber „nicht aktuelle Verhältnisse, sondern ... unter genauer Feststellung des sozialen und soziologischen Zustandes die speziellen Weberverhältnisse im sächsischen Eulengebirge im Jahre 1844“ schildere; in letzterer Beziehung macht er gellend, daß die Weberbewegung von 1844 auf „ganz besonderen Ursachen“ beruhe, die nur in jener Gegend und zu jener Zeit zu Tage getreten seien, und daß „die Gründe des Weberaufstandes auch mit Sozialismus oder Sozialdemokratie nicht das geringste zu schaffen“ gehabt hätten.

Ob dem Schauspiel die vom Referenten bezeichnete Tendenz, mit der allerdings der Inhalt des Stücks nicht allenthalben im Einklang stehen würde, wirklich zu Grunde liegt, kann füglich dahingestellt bleiben. Denn die Unbedeutung einer Theateraufführung ist weniger nach den Absichten, die der Verfasser des aufzuführenden Stücks mit letztem verfolgt, als vielmehr nach der voraussichtlichen Wirkung der Aufführung zu beurteilen. Bei der Beurteilung der Wirkung aber, welche die Aufführung jenes Schauspiels in Leipzig voraussichtlich haben würde, kommen nicht nur die „Reichen“, d. h. die Besitzenden, an deren „gute Instinkte“, nach der Aufführung des Referenten, das Schauspiel appelliert, sondern in noch höherem Maße diejenigen Kreise in Betracht, welche die Herstellung einer auf dem Gemeinwohl aller beruhenden Rechts- und Wirtschaftsordnung anstreben und den von ihren Führern und in ihrer Presse beharrlich als „Ausbeuter“ bezeichneten Besitzenden mehr oder weniger feindselig gegenüberstehen: erscheint die Aufführung jenes Schauspiels in der von zahlreichen Anhängern der Sozialdemokratie bewohnten Stadt Leipzig geeignet, in diesen Kreisen Hass und Verachtung gegen die Besitzenden und die das Privateigentum schützende Rechtsordnung zu erregen oder die Führer der Sozialdemokratie, die gerade die Erregung solcher Hasses und solcher Verachtung als Mittel zur Bekämpfung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung benutzen, in der Anwendung dieses misslichen Kampfmittels zu unterstützen, dann ist auch das angefochtene Verbot des Polizeiamtes gerechtfertigt.

Diese Voraussetzung hat die königliche Kreishauptmannschaft für gegeben erachtet. Daß das Schauspiel, wie der Referent unter Bezugnahme auf zwei anderwärts über die Unbedeutung der Aufführung desselben ergangene Urteile ausschlägt, die vor einem halben Jahrhundert festgestellten Verhältnisse der Weber im Eulengebirge in wahrheitsgetreuer Weise schildert, mag hierbei nicht bezweifelt werden. Des Weiteren ist auch dem Referenten darin beizupflichten, daß diese Verhältnisse von den gegenwärtigen wesentlich verschieden sind, und demzufolge sein gerechter Urteil vorliegt, die Schilderung dieser Verhältnisse in den heutigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen zu verwerfen. Nach der Aufführung aber, die in den oben bezeichneten Kreisen herrscht und von den Führern der sozialdemokratischen Bewegung gesellschaftlich genährt wird, und die allein für die Beurteilung der Wirkung jener Aufführung auf diese Kreise maßgebend sein kann, ist das Gegenteil der Fall, ist der Zustand, der in Schlesien den Weberaufstand von 1844 verursacht hat, gegenwärtig nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar über größere Gebiete verbreitet und demzufolge das fragliche Schauspiel von hervorragend „aktueller“ Bedeutung. Zum Beweise dessen genügt es, darauf hinzuweisen, daß bei Eröffnung des Kongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau am 6. Oktober vorigen Jahres von dem Abgeordneten Liebknecht die Provinz Schlesien unter ausdrücklichem Hinweis auf den Weberaufstand und jenes Schauspiel als diejenige Provinz bezeichnet worden ist, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegenseit der Klassen früher als in irgend einem andern Teile Deutschlands zu Tage getreten ist (vergleiche Beilage zu Nr. 238 der Leipziger Volkszeitung vom 7. Oktober 1895) und daß noch in der Sitzung des Reichstags vom 15. vorigen Monats der Abgeordnete Molens buhr ganz im allgemeinen die Zustände der Haushaltung, in der die Leute sich „totarbeiten oder verhungern“ müßten, als solche bezeichnet hat, wie sie z. B. in Hauptmanns schlesischen Schauspiel von hervorragend „aktueller“ Bedeutung. Zum Beweise dessen genügt es, darauf hinzuweisen, daß bei Eröffnung des Kongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau am 6. Oktober vorigen Jahres von dem Abgeordneten Liebknecht die Provinz Schlesien unter ausdrücklichem Hinweis auf den Weberaufstand und jenes Schauspiel als diejenige Provinz bezeichnet worden ist, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegenseit der Klassen früher als in irgend einem andern Teile Deutschlands zu Tage getreten ist (vergleiche Beilage zu Nr. 238 der Leipziger Volkszeitung vom 7. Oktober 1895) und daß noch in der Sitzung des Reichstags vom 15. vorigen Monats der Abgeordnete Molens buhr ganz im allgemeinen die Zustände der Haushaltung, in der die Leute sich „totarbeiten oder verhungern“ müßten, als solche bezeichnet hat, wie sie z. B. in Hauptmanns schlesischen Schauspiel von hervorragend „aktueller“ Bedeutung. Zum Beweise dessen genügt es, darauf hinzuweisen, daß bei Eröffnung des Kongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau am 6. Oktober vorigen Jahres von dem Abgeordneten Liebknecht die Provinz Schlesien unter ausdrücklichem Hinweis auf den Weberaufstand und jenes Schauspiel als diejenige Provinz bezeichnet worden ist, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegenseit der Klassen früher als in irgend einem andern Teile Deutschlands zu Tage getreten ist (vergleiche Beilage zu Nr. 238 der Leipziger Volkszeitung vom 7. Oktober 1895) und daß noch in der Sitzung des Reichstags vom 15. vorigen Monats der Abgeordnete Molens buhr ganz im allgemeinen die Zustände der Haushaltung, in der die Leute sich „totarbeiten oder verhungern“ müßten, als solche bezeichnet hat, wie sie z. B. in Hauptmanns schlesischen Schauspiel von hervorragend „aktueller“ Bedeutung. Zum Beweise dessen genügt es, darauf hinzuweisen, daß bei Eröffnung des Kongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau am 6. Oktober vorigen Jahres von dem Abgeordneten Liebknecht die Provinz Schlesien unter ausdrücklichem Hinweis auf den Weberaufstand und jenes Schauspiel als diejenige Provinz bezeichnet worden ist, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegenseit der Klassen früher als in irgend einem andern Teile Deutschlands zu Tage getreten ist (vergleiche Beilage zu Nr. 238 der Leipziger Volkszeitung vom 7. Oktober 1895) und daß noch in der Sitzung des Reichstags vom 15. vorigen Monats der Abgeordnete Molens buhr ganz im allgemeinen die Zustände der Haushaltung, in der die Leute sich „totarbeiten oder verhungern“ müßten, als solche bezeichnet hat, wie sie z. B. in Hauptmanns schlesischen Schauspiel von hervorragend „aktueller“ Bedeutung. Zum Beweise dessen genügt es, darauf hinzuweisen, daß bei Eröffnung des Kongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau am 6. Oktober vorigen Jahres von dem Abgeordneten Liebknecht die Provinz Schlesien unter ausdrücklichem Hinweis auf den Weberaufstand und jenes Schauspiel als diejenige Provinz bezeichnet worden ist, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegenseit der Klassen früher als in irgend einem andern Teile Deutschlands zu Tage getreten ist (vergleiche Beilage zu Nr. 238 der Leipziger Volkszeitung vom 7. Oktober 1895) und daß noch in der Sitzung des Reichstags vom 15. vorigen Monats der Abgeordnete Molens buhr ganz im allgemeinen die Zustände der Haushaltung, in der die Leute sich „totarbeiten oder verhungern“ müßten, als solche bezeichnet hat, wie sie z. B. in Hauptmanns schlesischen Schauspiel von hervorragend „aktueller“ Bedeutung. Zum Beweise dessen genügt es, darauf hinzuweisen, daß bei Eröffnung des Kongresses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau am 6. Oktober vorigen Jahres von dem Abgeordneten Liebknecht die Provinz Schlesien unter ausdrücklichem Hinweis auf den Weberaufstand und jenes Schauspiel als diejenige Provinz bezeichnet worden ist, welche den ersten Klassenkampf erlebt hat, in welcher der Gegenseit der Klassen früher als in irgend einem and

Gesellenverein der Steinsetzer.

Sonnabend den 15. Februar abends 8 Uhr

Fortsetzung der Generalversammlung

im Universitätskeller, Ritterstraße 7, I.

Tagesordnung: 1. Statuten-Änderung. 2. Ergänzungswahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller ist notwendig. [1896]

Der Vorstand.

Verein der in Leipziger Buchbindereien

und verw. Berufszweigen beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Sonnabend den 15. Februar abends 9 Uhr

Oeffentliche Vereins-Versammlung

im Saale des Restaurant zum Johannisthal, Hospitalstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Riedel über: Die Entwicklung und die Aufgaben der Arbeiterorganisationen. 2. Gewerkschaftliches oder gewerkschaftliche Standpunkte.

Zahlreichen Besuch erwartet. [1892]

Der Vorstand.

Holzarbeiter!

15. Februar Oeffentliche Versammlung

im Universitätskeller, Ritterstraße 7.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die kommunalen Arbeitsmärkte. Referent: Kollege Meusel. 2. Bericht der Heberg-Kontrollkommission u. Neuwahl derselben. 3. Gewerkschaftliches. [1912]

D. u.

Achtung! Bauhandarbeiter!

Sonntag den 16. Februar vormittags 11 Uhr Oeffentl. Versammlung

im Universitätskeller, Ritterstraße 7. [1892]

Jeder Bauhandarbeiter hat zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Radfahrer. Mitglieder-Versammlung

im Römischen Hof, Mittelstraße 11. Zahlreiches Erscheinen notwendig. D. u.

Maschinisten u. Heizer

sowie Berufsgenossen von Leipzig und Umgegend.

Sonntag den 16. Februar nachmittags 3 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Universitätskeller, Leipzig, Ritterstraße 7, I.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Rauchentwicklung, Rauchverhütung und Rauchverbrennung. 2. Diskussion. 3. Berufs-Umschau. 4. Anträge und event. Wahl eines Delegierten zur General-Versammlung des Deutschen Verbandes.

5. Gewerkschaftliches. Alle Maschinisten und Heizer sind hierzu eingeladen. Der Einberufer.

Konsumverein Stötteritz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Sonntag den 16. Februar 1896 nachmittags 5 Uhr General-Versammlung

im Gasthaus zum Deutschen Haus in Stötteritz.

Tagesordnung: 1. Weisheitsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Allgemeines.

NB. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Der Vorstand. [1825]

Klempner

von Leipzig und Umgegend.

Sonnabend den 15. Februar 1896

Winter-Vergnügen

zum Besten des Unterstützungs-fonds arbeitsloser Kollegen

im Albertgarten zu Anger-Crottendorf.

Unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins Ascania (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes Vorwärts) und der Neuen Leipziger Konzertkapelle Krüger.

Ball bis früh.

Um gültigen Zuspruch bitten.

Programme im Vorverkauf à 15 Pf. sind in den bekannten Cigarren-Geschäften in 2. Anger, in unserem Verleihlokal, Seeburgstraße 28, und im Bößfett im Albertgarten zu haben. [1841]

Bekanntmachung.

Ein neues vervollständigtes Verzeichnis der Herren Vergle und der Apotheken der Ortskrankenkasse Leipzig u. Umgegend ist erschienen, und liegen Exemplare bei der Rassenverwaltung und den Meldestellen zur Empfangnahme bereit.

Leipzig, den 14. Februar 1896.

Die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Dr. Wilhelm Schwabe, Vorsitzender. [1820]

Kleiner Krystall-Palast

Karlstraße Nr. 2.

Sonnabend und Sonntag Austich des hochseinen

Crostitzer Bockbieres.

Max Schröter.

NB. Ein kleines Gesellschaftszimmer ist noch einige Tage in der Woche frei. [1817]

Restaurant z. Gambrinus, Krauzstrasse 48.

Bringe meine Lokalitäten in freundl. Erinnerung (großes Gesellschaftszimmer). Guten kräft. Mittagstisch. Kalte und warme Speisen. Hochseines Bayerisch u. Lagerbier. Ergebnet Hermann Holthausen.

Berantwortlicher Redakteur: Mag Lorenz in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Schüttels Hof, Gerichtsweg 14.

Sonntag Grosses Frühschoppen-Konzert im neu restaurierten

16. Februar im neueröffneten Lokal.

Speckkuchen und ff. Naumannsches Lagerbier.

Dazu lädt freundlich ein [1844] Christian Koch.

Glockenstrasse 4 Morgen Sonnabend

Restaurant Jäger Schlachtfest.

Sonnabend und Sonntag Große Bockbierfest.

Hierzu lädt freundlich ein [1825] Richard Jäger.

Bier- u. Speisehaus O. Schindler, Sternwarten-

strasse 18. Freitag den 14., Sonnabend den 15., Sonntag den 16. und Montag

den 17. d. Mts. [1810]

Ausschank eines wirkl. pickseinen Zwenkauer Bockbieres

Ausnahmeweise für diese Tage freudig von zarter Damenhand

unter angewohner musikalischer Unterhaltung bei allgemeinem Rundgesängen.

ff. Bockwürstchen. Rettich gratis.

Zu diesen besondern gemütlichen Abenden erlaube ich mir ein verehrtes

Publikum ergebenst einzuladen. O. Schindler.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfehlte fröhliche Gemüse-Mittagstisch, à portion 40 Pf.

Restaurant Wilhelmshöhe Plagwitz Braustr. 1.

Empfahle meine geräumigen Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer, Billard,

Platino u. zur geselligen Begegnung. Biere und Speisen in bekannter

Güte. [1876] Max Lässig.

Restaurant Kamerun, Plagwitz Nonnen-

str. 52. Sonnabend Schweinsknochen. Sonntag Speckkuchen.

Gesellschaftliches Schweinauskegeln. Soje können jetzt schon ausgespielt werden.

Um gültigen Zuspruch bitten [1830] Hermann Richter.

L.-Plagwitz, Restaurant und Café National, Karl Heine-Strasse 71.

Halte meine Lokalitäten sowie Vereinszimmer bestens empfohlen. Verschiedene

Tageszeitungen liegen aus, darunter Vorwärts, Ischth. Monat u. Naspel. Biere

u. Speisen v. bekannter Güte. Sonntags frisch Spektakel. Achtungsvoll Karl Müller.

Heute u. folgende Tage Ichter

Ausschank des ff. Bockbieres von C. W. Naumann. [1839] D. D.

Restaurant z. Reichshallen, Lindenau Karl Heine-Str. 104.

Bockbier-Austich. Franz Rübener.

Sonnabend Freikonzert. [1881]

Restaur. Waldschlösschen, Lindenau.

Sonnabend und Sonntag Erstes grosses Bockbier-Fest

verbunden mit großartigem Konzert aufgeführt von verschiedenen

Künstlertruppen.

Rettich gratis. Entrée frei. Rettich gratis.

Zu zahlreichem Besuch lädt ein Herm. Büttner.

Albertsburg, Kleinzschocher

Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. Februar des ff. Naumannschen Bockbieres.

Hierzu lädt ergebenst ein [1821] Karl Schäfer.

Bürgergarten, Kleinzschocher

Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. Februar des ff. Naumannschen Bockbieres.

Es lädt ergebenst ein [1822] Mutter Lange.

Großzschocher, Gasthof z. Mühle.

Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. Februar Bockbierfest verbunden mit Freikonzert.

ff. Bockwürstchen mit selbstgebackenen Pfannkuchen.

Um zahlreichen Besuch bittet H. Voigt.

Schleußig Marienburg Könnertz-strasse.

Sonnabend und Sonntag, den 15. u. 16. Februar Bockbieres.

Ausschank des hochseinen Lützschenauer Bockbieres

verbunden mit musikalischer Unterhaltung.

Fröhle Bedienung. Bockwürstchen und Pfannkuchen von bekannter Güte.

Hierzu lädt freundlich ein [1838] R. Kraft.

Ullrichs Restaurant, L.-Volkmarsdorf.

Endstation der Pferdebahn.

Sonnabend und Sonntag Bockbieres. ff. Speisen

Austich des ff. Mühlöden Bockbieres. u. Getränke.

Rettich gratis. [1808] Um gültigen Zuspruch bittet G. Ullrich.

Restaurant Kohlrabi-Insel.

Sonnabend und Sonntag [1827]

Großer Bockbier-Austich.

Hierzu lädt freundlich ein August Arnold.

Stötteritz, Restaurant zum Anker.

Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. Februar 1. Austich des hoch. Stötteritzer Bockbieres.

Hierzu lädt alle Freunde u. Bekannte ergebenst ein Hochachtungsvoll Oskar Richter.

Restauration Ratskeller L.-Hellerhausen, Wurzener Straße 134.

Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. Februar

Grosser Bockbier-Ausschank

und Freikonzert. [1826]

Hierzu lädt ergebenst ein Br. Kirchberg.

Arbeiterverein Leipzig.

Sonnabend, 15. Februar, abends 8 Uhr

1. (Leipzig, Georgenstr. 20, 2. Hof 1.)

Vortrag von Herrn E. Zimmermann:

Gegen falsche Auffassung totalitatorischer

Bestrebungen.

2. (Lindenau, Schule, Lilienstraße)

Diskussion.

1. Beilage zu Nr. 37 der Leipziger Volkszeitung, Freitag 14. Februar 1896.

Reichstag.

80. Sitzung vom 13. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Hl. zu Hohenlohe,
v. Marshall, Graf Pöhlwsky.

Die zweite Berathung des Reichshaushaltsgesetzes
für 1896/97 wird fortgesetzt beim Etat des Auswärtigen
Amtes.

Beim Gehalt des Staatssekretärs bemerkt der Berichterstatter
Prinz v. Arenberg, daß aus dem Etat des Auswärtigen Amtes
die ausgaben aufgeschieden sind, welche sich auf die
Kolonien beziehen.

Abg. Hammacher (halt.): Die Budgetkommission hat
die politische Lage Deutschlands diesmal im Zusammenhang mit
den Nachrichten behandelt, das die verbündeten Regierungen die
Absicht versiegeln, die deutsche Flotte in großartigem Stile zu
vermehren. Nicht um diesen Gegenstand geht es zu approndieren — das geschieht zweckmäßiger bei Berathung des Marine-Etats —
sondern damit schon heute die Vertreter der politischen Parteien
wollten wissen, ihre Haltung in dieser Frage darzulegen, halte ich mich für verpflichtet auszuführen, welche Stellung meine
politischen Freunde zu der Frage der Flottenvermehrung einnehmen.
Wir begrüßen die Erklärung des Herrn
Staatssekretär Freiherrn v. Marshall, daß die verbündeten
Regierungen nicht beabsichtigen, dem Reichs-
tag eine Vorlage zu machen, welche auf eine
Vermehrung der Flotte über die im Marine-
Etat ausgeworfene Position hinausgeht.
Mit besonderer Genugtuung hat es uns erfüllt, daß Herr
v. Marshall erklärt, daß die verbündeten Regierungen sich nicht
identifizieren mit jenen unserlosen Plänen, die in letzter Zeit in
der Presse besprochen und besürwortet sind; derartige Vorlagen
würden in dem hohen Hause den lebhaftesten Widerspruch
finden. (Sehr richtig!) und die Thätigkeit lähmten, welche
unbedingt erforderlich ist, diese Fragen einer glück-
lichen Lösung entgegenzuführen. Wenn Herr v. Marshall
erklärt hat, daß die Regierung, ohne eine Rendition in unserer
auswärtigen Politik einzutreten zu lassen, sich ernstlich mit der
Prüfung der Frage beschäftigt hat, ob die gegenwärtige
Auslastung zur See ausreicht zur Wahrung der deutschen Interessen, so erkennen meine politischen Freunde darin nur den
Ausdruck der historischen Verantwortlichkeit - Bewußtsein, welches der deutschen Regierung immer eigen war. Nicht bloß
bei der Regierung, sondern auch in den Kreisen ernst nach-
denkender politischer Männer verdient es eine sehr reizliche Er-
wägung, ob unsere Flotte in ihrem gegenwärtigen Zustand
ausreicht, die deutschen überseeischen Interessen genügend zu
schützen, ob auch insbesondere die Nothwendigkeit vorliegt, die
Zahl unserer Kreuzer zu vermehren. Welches aber auch immer
das Ergebnis der Erwägungen der Regierungen und des Bundes-
rats sein möge — gelangt eine darauf bezügliche Vorlage an
den Reichstag, so werden wir ebenso wie früher nicht allein mit
dem nötigen Patriotismus, sondern auch mit der
nächtern Erwagung sie einer Prüfung unterziehen, ob sie in
den geforderten Mitteln gerechtfertigt ist. Damit ist diese Frage
für uns zur Zeit parlamentarisch erledigt.

Das gestern den Reichstag über die neueren Vorgänge in
Südafrika vorgelegte Weißbuch enthält nur in einem Punkte
etwas Neues und eine Auflösung von einer gewissen Bedeutung.
Durch englische Blätter wurde die Nachricht verbreitet, daß
Deutschland bereit sei, um dem Präsidenten Krüger und der süd-
afrikanischen Republik in ihrem Kampfe gegen die "Rhodesia" zu
Hilfe zu kommen, Verhandlungen mit Portugal wegen Ent-
sendung von Truppen nach der Delagoa-Bai angeknüpft habe.
Diese Nachricht entspricht nach dem Weißbuch der Wahrheit
nicht. Es befand die Absicht, einen Theil der Mann-
schaft des "Seeadley" in der Delagoa-Bai zu landen, und dann, auf den Wunsch des Konsuls von Herff, nach
Johannesburg zu schicken, um das deutsche Konsulat und die
deutschen Interessen zu schützen. Herr v. Herff hatte die Re-
gierung über eine bevorstehende revolutionäre Bewegung in
Johannesburg unterrichtet, und es war deshalb Pflicht der
deutschen Regierung, den Weg zu beschreiten, den sie beschritten
hat. Durch die glückliche Niederholzung der in die süd-
afrikanische Republik eingedrungenen Freikräfte wurde in glück-
licherweise die Veranlassung entfallen, an eine Landung von
Truppen in der Delagoa-Bai zu denken. Sie werden alle aus
dem Weißbuch die Überzeugung gewonnen haben, daß unser
Auswärtiges Amt mit Entscheidlichkeit und Energie, aber auch
mit Rücksicht und in streng abgegrenzten Formen die Rechte Deutsch-
lands in der gefährdeten südafrikanischen Republik zu wahren ver-
standen hat. (Weißfall.) Ich glaube, der Reichstag schuldet dafür dem
Auswärtigen Amt einen lebhaften und aufrichtigen Dank. (Wieder-
holter Weißfall.) Wir alle, glaube ich, dürfen mit Stolz in der
Grußsalutation des deutschen Kaisers einen Alt des deutschen
Selbstbewußtseins, einen Ausdruck der Gesichts des deutschen
Volkes erkennen. (Weißfall.) Die englische Bevölkerung bezw. die
englische Presse haben sich sogar zu Feindseligkeiten gegen den
deutschen Kaiser und die deutsche Nation verauslagt gesehen.
Sie beklagen das auß. tiefste und wollen es mit der größten
Entzürfung als unberechtigt zurück. Wir alle haben das Gefühl,
daß die Erweiterung der Kluft, welche jetzt zwischen der
englischen und der deutschen Nation zu bestehen scheint, auch für
uns etwas Ernstes und Bedenklisches ist. Möge es der deutschen
Diplomatie gelingen, jene Kluft allmählig auszufüllen.

Staatssekretär v. Marshall: Bevor ich die Anfrage über
unsre Verhältnisse zu England beantworte, muß ich einen kurzen
Blick auf die Entwicklung unsrer Beziehungen zu Transvaal werfen. Die rechtliche Stellung dieser
Republik ist festgelegt in der Konvention derselben mit England
von 1884. Darin ist der Republik für ihre inneren Angelegenheiten
völlig Selbständigkeit gewahrt, dagegen hat sich England
bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten, obgleich auch hier
gegen den früheren Zustand eine erhebliche Erweiterung der
Befugnisse der Republik eingetreten ist, eine Kontrolle
insofern vorbehalten, als nach Artikel 4 der Konvention Verträge
und Vereinbarungen mit anderen Staaten mit Ausnahme des
Orange-Freistaats der Genehmigung der Königin unterliegen.
An diese Konvention knüpfen sich geistlich und auch urtümlich die
Beziehungen an, die wir seitdem mit der südafrikanischen Re-
publik unterhalten haben. Bereits im Sommer 1884 trat die
Republik mit und in Verhandlungen, die am 22. Januar 1885
zum Abschluß eines Handelsvertrages führten. Dieser
Vertrag hat nach Artikel 4 der Konvention die Ge-
nehmigung der englischen Regierung erhalten; er blieb also
eine unanfechtbare Grundlage für unsre Beziehungen. In diesem
Vertrage ist uns die Freiheit der Niederlassung, die Handels-
freiheit, die Freiheit des Gewerbebetriebes in der Republik ge-
wahrt, gleichzeitig auch die Meitsbegünstigung. Wir haben
danach in allen diesen Beziehungen auch nicht hinter England
zurückzutreten. (Hört!) Stehen wir also vor der Frage, was
haben die Deutschen eigentlich in der Republik zu suchen,
so dürfen wir in voller Ruhe antworten: wir wollen
dort die Rechte ausüben, welche die Republik mit Ge-
nehmigung Großbritanniens und vertragsmäßig eingeräumt hat.
Wir wollen nicht, daß dort staatsrechtliche und faktische Ver-
änderungen eintreten, welche unsre Rechte erschweren oder

verschleiern können. (Weißfall.) Was in den letzten zehn
Jahren zur geistlichen Entwicklung in dieser Beziehung gelobt
ist, hat sich alles am hellen lichten Tage vollzogen; wir haben
dabei nichts zu verschweigen und zu beschönigen und nichts zu
rechtfertigen. Wir haben vor Jahren eine Dampferlinie nach
der Delagoa-Bai errichtet und eine Bahn von der portugiesischen
Landesgrenze nach Pretoria gebaut. Deutsche Reichs-
angehörige haben sich dort niedergelassen und sind an
Unternehmungen dort beteiligt. Diese legitimen Interessen
wollen wir pflegen und fördern im freundlichen Welt-
kampf mit anderen Nationen. Dieser Pflicht kann und wird
das Deutsche Reich sich nicht entziehen. (Weißfall.) Wir wollen
den status quo aufrecht erhalten bezüglich der Delagoa-Bai und
bezüglich des Besitzstandes unserer Eisenbahn, und wir wollen
die Erhaltung der Selbständigkeit der südafrikanischen Republik,
wie sie vertragsmäßig gewahrt ist. In diesem durch-
aus konservativen Programm stehen wir weder mit Eng-
land noch mit irgend einer anderen Macht in Widerspruch;
wohl aber treten wir in einen starken Gegensatz zu jenen Ve-
streben, welche in Südafrika ganze Arbeit machen wollen,
welche anstreben wollen mit den selbständigen Staatsgebilden
und dem Reichsland anderer europäischer Mächte, welche ganz
Südafrika verändern und zu einem einheitlichen Wirtschafts-
gebiet machen wollen. Durch den Sieg dieser Bestrebungen
würden wir allerdings eine schwere Schädigung unserer
Interessen erfahren, und wir haben auch Kolonial-
besitz in Südafrika, also auch politische und nicht ausschließlich
wirtschaftliche Interessen. Man hat uns vorgehalten, wir
buhlen um die Gunst der Buren — es ist in diesem Zusammen-
hang auch das Wort sofortigen gefallen und wollten uns
in ihre Angelegenheiten mischen. Sympathien der Völker lassen
sich nicht regulieren und kontrollieren; die beiderseitigen Vor-
würfe schließen sich aus und ich würde kein sichereres Mittel,
soweit ich die Buren kenne, mit dem wir bei ihnen alte Sympa-
thie für Deutschland von Grund aus zerstören und ausrotten
können, als eine Haltung unsererseits, die den Verdacht erregte, daß
wir uns in ihre Angelegenheiten mischen wollen und daß wir ein
moralisches und rechtliches Protektorat erstreben. (Weißfall.)
Wir haben bei uns im Innern so manche Schwierigkeiten (Heiterkeit; Hupe: sehr gut!) zu über-
winden, so daß ich nicht wähle, woher uns die
Zustommen sollte, auch noch die Verant-
wortung für die inneren Angelegenheiten
anderer Staaten zu übernehmen. (Heiterkeit)

Objektiv betrachtet war der Einfall Dr. Jameson's ein
volkerechtswidriger Akt (Sehr richtig!), der auch unsere Inter-
essen bedrohte und damit für uns das Recht und die Pflicht
einzugreifen. Wenn behauptet wird, daß Präsident Krüger
unsre Intervention angerufen habe, so ist das ein Irrthum;
mir ist nichts davon bekannt geworden. Sofort nach Eingang
der betreffenden Nachricht habe ich auf Anweisung des
Herrn Reichskanzlers mich an die englische Regierung mit
der Anfrage gewendet, welche Maßnahmen dieselbe zu
ergreifen gedenkt, um die Gefahren zu beschwören, die
durch den Einfall Jameson's entstanden waren. Mit dieser
Anfrage haben wir einmal unsere Interessen gewahrt und gleich-
zeitig der Sonderstellung Englands Rechnung getragen. Die
englische Regierung hat uns mit Bereitwilligkeit mitgetheilt,
welche Maßregeln sie schon vorher getroffen hatte, um, so weit
sie es können, Dr. Jameson zu züchterlicher Bewegung zu veran-
lassen; ich muß in vollem Maße annehmen, daß die englische
Regierung mit aller Energie und Umsicht alle Schritte gethan
hat, um dieses Ziel zu erreichen, und daß, wenn
es trotzdem Blutvergießen eintrat, die englische
Regierung keinerlei Verantwortung hatte. Es könnte darüber kein Zweifel bestehen, daß der Einfall des
Dr. Jameson in Verbindung stand mit der Bewegung der so-
genannten Nationalpartei in Johannesburg, daß jener Einfall
ein Signal sein sollte zur revolutionären Bewegung in dieser
Stadt. Wäre der Schlag gelungen, so standen zunächst
anarchistische Zustände zu befürchten, und für die Deutschen war
die Gefahr um so größer, als in Johannesburg Elemente von
ganz verschiedener Art vorhanden sind und die
deutschen Reichsbürgers in entschiedener Gegnerschaft
zu jener Nationalpartei standen. Es hätten sich dort
Viele ereignen können, die uns der vorwurfsvollen
Frage ausgelegt hätten: wie war es möglich, daß bei der
relativ kurzen Entfernung — 20 Stunden Eisenbahnsfahrt —
ein deutsches Kriegsschiff landete, ohne daß auch nur der Ver-
such gemacht wurde, den bedrängten Deutschen in Pretoria zu
Hilfe zu kommen? (Sehr richtig!) Aus diesen Erwägungen
heraus habe ich nach der Wissung des Herrn Reichskanzlers
dem Antrage des Konsuls v. Herff stattgegeben und ihn
ermächtigt, im Notfalle zum Schutz des Konsulats und der
Deutschen, die darin Zuflucht suchten, das Landungsboot des
Schiffes "Scudler" heranzuziehen. Es handelt sich um 50 Mann,
die aureichend waren, um das Konsulat mit den Deutschen zu
schützen, aber in keiner Weise ausreichend für andere Zwecke.
Ich habe gleichzeitig an die portugiesische Regierung die Bitte
gerichtet, die Landung des Corps zu genehmigen, weil diese Ge-
nehmigung zur Landung und zum Durchmarsch unumgänglich war.
Bevor die Antwort darauf eintraf, war die Gefahr für die
Deutschen bestellt und damit die Sache erledigt. Das ist die
einfache Thatsache. Wir haben bei den Verhandlungen, die sich
an die Festnahme des Dr. Jameson knüpften, eine absolute
Gutschaltung beobachtet. Wir kann in diesem Augenblick dasselbe
angeleistet der Erwähnung, mit denen sich die Regierung in Pretoria
beschäftigt nach der Richtung, ob mit Blödsit auf das rapide
Anwachsen von Johannesburg eine Erweiterung der Rechte der
Uitlanders möglich sei. Aus dem Weißbuch haben Sie ent-
nommen, was wir verhandelt haben. Man pflegt solchen Publi-
kationen den Vorwurf zu machen, daß sie sich über das bereits
bekannte in größter Breite ergeben, dagegen eigentlich die inter-
essantesten Dinge verschweigen. Ich will nicht sagen, daß
dieser Vorwurf in allgemeinen unbegründet sei (Heiterkeit). Ich kann Ihnen nur amlich versichern, daß es in
diesem Falle nicht zutrifft, daß das Weißbuch voll-
ständig die Verhandlungen enthält, die wir insbesondere mit der
englischen Regierung gehabt haben. (Befürmmung.)

Unsere Beziehungen zu der englischen Regierung haben keinen
Angenommen aufzuhören, gute, normale und freundliche zu sein.
(Weißfall.) Die England hat aus Unabsicht der jungen Vorgänge
eine hochgradige Erregung gegen Deutschland Platz gegriffen,
die in Wort, Schrift und Bild einen sehr scharfen Ausdruck ge-
fundet hat. Ich unterlasse den aussichtslosen Versuch, gegen
Stimmungen mit Argumenten zu kämpfen und ich will mein
Wort sprechen, welches Del in Heuer gießen könnte; ich le-
scheine mich darauf, die Thatsachen, wie sie sich zugetragen
haben, gegenüberzustellen den Vermuthungen, welche aus den
Ereignissen des Tages hervorgegangen sind. Es ist nicht
deutsche Art, fremdes Recht anzutasten. Davon haben
wir stets Beweise gegeben, daß wir fremde Interessen
und fremdes Recht achten und wir sind gern bereit, mit
allen anderen Nationen in den besten Beziehungen zu stehen.
Allerdings sagen wir vorne, daß diese Achtung gründet (Sehr richtig!) und
daß die Empfindlichkeit des einen Theiles, mag sie noch so be-
rechtigt sein, Hand in Hand geht mit der gehörigen Rücksicht auf

die Empfindlichkeit des anderen. (Weißfall.) Die öffentliche
Meinung in England pflegt das, was sie will, mit großem Frei-
mut zum Ausdruck zu bringen, ohne angstlich darüber zu grübeln,
was das für einen Eindruck auf das Ausland macht. Das ist ihr Recht,
aber dann sei man auch nicht allzu empfindlich, wenn wir einmal
das gleiche thun, und wenn wir in dieser Frage, die unsere
Interessen berührt und die öffentliche Meinung Deutschlands aufs
Lebhafteste bewegt, dann auch mit gleichem Freimuth sagen, was wir
denken und fühlen. (Weißfall.) Die Freiheit beanspruchen wir,
dass, wenn unser Interesse bedroht wird durch offenkundiges
Unrecht, wie es als solches bezeichnet und unsere Genugtuung,
daß das Unrecht unterlegen und Recht doch Recht geblieben ist,
in einer Form zum Ausdruck bringen, wie es dem Empfinden
der ganzen Nation entspricht. (Wiederholter lebhaftester Weißfall.)

Abg. Lieber (8.): Mit meinen politischen Freunden bin
ich sowohl durch das vorgelegte Weißbuch als insbesondere durch
die eben gehörten Darlegungen des Herrn Staatssekretärs in
vollem Maße befriedigt. Wir wünschen die Erhaltung und
Wiederherstellung guter Beziehungen zu England, aber niemals
auf Kosten des Rechts und der Großmachtposition des Deutschen
Reiches. (Weißfall.) Wir legen Wert darauf, daß es auch im
Ausland über allen Zweifel klar sei, daß in auswärtigen An-
gelegenheiten das Zentrum im Reichstage und im Reiche keine
Auskunftsstellung gegenüber den nationalgeführten Parteien
Deutschlands einnimmt, daß wir mit vollem Vertrauen hinter
dem gegenwärtigen Seiter der auswärtigen Angelegenheiten
stehen. Wir hoffen, daß die Erkenntnis dieser Thatsachen das
heute dazu beitragen werde, um jenes schöne Wort zur vollem
Wahrheit zu machen, mit welchem der deutsche Kaiser vor den
versammelten Vertretern der verbündeten Regierungen und des
deutschen Volkes und unter lebhaftster Zustimmung derselben
das Jubelwort des Deutschen Reiches eingeweiht haben: Das
Deutsche Reich wird nach wie vor eine Stütze des
Friedens bleiben. (Weißfall.)

Abg. v. Mantius (5.): Meine Freunde bedauern
ebensoviel wie das Zentrum die Diskussion dadurch zu ver-
längern, daß wir die Stellungnahme zu der Flottenvergrößerung
hier vortragen. Ich beziehe mich auf das, was Herr v. Massow
in der Kommission gesagt hat. Wenn ich mit wenigen Worten
auf die Neuerungen des Staatssekretärs eingehe, so will ich
hervorheben, daß uns die Ausschreibungen desselben und das
Weißbuch nach jeder Richtung hin befriedigt haben. (Weißfall.)
Die Ausschreibungen haben in dem einen Punkte, der mit der
Transvaal-Angelegenheit nichts zu thun hat, lebhafte Widerhall
gefunden, nämlich als er sagte, daß wir im Innern Schwierig-
keiten genug hätten und nicht gewillt seien uns in die Ver-
hältnisse anderer Länder einzumischen. (Weißfall.) Wir hoffen,
daß die Regierung damit in erster Linie die agrarischen
Schwierigkeiten meint. (Heiterkeit links.) Wir hoffen, daß
die Regierung in erster Linie diesen Wohlständen abhelfen wird.
(Heiterkeit. Hupe: Fertig!) Nein, noch nicht! (Große Heiter-
keit.) Nur in dem äußersten Fall kann eine Körper-
schaft wie der Reichstag sich in die Verhältnisse der äußeren
Politik mischen. Deshalb hätte es meinem Wunsche und dem
meiner politischen Freunde mehr entsprochen, wenn von einem
einzigem Mitgliede des Reichstages eine Erklärung abgegeben
worden wäre (Sehr richtig! rechts), z. B. wie die Erklärung des
Herrn Lieber. (Zustimmung.) Das ist nicht beliebt worden, deshalb
wissen auch die anderen Parteien sprechen. Wir können
der Ausschreibung des Staatssekretärs nur danken, daß er in voller Ruhe und Sach-
lichkeit innerhalb der gezogenen Grenzen den Standpunkt aufrecht
erhalten hat, den er aufrecht erhalten möchte, daß er der Ehre
Deutschlands nichts vergeben und das Recht nicht verlegt hat.
(Weißfall rechts.)

Abg. v. Starborth (Mp.): Ich bin in manchen Punkten mit
der Regierung nicht einverstanden, z. B. in Bezug auf die
Währungsfrage. (Großer Gelächter links.) Deshalb bin ich um
so mehr erlebt, daß ich vollständig einverstanden sein kann mit
der Haltung des Fürsten Reichskanzler namentlich auch in dieser
Transvaal-Angelegenheit.

Abg. Michter (1. Bp.): Der Lauf der Verhandlung hat
dargethan, wie nötig die Erörterung der auswärtigen
Politik ist. Man soll es nicht bei Allianzen be-
wenden lassen, sondern die Sachen eingehender erörtern.
In dem Weißbuch liegt schwarz auf weiß figuriert das Programm
der Regierung vor, welches durch die heutigen Erklärungen eine
Erweiterung erfahren hat. Mit diesem Programm können wir
uns durchaus einverstanden erklären, es zerstört jede Meinung,
als wenn eine Angliederung in irgend einer Form in Transvaal
beabsichtigt wäre, als ob irgend welche Protektoratsabsichten bestehen.
Das wäre geeignet, die Sympathien für Deutschland in Trans-
vaal zu zerstören. Nach diesem Programm haben wir in Trans-
vaal zu wahren die materiellen Interessen Deutschlands, die
dortigen Bahnanlagen und Handelsbeziehungen. Wir haben also
dort dieselben Interessen zu wahren, wie die anderen Völker, vielleicht
vielfach noch in größerem Umfange. Was die Vorkommnisse
der letzten Zeit betrifft, so ist es eine gute Folge der Vorlage
eines Weißbuchs, daß es ein Märchen ist, als ob die Transvaal-
regierung die Intervention der deutschen und der französischen
Regierung angernitten hätte. Der Staatssekretär hat hervor-
gehoben, daß die englische Regierung mit aller Energie und Um-
sicht den Frieden zu vereiteln bemüht war. In dem Weiß-
buch treten diese Neuverordnungen schärfer hervor, als es bisher der
Fall war. Aber die Frage bleibt offen, warum hat sie nicht
überhaupt zu verhindern vermocht, daß ein Zug
unternommen wurde. Die englische Regierung hat be-
sondere Rechte, aber auch besondere Pflichten Transvaal gegenüber.
Wenn ein Staat beschäftigt ist in dem Abschluß von Allianz-
verträgen, so hat die andere Regierung die Pflicht, diesen Staat
zu schützen gegen Angriffe, namentlich wenn sie aus ihrem eigenen
Gebiete hervor gehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Hammacher
hat erwähnt die Eventualität der Landung einer
deutschen Matrosen-Abteilung. Ich stimme mit ihm überein
darin, daß die Eventualität nicht eingetreten ist. Es hat keinen
Zweck, darüber zu sprechen, ob die Verwicklung dadurch nicht
größer geworden wäre als sie war. Der Ausdruck der
Sympathie weiter Kreise des deutschen Volkes war in dem
Telegramm des Kaisers enthalten; es war der Aus-
druck der einfachen menschlichen Theilnahme. Das Telegramm
ist nicht überall so ausgelegt worden, wie es bedacht war.
Die Worte eines Souveräns finden mehr Beachtung, und der
Souverän ist nicht wie ein Minister in der Lage, einen
Kommentar zu geben. Daher waren die Kundgebungen eines
Souveräns bisher sehr selten; aber ich möchte nicht,
daß diese Kundgebungen allzu häufig werden. Die Königin von England hat dem Präsidenten Krüger auch
ein Glückwunschkreis gesendet; er ist auch im englischen
Parlament seiner Wohligung wegen gelobt worden. Es
ist das bestgeholt Staatsoberhaupt. (Heiterkeit.) Man muß
ihm das gönnen, denn kaum ein Staatsoberhaupt ist
vor einer so schwierigen Aufgabe gestellt worden als er.
Die fremden Einwohner des Staates, die durch den Goldhunger
herangezogen sind, haben keine Neigung, die dauernden Interessen
des Staates zu vertreten. Daß unsere Beziehungen zu England
im allgemeinen während dieser Vorgänge und Erörterungen
normale und freundliche geblieben sind, ist erfreulich. Ich meine
auch, daß die Erregung in England, die mit unverständlicher

Angabe der Ereignisse in Deutschland nicht gegen-

über gestanden hat, in Abnahme begriffen ist. Allerdings haben einige englische Staatssekretäre durch ihre Reden ein Verbleib um die Verminderung dieser Ereignung. (Sehr richtig! bei allen Parteien.) Es ist ja nicht das erste Mal, daß unsere Beziehungen zu England durch vorübergehende Missstimmungen gestört werden. Fürst Bismarck vertrat 1878 bei der Orient-Intervention daran, daß Interessengegensätze zwischen England und Deutschland nicht beständen, höchstens vorübergehende Unstabilitäten. Die Kolonialpolitik hat mehr Verstärkungspunkte gebracht, als früher vorhanden waren; allein namentlich durch die Thätigkeit des Herrn v. Marschall ist es gelungen, durch Verträge die Streitigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren. Gedenken sind alle Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Deutschland in Afrika von minimalem Interesse gegenüber den großen Interessen in Europa. (Zustimmung.) Wenn ein Herr Urteil entstehen sollte, so würde England bald wahrnehmen, wie seine Interessen gefährdet sind, nicht von Seiten Deutschlands, sondern von Seiten Russlands in Indien und am Bosporus und von Seiten Frankreichs in Ägypten und am Mittelmeer. Darauf meine ich, trotz aller solcher afrikanischen Kontroversen liegt in der Übereinstimmung zwischen England und Deutschland eine Basis für den Weltfrieden. Ein Vertragsnach mit England würde die Gefährdung des Weltfriedens und eine Gefährdung der vitalsten Interessen Englands und Deutschlands mit sich bringen. (Sehr richtig! links.)

Herr Arentz, der ja als Bimetallist beinahe ebenso groß ist wie Herr v. Staudorff, spricht von einem deutschen Weltreich, bestehend aus 80 Millionen Deutschen in Deutschland selbst, in Österreich, in der Schweiz, in Amerika u. s. w. Für dieses deutsche Weltreich verlangt Herr Arentz eine starke deutsche Politik; jeder Deutsche im Auslande sollte den Kopf hoch tragen und sich bewußt sein des „civis romanus sum“, daß er Kaiser und Reich hinter sich habe. Das römische Reich hat ein klügliches Ende genommen; die zivilisierten Völker lassen sich auch nicht alles gefallen, wie die Barbaren im Altertum. Wenn hier ein Großprophetenmahl austreten würde, so würde bald eine Schädigung der deutschen Interessen eintreten, die nicht aufgewogen würde durch einzelne Erfolge einer schneidigen Politik. Die Deutschen in Österreich und in der Schweiz würden die ersten sein, gegen eine Einigung in ihre Beziehungen sich zu verwahren. Ich rechne es dem Fürsten Bismarck als hohes Verdienst an, daß er sich niemals in die inneren Angelegenheiten von Österreich und Russland im Interesse der dortigen Deutschen eingemischt hat. Herr v. Bemmelen hat sich vor einigen Tagen dafür ausgesprochen, daß der Bismarckische Geist die politischen Entscheidungen unserer Nation leiten und beeinflussen sollte. Die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck haben wir niemals belästigt. Diese Vorsicht in der auswärtigen Politik haben wir für eine durchaus berechtigte gehalten und es war mit von hohem Interesse, daß unmittelbar nach dieser Rede des Herrn v. Bemmelen die „Hamburger Nachrichten“ die Rede nicht verneinten, aber sie legten die Linie der Politik des Fürsten Bismarck in einer eigenartigen Weise fest. Er begleicht es als Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Frieden zu sichern und die innere Entwicklung vor Überzeugungen zu bewahren. Auswärtige Unternehmungen, wie sie Frankreich unternommen, um den nationalen Ehrengang oder die Großeröffnung zu befriedigen, widersprechen den deutschen Interessen. Deutschland habe genug mit sich zu thun und müsse deshalb vor der Versuchung bewahrt werden, sich einzumischen, sobald in Europa oder sonst wo irgend etwas los ist. (Zustimmung links.) Man müsse immer erst abwarten, was die zunächst beschäftigten Mächte thun; daß Vorbrüder in solchen Fragen erzeugt seien Nachtheile. Der Artikel schlicht damit, daß die Verfolgung der Bismarckischen Politik eine große Entlastung in auswärtigen Angelegenheiten bedeuten würde. Von chauvinistischer Seite wird der Versuch gemacht, die auf einem festen Gleise sich bewegende Politik zur Entgleisung zu bringen; diejenigen, die das versuchen, sind die treuesten Anhänger des Fürsten Bismarck, das sind dieselben Deute, die immer verlangen, daß etwas geschehen muß, die eine Gewaltpolitik empfehlen, die sich gegen den Reichstag selbst, gegen das Wahlrecht und das Volk lebt und schließlich zum Staatsstreich aussetzt. Diese Ausführungen richten sich nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Vertreter der chauvinistischen Strömungen.

Ich bedaure, die Mittheilungen über den Flottenplan kann ich nicht hinausschieben bis zum Marine-Etat. Diese Mittheilungen geben Wasser auf die Mühle der kolonialen Enthusiasten; man sieht darin eine Ermutigung für die große Weltpolitik. Diese Bewegung selbst, der Aufruf zur Sammlung freiwilliger Flotteneinheiten ist in Lächerlichkeit versunken. (Heiterkeit.) Eine solche Verneinung der Flotte halten wird durchaus nicht für notwendig. Alle diese Pläne stehen im Widerspruch mit der Idee des Reichskanzlers vom vorigen Jahre, in welcher gesprochen wurde von der Erhaltung des Vorhandenen und dem Erfahrungsbereich der vorhandenen Schiffe; aufgrund dieser bekräftigenden Erklärung sind 40 Millionen Mark für neue Schiffe bewilligt worden. Wie haben seit 1888 200 Millionen für Heer und Flotte extra ausgegeben. Die Grenzen sind zurückgestellt, weil der Bau der Panzer und der „Koenigsschiffen“ als besonders dringend bezeichnet wurde. Was von dem damaligen Marineplan ausgeführt worden ist, hat mehr gefestet als der ganze Plan kosten sollte. Solche Marineforderungen kommen gerade in einem Augenblick, wo die anderen Forderungen des Reichs- und Staatslebens ebenfalls herauftauchen. 2 Milliarden Schulden haben wir bereits gemacht, die sind zu einem Budget für Militär, Marine und Pension gekommen von 600 Millionen im Ordinarien und wir können diese Last nur tragen dadurch, daß die indirekten Steuern um 450 Millionen Mark zugewonnen haben. Solche neuen Forderungen kommen, wo für die Krieger in Preußen allein in den nächsten Jahren 180 Millionen, für die Übungspläne, für die Verstärkungen der Festungen Dutzende von Millionen erforderlich sind. Der ganze Plan der Besoldungsverbesserungen der Beamten ruht seit 1890; den Soldaten kann kein warmes Abendbrot gewährt werden; die dringendsten Reformen in der Postverwaltung werden abgewiesen. In Preußen steht jede Reform im Eisenbahntarifwesen; es fehlt an Geld für die neuen Richterstellen, die Reform der Medizinalpolitik unterbleibt; den Städten entzieht man die Schulbeiträge im Betrage von 3 Millionen Mark, um die Lehrer auf dem Lande besser zu stellen. Alles Mittel sind erforderlich, um diese Bedürfnisse zu befriedigen.

Was die überseeischen Beziehungen dem Handel und der Industrie bringen können, wird aufgewogen durch die Schädigung, welche die zahlreichen Beunruhigungen des wirtschaftlichen Lebens mit sich bringen. Gerade diejenigen begeistern sich für die Weltpolitik, welche die engberigste Wirtschaftspolitik vertheidigen, die nicht die internationalen Beziehungen fördert (Sehr richtig! links.) und durch Vertheuerung der Lebensmittel die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schwächt; diese Freunde der Weltpolitik verlangen die Ausfündigung der Weltbegünstigungsverträge. (Sehr richtig! links.) Was soll man zu solchem Widerspruch sagen? Die Abstimmung von diesen engberigsten wirtschaftlichen Plänen würde die Entwicklung Deutschlands mehr fördern als der Bau von Kreuzern u. s. w. Es hat Zeiten gegeben, wo gegen die Flotte eine Abneigung in den höheren Kreisen herrschte. Da mußte das

Parlament der Flotte ihre Bedeutung verschaffen. Das ist jetzt nicht nötig, jetzt ist die Aufgabe, alle Mächtigungen des Staatslebens gleichmäßig zu berücksichtigen, damit nicht nicht durch die besondere Vorliebe jeweiliger Machthaber ein Zweig des Staatslebens besonders gepflegt wird. Diese Bedenken müssen und zu einer um so strengerem Prüfung des Staats veranlassen. (Weißfall links.)

Abg. Babel (Soz.): Die Herren v. Mantius und v. Staudorff haben es für das beste gehalten, wenn der gesamte Reichstag nach der Erklärung des Abg. Lieber sein Einverständnis mit der auswärtigen Politik der Regierung ausgesprochen hätte. Sehr selten kommt der deutsche Reichstag in die Lage, sich über die auswärtige Politik auszulassen und ich hoffe, daß man das heutige Beispiel bezieht, es für Pflicht und Ehre des Reichstages erachten wird, sich auch um die auswärtigen Angelegenheiten zu kümmern. Der Erklärung des Herrn Lieber hätten wir uns nicht anschließen können, denn wir können unser unbedingtes Vertrauen nicht bestimmen. Es bezieht sich das nicht auf Transvaal allein, sondern auch auf unsere auswärtige Politik im allgemeinen. Wenn der Staatssekretär in der Budgetkommission am 7. Februar erklärt hat, daß die Forderungen nach neuen Kreuzern, nach einer Veränderung des Flottenplanes keineswegs auf einer Rendition unserer überseelischen und auswärtigen Politik beruhe, so kann ich diese Aussicht nicht teilen. Es sind nicht allein in der Transvaalfrage, sondern auch in anderen Fragen der auswärtigen Politik für die Weltmachstellung Deutschlands und sein Verhältnis zu seinen Verbündeten Eingriff eingetreten, die zu erneuter Pflicht des Reichstages ist. In der Transvaal-Auseinandersetzung hat sich die Reichsregierung durchaus korrekt verhalten, nicht bloß gegenüber den Versuchen des Cecil Rhodes und seiner Anhänger unter Führung des Dr. Jameson, in Transvaal einen vollerrechtlichen Einstieg zu machen, sondern mit Rücksicht auf die Eventualität, gefährliche Reichsangehörige durch deutsche Truppen zu schaffen. Die geringe Anzahl der Mannschaften beweist, daß hier von einer aggressiven Politik in bezug auf die Unterstützung der Transvaalregierung keine Rede sein kann. Aber ich wundere mich nicht, daß das englische Blattbuch eine solche Erklärung des englischen Konsuls in Pretoria aufweist, da ja in den Alten auch ein Telegramm enthalten ist, ausgehend von den Deutschen in Transvaal, worin sie direkt an den deutschen Kaiser sich wenden. Es ist begreiflich, daß der englische Konsul zu dem Glauben gekommen sei, daß sei nicht von den Deutschen, sondern von der Transvaal-Regierung ausgegangen. Aber auf der andern Seite ließ sich die Aufregung durch die in dem Weißbuch geschilderten Ereignisse nicht erklären, eine Aufregung, die auch besonders für die materiellen Interessen Deutschlands von verhängnisvollen Nachtheilen begleitet war. Die Ursache ist gegeben durch das bekannte Kaiserliche Telegramm vom 2. Januar an den Präsidenten Krüger. Wer ohne Kenntnis der Verhältnisse dieses Telegramms las, mußte glauben, daß nicht eine Blümlinterschaar, sondern ein Nachbarsstaat über Transvaal hergefallen sei und daß der deutsche Kaiser den letzteren jetzt gratuliere, daß diese Nachbarnacht ohne Hilfe einer auswärtigen Macht niedergeschlagen sei. (Gurk rechts) Ja: bunt! (Heiterkeit) Will dieser Charakterisierung ist auch deutlich gesagt, woran es in diesem Telegramm ankommt. Die Transvaal-Republik war von den Plänen des Rhodes und des Jameson längst unterrichtet. Nach dem langen Telegramm des Weißbuches war die deutsche Regierung in dem ruhigen Bewußtsein, daß, wenn Dr. Jameson und Roelfs in der That versuchen würden, in den nächsten Tagen in Transvaal einzubrechen, die Transvaal-Regierung vollständig stark und kräftig genug sei, um den Einstieg niedergeschlagen und auch das später bekannt gewordene Wort des Präsidenten Krüger, daß er nur gewarnt habe, bis die Schildkröte ihren Kopf vorstrecke, um ihn abzuschneiden, beweist, daß man sich seiner Stärke wohl bewußt war. Wie dann ganz wider allen vollerrechtlichen Brauch und jeden diplomatischen Usus von deutscher Seite und zwar von einer Stelle, die man sonst nicht in vollerrechtlichen Verhandlungen in den Vordergrund zu stellen pflegt, ein Telegramm wie das mitgetheilt zur Absehung kommen könnte, ist mir heute noch unverständlich. Ich würde es begreifen können, wenn ein solches Telegramm ganz auf eigene Faust von der höchsten Stelle ausgegangen wäre. Der Staatssekretär hat aber ausdrücklich erklärt, daß das nicht der Fall wäre; er übernehme die volle Verantwortlichkeit; ja, dann aber hat man sich doch über das Maß der Verantwortung, welche er mit der Absendung des Telegramms übernahm, schwer getäuscht. Das dieses Telegramm notwendig diese Wirkung erzielen müsse, die es in England erzielt hat, ist für keinen zweifelhaft, der eingeräumt die Beziehungen auswärtiger Staaten kennt. (Widerspruch rechts.)

Als ich das Telegramm las, habe ich mir gesagt, das ist doch unverständlich, so was hätte ich nicht für möglich gehalten, und die Wirkung wird die denkbare schlimmste sein. Was würde man in Deutschland gesagt haben, wenn Deutschland an der Stelle Englands gewesen wäre und wenn von einer fremden Macht oder dem Souverän eines fremden Staates ein Telegramm ähnlichen Inhalts mitgetheilt worden wäre, daß einen indirekten Vorwurf und Angriff auf die deutsche Regierung enthalten hätte? (Verhafster Widerspruch rechts.) Jawohl, diese Aussicht ist allgemein verbreitet gewesen. (Entneter Widerspruch.) Das Telegramm würde unter gleichen Verhältnissen, wenn Frankreich oder Russland in Frage käme, nicht geschickt werden. Das beweist, daß man glaubte, sich England gegenüber etwas herausnehmen zu dürfen (Verhafster Widerspruch), was man Frankreich oder Russland gegenüber nicht gelan hätté. (Große Klarheit.) Die Richtigkeit dieser Aussicht ist bestätigt durch den Eindruck, den die Angelegenheit in England und in der ganzen Welt gemacht hat. Die Engländer sind doch keine Barbaren, sie sind in Fragen der auswärtigen Politik unendlich verfehlter als wir Deutsche. Dort haben sich ganz bestimmte Gebräuche in bezug auf den internationalen Verkehr herausgebildet und bei aller Freimüthigkeit der englischen Presse würde man niemals zu solchen Neuerungen und Angriffen gegen Deutschland und die höchste Stelle in Deutschland geschritten sein, wenn nicht in dem Telegramm ein Ult der Feindseligkeit gegen England selbst gesunden wäre. (Widerspruch.) Wenn es Gebrauch werden sollte, daß in solchen auswärtigen Beziehungen über die Köpfe der auswärtigen Leiter hinweg in voller Selbständigkeit solche Meinungsäußerungen und Kundgebungen stattfinden, dann sind wir keinen Tag sicher, daß wir nicht eines Morgens mal vor einer Katastrophe, einem Kriege stehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist mehr in nationalen Interessen des Vaterlandes gehandelt, hier an dieser Stelle, wo unser Wort überall gehört wird, offen und rüchhaltslos uns auszusprechen, als es von Seiten der Mehrheitspartei geschehen ist, die über diese Sache sich hinwegzuschlagen versucht haben. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.) Ich würde die Sache milden beurtheilen, wenn nicht unsere Politik in Ostasien innerhalb 24 Stunden auch eine plötzliche Wendung erfahren hätte. Weder England noch Deutschland könnten sich ohne Gefährdung ihrer beiderseitigen Interessen auf die Dauer erstaunlich verfeinden. Ich kann der deutschen Presse nur raten, sich künftig dieselbe Mäßigung in dieser Frage anzuerlegen, wie es der Staatssekretär gethan hat.

Auf die Dauer können die Dinge in Transvaal nicht so bleiben, wie sie sind; eine handvolle Leute, welche die Minderheit sind, können den Ansprüchen der Uitlanders keinen Widerstand leisten. Abenteurer sind unter den Deutschen, welche nach Transvaal gekommen sind; ich weiß nicht, ob Sie unseren Kollegen Krupp, der dort ein großes Werk hat, dazu rechnen wollen. Der ganze Brief und Depeschen-

wechsel zwischen Deutschland und England legt eine große Kluft zur Schau, die doch wohl nicht blos auf die Verhältnisse in Transvaal sich bezieht. Wenn man die Vorgänge der letzten Zeit in betracht zieht, dann wird man das verstehen und auch die Aufregung begreifen, welche das Telegramm hervorbringt hat. Als Japan in China Sieg auf Sieg erfocht, da sprachen die deutschen Blätter davon, daß Japanische Menschen sei. Man hoffte von seinen Siegen die Eröffnung Chinas für den deutschen Export. Der Jubel war in Deutschland groß. Der Friede von Shimomoto brachte für Japan nur das, was jeder andere Staat auch für sich in Anspruch genommen hätte. Da kommt plötzlich die Nachricht, daß die deutsche Politik sich von ihrem bisherigen Bündnisgenossen trennt und auf die Seite Frankreichs und Russlands getreten sei. Das war ein Frontwechsel, der auch unsere Organe in dem Auslande überraschte. Das Generalkonsulat in London hatte zu einem Diner auch die japanische Gesandtschaft eingeladen, das Diner mußte wegen dieses Wechsels der Politik abgesagt werden. (Gurk rechts: Alatscherei!) Diese Alatscherei finden bei Ihnen (nach rechts deutend) den älteren Eingang; ich erinnere Sie nur an die Affäre von Koje. (Sehr richtig! links.) Man hatte gehofft, daß wenigstens besondere Vortheile für Deutschland erzielt seien, aber nichts war erreicht worden, im Gegentheil, durch die russisch-chinesischen Abmachungen wurden die deutschen Interessen direkt benachteiligt. Die Bundesgenossen hat man zurückgestoßen und hat höchstens einen Schlußfreund gewonnen. Die deutschen Kapitalisten klammerten sich an die Hoffnung, daß bei der großen Auseinander, die China in Europa für die Zahlung schweren Kriegsabschlags zu machen gezwungen sein würde, irgend eine Belohnung möglich und ein größerer Gewinn einzuholen sein würde. Diese Hoffnung war vergebens. Es wurde sogar bekannt, daß die chinesisch-russischen Unternehmen hinter dem Rücken Deutschlands abgeschlossen seien und daß durch Russland es fertig gebracht wurde, die Gründung einer russisch-chinesischen Bank in China durchzuführen und daß ein geheimer Vertrag zwischen Russland und China abgeschlossen ist, der sich naturgemäß gegen Deutschland richten muß. Deutschland hat in diesem Fall seine eigenen Bundesgenossen Österreich und Italien und seinen wenigstens bis dahin alten Bundesgenossen England im Stich gelassen, um auf die Seite seiner natürlichen Feinde Russland und Frankreich zu treten.

Auch in der Türkei hat die deutsche Politik die russischen Interessen mehr berücksichtigt, als nötig war. Dadurch mußte in England Misstrauen entstehen. Gegenüber der seit zweihundert Jahren klar und deutlich verfolgten russischen Politik leben wir in der That vor der Hand in den Mund; wir befinden uns bis zu einem gewissen Grade im Schleppzug von Russland, daß allerfehlste und verhängnisvolle, was und passiert kann. Fürst Bismarck hat alles angeboten, um das Verhältnis zu Russland freundlich zu gestalten. Als er aber einsah, daß dies nicht möglich war, da mache er sofort keinen Lärm und sorgte vor allem dafür, daß die russischen Papiere aus Deutschland verdrängt wurden und nach Frankreich wanderten. Aber Frankreich ist jetzt auch misstrauisch geworden gegen die russischen Papiere. Man mache wieder den Versuch, die Papiere den nunmehr Deutschen aufzudrängen. Herr Witte war hier anwesend und hat verhandelt, er sollte sich hier von einer Krankheit erholen. Die Gingeweihten haben darüber gelacht. Berlin ist überhaupt kein Kurort für kalte Leute. So ausgezeichnete Patrioten wie die Herren Hansemann und Bleichröder haben fleißig mit Herrn Witte verkehrt, vielleicht haben Sie auch mit dem Russischen Amt in Beziehungen gekommen und haben gefragt: was sagt Ihr dazu, wenn wir jetzt geneigt sind, den Russen einmal aus der Verlegenheit zu helfen? Es scheint, daß diese Frage, wenn nicht mit einem direkten Ja, doch mindestens mit einem günstigen Kopfnicken beantwortet ist; denn seitdem ist das Geschäft so weit gediehen, daß, wie ich höre, im Laufe der nächsten Woche an der hiesigen Börse 200 Millionen staatlich garantierter russischer Eisenbahnpapier ausgegeben werden sollen. (Lachen rechts.)

Dieser Umsturz zeigt, daß sich Überzeugungen in denselben Maße ändern wie die Überzeugungen am Regierungstische. Die 200 Millionen machen nach meiner Meinung auch das Kraut nicht saß, aber es wird mehr folgen. Man wird in dieser Zulassung der 200 Millionen eine moralische Unterstüzung des deutschen Auswärtigen Amtes sehen; die Franzosen werden mit wahrer Begeisterung die Gelegenheit wahrnehmen und einen großen Theil ihrer russischen Staats- und Schuldpapiere auf den deutschen Markt werfen. Das ist nicht viel, aber die Belebung des Widerspruchs wird zur Vermehrung des Absatzes an russischen Papieren in Deutschland führen. Je mehr das Geld in russischen Papieren angelegt wird, desto mehr schwindet die Hoffnung, daß wir unsere Reichs- und Staatsanleihen konvertieren können. (Gurk bei den Nationalliberalen: Das ist ja die reinste Kriegsgefecht!) Russland hat sich durch die deutsche Hilfe eine Stellung erworben, wie niemals früher. Es hat auch in Bulgarien die Oberhand gewonnen (Gurk rechts: Boris! Heiterkeit), ohne auch nur einen Mann zu opfern. Mit einer gewissen Schadenfreude spricht man von einer Isolierung Englands; aber Deutschland hat sich durch seine Politik auch isoliert.

Es war bezeichnend, daß am 18. Januar, ehe die bekannte Rede gehalten wurde, in der „Zukunft“ ein Artikel erschien, welcher vor dem Weltkaiserkabinett warnte. Der Vorredner hat nachgewiesen, welche großen Opfer das Volk für Heer und Marine bereit gebracht hat. Wir können nicht eine Seemacht wie England haben, ja wir können nicht einmal Russland gleichkommen. Will man solche Ausgaben machen, dann muß man die Mittel nehmen von den reichen Leuten durch eine Vermögens-, Grabschafts- und Einkommensteuer, nicht aus den Taschen der arbeitenden Klassen, welche jetzt neun Gehälter der Lasten zu tragen haben. Führen wir eine Politik, daß wir zur entscheidenden Stunde auch gute und leistungsfähige Freunde haben. Österreich und Italien sind nicht leistungsfähig, aber England. England und Deutschland vereinigt, findet eine starke Strömung in der Bourgeoisie ist vorhanden, die systematisch auf eine Entfremdung zwischen Deutschland und England hinarbeitet, die verfehlteste Politik, die man sich denken kann. Ich habe es für nothwendig gehalten, dies anzusprechen. Es ist ein großer Vorzug, daß wir überhaupt einmal zum Austausch unserer Meinungen auf diesem Gebiete kommen, daß das Russland steht, nicht nur wie die herrschenden Klassen in Deutschland, sondern auch diejenigen Klassen, die im entscheidenden Moment ihre Haut zu Markte tragen müssen, die deutschen Arbeiter. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haushmann (Süd. W.): Ich halte es doch für nothwendig, daß der Reichstag auch in auswärtigen Ausgelegenheiten eine Stellung nimmt. Der Standpunkt des Auswärtigen Amtes in der statutarischen Politik ist nicht so unangreifbar wie in der Transvaalfrage. Durch die Vorlage des Weißbuches hat das Auswärtige Amt die Zustimmung des ganzen Parlaments sich errungen; denn auch der Vorredner hat aufgeführt, daß er die Politik als eine durchaus korrekte anerkennt. Ich kann mir, wenn ich die Mittheilungen des Weißbuches vergleiche mit den Mittheilungen, welche gleichzeitig die enklusive Regierung

gegeben hat, daß außerordentliche Maß der Aufruhrung jenseits des Kanals nur durch das Misstrauen erklären, daß die Intervention Deutschlands angerufen sei. Man kann der englischen Regierung den Vorwurf nicht erheben, daß sie vielleicht zu unvorsichtig gewesen ist. In das Weisbuch ist das Telegramm nicht aufgenommen, welches das Hauptkabinett für welches der Staatssekretär die Verantwortung übernommen hat. Es wäre beruhigend für alle politischen Kreise, wenn der Staatssekretär erklären wollte, daß er bereits vor der Absendung des Telegramms Kenntnis von demselben genommen hatte. Ich bin nicht der Ansicht des Verteidigers, daß aus diesem Telegramm hervorgeht, daß man sich England gegenüber etwas herausnehmen zu können glaubte. Diese einseitige Beurteilung Bebel's ist nicht berechtigt. Das Telegramm ist, was die menschliche Gesinnung anlangt, nicht ansehbar. Die Freude darüber, daß der Kleine nicht unterdrückt wird von dem größeren, ist berechtigt. England hat kein Recht dagegen Widerspruch zu erheben, daß solche Telegramme von Deutschland abgesandt werden. Die Erregung in England ist übertrieben. Ein falscher Weiß für die Kündigung lag nicht vor, nachdem der Angriff siegreich zurückgeschlagen war. Das Auswärtige Amt hätte sich sagen können und vielleicht sagen sollen, daß die Engländer nicht gerade erfreut gewesen sind über die Prügel, die ihre Landsleute erhalten haben. Es war mit sehr erwünscht, daß der Kollege Richter die Kündigung verlesen hat, welche von dem Kürsten Bismarck selbst inspiriert gewesen ist, denn sie enthält ein Programm für die auswärtige Politik, das auch von der Opposition akzeptiert werden kann. (Befürwortung links.) Wir können die Regierung sogar bitten, daß sie auch den Schluß verwandeln möge, als ob sie eine Einmischung in fremde Angelegenheiten suchte. Die Regierung hat mitgeteilt, daß unsere auswärtigen Beziehungen gute seien. Die englischen Staatsmänner sehen ja auch die Transvaalfrage als erledigt an. Ich glaube, die Verjährung ist eingetreten durch den scharfen Ton der jetzt in England an das Amt gelangten konservativen Partei. Wir sind nicht aus England angewiesen, oder um es anders auszudrücken, wir sind kein Haar mehr aus England angewiesen als England auf Deutschland.

Wer hätte die größte Freude daran, wenn England und Deutschland sich überwerfen würden? Frankreich und Russland, gegen welche sich unsere Rüstungen wenden. Ich glaube, es fällt jeder Grund weg, aus dieser vorübergehenden Missstimmung einen Grund herzuleiten für eine große Flottenvermehrung. Man spricht von einer organischen Weiterbildung der Flotte. Wie kann man das aufrecht erhalten gegenüber der vorjährigen Niede des Reichstags. Die Regierung ist in keiner bequemen Lage, sie ist in eine Konfliktslage gedrängt, sie hat sich zu einer halben Flottenvermehrung bequemt. Früher ist von diesem Bedürfnis nichts gesagt worden, man muß es also nicht als dringend empfunden haben. Was den Schuh der Deutschen im Auslande betrifft, so möchte die Regierung sich einen Bericht des Großen Hofsels erbiten, ob die in England wohnenden Deutschen den Wunsch haben, sich durch neue Kreuzer schützen zu lassen. Sie werden einstimmig sagen: Ihr kann uns nicht besser schützen, als wenn Ihr in möglich freundschaftliche Beziehungen zu England aufrecht erhaltet. Wenn die Marinesforderungen vertreten werden, werden dieselben Kämpfe eintreten, wie bei den Militärforderungen. Die Militärparteien würden ein gutes Werk thun, wenn sie diesen ganzen Plan als einen vorübergehenden Traum behandeln. Das Zentrum wird sich auch verdient machen, wenn es keinerlei Zweifel auskommen läßt, daß es für diese Pläne weder jetzt noch in den nächsten Jahren zu haben ist. Da größer die Flottenforderungen, um so geringer das Geschick der auswärtigen Verwaltung.

Abg. Leibermann von Sonnenberg: Und Bebel sprach und man glaubt den auswärtigen Minister von Utopien reden zu hören. Aber Herr Bebel ist nicht der geeignete Interpret der Gesinnung des deutschen Volkes; er hat sich mit Eifer alles nationale Denken und Fühlen abgewöhnt. (Kurz bei den Sozialdemokraten: Quatsch!) Ich kann nur mit Giebelschreiber sagen: Der Name Vaterland hat keinen Zauber in jedem Munde. (Heiterkeit links.) In unserem Munde hat der Name Vaterland einen Klang von hohem Zauber. Es mag denjenigen, der sich für einen großen Politiker hält, Genugthuung bereiten, seine rettenden Pläne hier vorzutragen. Aber es würde der auswärtigen Verwaltung nicht gefallen, diese Reden anzuhören, welche wir schon haben anhören müssen. (Heiterkeit.) Wir hätten und damit begnügt, wenn das Einverständnis mit dem Verhalten der Regierung ausgedrückt worden wäre. Die Flottenpläne lassen uns fühlt; wir werden innerhalb der finanziellen Leistungsfähigkeit immer bereit sein, dasjenige zu erbringen, was notwendig ist zur Wahrung der Ehre und Macht Deutschlands und zum Schuh seiner Interessen. Darüber hinaus wird die Regierung auch nicht gehen wollen. Wir heisen die Anerkennung für die Politik in der Transvaalfrage. Die Erregung der östlichen Meinung in England würde vielleicht nicht so umfangreich gewesen sein, wenn man sich nicht in England daran gehabt hätte, in Kolonialwagen bei uns ein ungemeines Maß von Nachgiebigkeit zu jagen. (Befürwortung rechts.) Man handelt plötzlich Selbstbewußtsein und Stärke. (Befürwortung rechts.) Es sind noch anderweitige deutsche Interessen zu vertreten, wir wollen hoffen, daß die Regierung auch für die Interessen der griechischen und portugiesischen Gläubiger in Deutschland eintreten wird. (Heiterkeit links.) Das Telegramm war ein Ausdruck der Gesinnung des ganzen Volkes. Wenn Herr Richter nicht wünscht, daß solche Kundgebungen des Oberhauses Branch werden, so sage ich: wir wünschen nicht, daß das Oberhaupt für solche Kundgebungen gebunden wäre an die Zustimmung des Herrn Richter und seiner Freunde. (Befürwortung rechts.) Es ist kein Chauvinismus, es kann nur zum Ausdruck die Einheitlichkeit Deutschlands; es kann zur Gestaltung die Worte, die damals die heimkehrenden Sieger vom Sodet der Germania deklarierten: Nun ist die Kette wieder voll, weh, wer daran röhren soll! Es heißt jetzt wieder: Ein Haß, ein Volk, ein Herr!

Damit schließt die Diskussion. Der Berichterstatter Prinz Kreuzberg geht noch kurz auf die Verhandlungen der Kommission über das Telegramm an den Präsidenten Rückter ein.

Darauf wird das Gehalt des Staatssekretärs genehmigt und um 5 Uhr die weitere Verathung bis auf Freitag 1 Uhr vertragt.

Aus dem Reichstage.

Der Seniorenbund des Reichstages hat am Donnerstag unter dem Vorsitz des Präsidenten über die geschäftlichen Dispositionen der nächsten Wochen berathen. Die Besprechung hat zu dem Ergebnis geführt, daß bis Ende nächster Woche die zweite Verathung des Gesetzes nach Möglichkeit gefordert werden, und dann eine Pause in den Plenarverhandlungen von 8—10 Tagen eintreten soll. Die Aussetzung der Plenarverhandlungen geschieht, um den Kommissionen Gelegenheit zu geben, für ihre Arbeiten mehr Zeit aufzubringen. Räumlich die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch hat den Wunsch, daß eine Zeit lang keine Plenarversammlungen stattfinden, damit sie ungehört arbeiten kann. Aber auch für die anderen Kommissionen — Börsenreform, Gerichtsverfassung, Margarine u. s. w. — wird es förderlich sein, wenn der ganze Tag für ihre Arbeiten zur Verfügung steht. Die Thätigkeit des Plenums beginnt nach Ablauf der Pause mit der ersten Verathung der Börsenreform, über welche die Ansichten in den agrarischen Kreisen des Reichstages so weit auseinandergehen, daß eine mehrjährige Generaldiskussion der Vorlage zu erwarten steht. Die Statthaerathung der nächsten Woche soll nur

durch einen Schwerpunkttag (Initiativvorschläge aus dem Hause, vermutlich Fortsetzung der Verathung des Antrages über und Genossen: Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, sowie Antrag auf Aufhebung des Zwangs) unterbrochen werden.

Die Budgetkommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit den Petitionen, welche in bezug auf das Dienstalterzulagen-System eingegangen sind. Der Berichterstatter Abg. Ennecerus besprach die allgemeinen Gesichtspunkte und stellte fest, daß das Altertdienstzulagen-System eingeführt und an den Grundlagen desselben daher nicht zu rütteln sei. Man müsse vielmehr bemüht sein, die durch die eingeführten Alterszulagen für einzelne Beamtenkategorien entstandenen Härten nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Generaldiskussion, welche sich auf die Erörterung der allgemeinen Grundzüge beschränkt, führte auch einigen Zustimmungen zu den vom Referenten gemachten Neuerungen, zur Besprechung der von Beamten der verschiedenen Ressorts der Reichsverwaltung eingegangenen Petitionen. Schon in der Generaldiskussion war der Abg. Singer auf die Beschwerden über die Bleichpostverwaltung eingegangen. Hauptsächlich hatte sich der Redner dagegen ausgesprochen, daß in der Postverwaltung der Gebrauch herstellt, der vom 21. Lebensjahr im Postdienst zugebrachte Zeit bei der Ausstellung nicht angerechnet. Bei Einführung des Dienstalterszulagen-Systems war von der Postverwaltung die Einsicht getroffen, daß von einer längeren dienstlichen Dienstzeit bei definitiver Ausstellung nur 5 Jahre angegerechnet werden sollen. Bei längerer dienstlicher Beschäftigung soll also nur die mehr als fünf Jahre betragende Zeit in Berechnung gebracht werden. Bei der Postverwaltung und, wie mitgeteilt wurde, auch bei den übrigen Reichsverwaltungen gibt es nun außer einer dienstlichen auch noch eine Vorbereitungs- und Probbedienstzeit, deren Wirkung darin gipfelt, daß die vor dem 21. Lebensjahr im Dienst und spätestens im Postdienst zugebrachte Zeit bei der Ausstellung gar nicht zur Erscheinung kommt. Hierdurch werden natürlich die Beamten und namentlich die mit geringeren Gehältern arbeitenden Unterbeamten schwer geschädigt. Aus diesen Gründen sowie aus dem Umstande, daß die angeblich im Probe- oder Vorbereitungsdienst beständlichen Beamten sich in voller Verantwortlichkeit für ihre Dienstvorfällungen befinden, wendete sich der Abg. Singer gegen die Einsicht der Vorbereitungs- und Probbedienstzeit. Redner führte ferner aus, daß wenn die Post junge Leute von achtzehn Jahren beschäftige, die Verwaltung auch die Pflicht habe, diese Zeit bei der Ausstellung mitzurechnen. Von Seiten der Regierungsvorsteher wurde die Aussicht Singer's bekämpft, indem darauf hingewiesen wurde, daß es allgemein üblich sei, Probe- und Vorbereitungs-Dienstzeit in Anspruch zu nehmen. Außer dieser Frage wurde vom Referenten die Ausrechnung der Militärdienstzeit zur Sprache gebracht. Auch diese Angelegenheit wurde vom Abg. Singer in bezug auf die Postverwaltung zur Diskussion gestellt. Räumlich wünscht der Redner die Ungleichheit zu beseitigen, welche zwischen denjenigen Militärvorwärtern besteht, welche vor dem Jahre 1892 eingestellt und benjenigen Anwärtern, welche nach dem 1. Januar 1892 in den Postdienst eingetreten sind. Auch die Gehalts- und Aufzugsverhältnisse der Telegraphengehilfsinnen wünschte Abgeordneter Singer zur Sprache zu bringen. Durch einen Gesetzesvorhaben veranlaßt, beschloß die Kommission die Beschwerden und Anträge nach den einzelnen Ressorts zu erledigen. Demgegenüber wurden eine Anzahl Petitionen von Beamten des Reichstags des Innern, des Patentamts, des Versicherungsamts, des statistischen Amtes, des Reichsheeres und der Marine von der Kommission der Regierung als Material überwiesen.

Wegen der vorgenannten Zeit mußte die Verathung abgebrochen werden und sollen die Petitionen der Post- und Bleichpostbeamten in der nächsten Sitzung — Freitag Vormittag 10 Uhr — erledigt werden.

Die Wahlausführungs-Kommission beschloß in ihrer Sitzung am Donnerstag Vormittag, die Wahl des Abgeordneten v. Bleibnig (Freisinnig), Bumbinnen I. für gültig zu erklären. Herr v. Bleibnig war in der Stichwahl nur mit drei Stimmen Mehrheit gegen den Kandidaten der Konservativen und Bauernblühdler gewählt. Ein von der unterlegenen Partei eingereichter Wahlprotest, der an vielen Stellen auf behördliche Hilfe bei der Beschaffung des Materials hinweist, rügte besonders auch, daß eine Anzahl russischer Unterthanen und Armengeld-Empfänger an der Wahl teilgenommen haben. Da diese Angaben sich bestätigten und diese Stimmen dem gewählten Abgeordneten abzuziehen sind, so wäre dessen Wahl gefährdet gewesen, wenn nicht die Freisinnigen durch einen Gegenprotest das Gesetz wieder zum Stehen gebracht hätten. Im Gegenvorholte war nämlich unter Beweis gestellt, daß besonders einige Lehrer in der Schule für den konservativen Kandidaten agitiert und den Eltern durch die Schullieder konservative Ansprüche und Stimmzettel mit der Aussicht zugesetzt haben; nur konservativ zu wählen. Die Kommission hat derartigen Missbrauch der Schule in diesem Falle wieder die konservativen Stimmen der betreffenden Reichen faßt. Dadurch hat sich das Stimmenverhältnis wieder zu Gunsten des Herrn v. Bleibnig gestaltet und ist seine Wahl gültig.

Die Reichstags-Kommission zur Verathung des Gesetzes zur Kulturstiftung gegen den unlauteren Wettkampf trat am Mittwoch Abend in die zweite Verathung der Vorlage ein. In der ersten Verathung war im § 1 entgegen dem Vorholte der Regierung auf Antrag des Abg. Hören (S.) eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach gegen irrtümliche Angaben über „geschäftliche Verhältnisse“ auf Unterlassung und Schadensersatz geklagt werden kann. Während die Vorlage die Delikte im einzelnen aufführt, also eine Generalisierung vermeidet ist, die in erster Lesung angenommene Bestimmung so allgemein, auslegungsfähig und faustschulartig, daß schwere Verstöße sogar auch vom Regierungsschiff aus dagegen geltend gemacht werden. Ein Antrag, die allgemeine Fassung „geschäftliche Verhältnisse“ zu streichen, wurde nach langer Diskussion mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine namentlich für die Presse sehr wichtige Bestimmung dem § 1 hinzugefügt. Es lagen hierzu mehrere Anträge vor. Abg. Singer hatte beantragt: „Gegen Redakteure, Drucker, Druckerei, sowie deren Angestellte kann ein Anspruch auf Unterlassung von Angaben und Schadensersatz nicht geltend gemacht werden, wenn die Veröffentlichung im Antrage eines Dritten gezeigt und dies aus der Form der Veröffentlichung selbst erkennbar ist.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt, da gegen der folgende Antrag Bößermann angenommen: „Gegen die öffentliche Belästigung in einer periodischen Druckschrift ist der Anspruch auf Erfahrt des entstandenen Schadens gegen die für den Inhalt der Druckschrift verantwortlichen Personen nur zulässig, wenn der verantwortliche Redakteur die Unrichtigkeit der Angaben kannte, oder wenn derselbe einen Verfasser oder Einzelnen nicht nachweist, welcher sich im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet.“ Zum § 5, der dem Bundesrat Vollmacht erhebt, Druckschriften gegen Quantitätsverstöße zu erheben, wurde ein Antrag angenommen, der eine solche Druckschrift bezüglich des Bierhandels in Glasflaschen ausschließt. Im übrigen wurden die §§ 1—7 in der Fassung der ersten Lesung angenommen. In einer heute Abend stattfindenden weiteren Sitzung wird der Rest der Vorlage durchverathen werden.

Justiznovelle-Kommission. Dreimännerkollegium oder nicht? bildete in der Sitzung am Donnerstag die Hauptfrage in der Justiznovelle-Kommission. Bekanntlich gehört zu einer der höchsten Verschlechterungen, welche die Justiznovelle beabsichtigt, die Heraussetzung der Anzahl der Richter von

5 auf 3. Da zur Schuldfrage Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist, so bietet die Besetzung der Strafkammern mit 5 Richtern den Vorteil, daß 2 Stimmen genügen, um eine Verurtheilung abzuwenden. Etwas sehr euphemistisch nennt die Rechts spreche die Besetzung der Strafkammern mit 5 Richtern — statt mit 3 — eine „Garantie“ für gute Rechts pflege. Die Regierung will diese „Garantie“ abschaffen, weil — je eine Art Beruhigung, und zwar auch für den Staatsanwalt, angsichtlich einführen will. Dem gefunden Menschenverstand wird es ein ewig unlösbares Rätsel bleiben, wie eine Verbesserung der Rechts pflege durch Abschaffung einer Garantie für gute Rechts pflege hergeleitet werden kann. Indes Juristen glebt es, die dennoch eine dahin gehende Behauptung aufstellen und, da die Regierung die Verschlechterung durchaus haben will, für dieselbe begeistert eintreten. Die Kommission hatte im vorjährigen Jahr wenigstens für die Justiz über Berufungen wegen Vergessen und Verbrechen die Hänsmännerzahl gestellt. Am Donnerstag versuchten in anstrengender Weise die Zentrum-Abgeordneten Schmidt (Marburg), Broekmann und Schwaner den Angriff gegen die Garantie der Hänsmänner abzuwehren. Die freisinnigen Kommissionmitglieder und unsere Ge nossen unterstützten ihr Vorgehen. Die freisinnigen! Ach nein! Abg. Benzmann erklärte im Gegenteil, da die Regierung nicht wolle, gebe er gern nach. Er sei nachgiebig bis zum Ende. Erkläre die Regierung, sie wolle nicht einmal den Kommissionsvorschlag vorjährigen Jahres annehmen, dann würde er auch da nachgeben. Diese Selbstentziehung seitens eines freisinnigen geschulten Volksvertreters veranlaßte den Abg. Mundel, seinem Fraktionen genossen gehörig den Kopf zu waschen. Er wies in einer selbst für Herrn Benzmann unklaren Weise darauf hin, daß solch ein Kompromißvorschlag kompromittierend ist und dahin führen müßt, an Stelle der Verathung in der Kommission die Willkür der Regierung zu sehen. Auch einige andere Mitglieder der Kommission, selbst rechtsstehende, legten dem „freisinnigen“ Benzmann — dem „freisinnigen Regierungskollegium“, wie er im allgemeinen im Reichstag genannt wird — klar, daß sein Standpunkt ein unhalbarer sei, den allenfalls ein politischer Tintenkuil eines „Volks-Angelika“ oder eines ähnlichen von gleichen Wünschen auf das „Geschäft“ wie auf die „Regierung“ geleiteten Blattes einnehmen könne, den aber niemals ein ernst zu nehmender politischer Mann vertreten könne, es sei denn, seine politische Richtung wechsle nach der jeweiligen Anweisung seines Chefs oder der Regierung. Abg. Benzmann erwiederte entrüstet, die erhobenen Vorwürfe trafen gegen ihn nicht zu, es sie ihm nicht ein, gegen seine Überzeugung stimmen zu wollen. Über ein Kompromiß sei notwendig. Es gelang ihm nicht, die Überzeugung der übrigen Kommissionmitglieder zu ändern. Die Anträge Schmidt u. a. fielen dann gegen 7, der Kommissionsvorschlag erster Lesung (Besetzung der Verfassungskammer mit 5 Richtern) aber wurde mit 16 gegen 5 Stimmen gestellt. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Freitag statt.

Das Budgetgesetz des Reichstags. Wenn jedes Jahr die langwierigen Verhandlungen des Budgets im Plenum des Reichstags wie in der Kommission stattfinden und oft die schärfste Auseinandersetzung der politischen Konflikte wegen Bewilligung oder Nichtbewilligung einiger Millionen stattfindet, freut sich der „freisinnige“ Bürger über seine Opposition und ahnt nicht, daß jedes Jahr oft mehr als die Abschreibungen am Etat betragen. Übereinstimmungen stattfinden, welche nachträglich genehmigt werden sollen. Letzteres geschieht im Plenum meist ohne jede größere Debatte; die Verhandlung findet gewöhnlich an einem der letzten Tage der Session statt, wo mit der üblichen Hast und Gleitgültigkeit die Majorität zum Schluß treibt. In der Rechnungs-Kommission, in der die Etatsüberschreitungen geprüft werden, finden auch in diesem Jahr eingehende Besprechungen statt. Die Etatsüberschreitungen betrugen für 1894/95 vierzehn Millionen Mark, neben 8 Millionen Mark außerordentlicher Ausgaben! Bei den meistens Überschreitungen wird Jahr für Jahr die Erklärung abgegeben, daß dieselben durch die „organische Entwicklung“ der Arme, Marine u. s. w. oder im Interesse des Dienstes unbedingt notwendig seien. Dazu kommen „unvorhergesehene Zusätze bei Warten“ und dergl., durch welche die Überschreitungen veranlaßt werden. So war z. B. beim Neubau einer Kaserne des Gardekorps in Potsdam eine Etatsüberschreitung von 100 000 M. dadurch entstanden, daß, wie die Motive sagen, bei der Veranschlagung der Kosten aufgrund mündlicher Verabredung mit einem Vertreter des Magistrats angenommen habe, die Bevölkerung der „Waisenstraße“ durch Kaufleitung zu erfolgen habe, während später dem auf das Kriegeramt gerichteten Verlangen der Stadt nachgekommen und der Ausbau mit guten Plänen ausgeführt werden mußte.“ Auf Anfrage und Protest unseres Kommissionenmitglieders Wurm, der als Korreferent neben dem Referenten Dr. Hesse (nach) fungierte, erklärte der Regierungskommissar, daß der Magistratsbeamte, welcher eine so unrichtige Auskunft gegeben habe, ein Stadtbauamt gewesen sei; da er im nächsten Jahre gestorben sei, sei jede weitere Verfolgung der Angelegenheit, soweit sie überhaupt möglich sei, zwecklos. Große Überschreitungen von 250—365 000 M. werden jährlich auch dadurch vermieden, daß aus Anlaß des Anfangs neu errichteter, verschlechter oder in den Ruhestand getretener Beamten außerordentliche Entlastungen entstehen. Unsere Kommissionvertreter Broß und Wurm beantragten infolge dessen eine Resolution, die nach einer kleinen Abschwächung durch den Abg. Paasche angenommen wurde und forderte, daß eine baldige Änderung der kaiserlichen Verordnung für die Umzugskosten der gesandtschaftlichen und konsularischen Beamten vom 23. April 1879 von den verbündeten Regierungen in Erwägung gezogen werde. Große Überschreitungen fanden auch für Versuche im Bereich der Artillerie statt. Bei einem Etat von 1 1/4 Millionen Markwaren 1892/93 680 000 M. mehr, 1893/94 700 000 M. mehr, 1894/95 880 000 M. mehr verbraucht worden. Auf Antrag des Referenten und Korreferenten beschloß die Kommission mit 6 gegen zwei Stimmen, diese Etatsüberschreitung nicht zu genehmigen. — Es ist seit Errichtung des Reichs das erste Mal, daß die Kommission zu solchen Maßnahmen schreitet, die schon längst hätten getroffen werden sollen. Die Konsequenzen des Beschlusses wäre, daß der Rechnungshof die Überschreitungen als nicht gesetzlich von dem verantwortlichen Reichstag erachtet. Für diesen Etat Gros von Caprivi, einfordert! Das Plenum wird ja freilich sich diesem Beschuß, schon um seiner Konsequenz willen, nicht anschließen, und so bleibt es beim alten; in der Budgetkommission wird um einige hunderttausend oder eine Million Mark tagelang gestritten, und wenn es dem Reichstag gelingt, eine kleine Streichung durchzuführen, herrscht große Freude bei den Konstitutionellen der Binsen — und die Etatsüberschreitungen betragen jährlich 17, 20, 22 Millionen Mark, die Regierungskommission tadelt, steuert, rastet sich schließlich sogar zu einer Nichtgenehmigung auf — und es bleibt alles beim alten: es wird weiter mehr verbraucht als genehmigt ist. In einem wirklich konstitutionellen Staate wäre solche Komödie möglich; bei uns aber sorgen die konservativen mitunter den nationalliberalen und Zentrum-Straßensöhnen dafür, daß der Parlamentarismus und das Budgetrecht nur der Schatten seien, was sie sein sollten, denn das Plenum macht nicht ernst mit der Nichtgenehmigung einer Überschreitung — und so lange nicht ein Beamter für die Überschreitungen verantwortlich gemacht wird, so lange ist folge 15 Millionen-Spielerei ganz ungefährlich und wird nach wie vor in Szenen gespielt werden.

Neuheiten!

Größte Auswahl
in Herren-Anzügen
von 12 Mark an

Ernst Schubert
Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke.

Margarine F

aus der Fabrik von **A. L. Mohr** in Altona-Bahrenfeld besitzt nach dem Gutachten des Gerichts-Chemikers Herrn Dr. Bischoff in Berlin denselben Wert und Geschmack wie gute Naturbutter, und ist bei jeglichen stehenden Butterpreisen als vollständiger und billiger Ersatz für seine Butter zu empfehlen, sowohl zum Aufstreichen auf Brot, als zu allen Süßigkeiten.

Bu haben bei folgenden Firmen:

Leipzig:

Rob. Busch, Sophienstraße,
E. M. Dümichen, Gerberstraße,
F. H. Deutloke, Alberstraße,
Oskar Debus, Berliner Straße,
K. Enke, Puschstraße,
Emil Friedemann, Bayerische Straße,
G. Franz, Albert- u. Emilienstraßen-Ecke,
Herm. Glaser, Nürnberger Straße,
G. Gänzel Nachf., Dresdener Straße,
G. Genscher, Brandvorwerksstraße,
A. Gräfe, Brandvorwerksstraße,
W. B. Hecht, Hansäder Steinweg,
J. Jüngling, Schreiberstraße,
Gust. Juckuff Nachf., Galenstraße,
Karl Kabisch, Hofplatz,
Frz. Kindermann, Johanniskirchplatz 18,
Fr. König, Bayerische Straße,
F. A. König Nachf., Burgstraße,
Alfred Körding, Wiesstraße-Ecke,
G. Lössner Nachf., Weißstraße,
W. Leibnitz, Nürnberger Straße,
do. Markthalle, Galerie, St. 100,
do. Auerbachs Hof,
A. Lookemann, Zeitzer Straße,
B. Müller, Antonstraße,
Gust. Nienstädt, Höhrstraße,
Wih. Nienstädt, Turnerstraße,
C. Naumann, Dr. Fleischerstraße,
Herm. Papsdorf, Südstraße 67,
A. J. Posse, Blücherstraße,
Franz Rossack, Belzer Straße,
do. Rüdigplatz,
Adolf Reinhardt, Gerberstraße,
F. Richter, Mühlstraße,
Ed. Richter, Südstraße,
H. Rauhut, Bayerische Straße 95,
F. A. Schiller Nachf., Stanst. Steinweg,
Emil Schmidt, Südpark,
Otto Schmidt, Berliner Straße 12,
C. H. Schmidt, Waldstraße,
E. Schmidt, Tauchaer Straße 16,
D. L. Schroeder, Sternwartenstraße,
Wih. Schuster, Weienstraße,
Fräul. E. Stöckel, Reichstraße,
C. E. Stein, Frankfurter Straße,
Aug. Thürlichen, Stanst. Steinweg,
Baldur Uhlich, Emilienstraße,
Wohmann & Scholz, Bayerische Straße,
Bruno Wohlfarth, Johanniskirchplatz,
Otto Weise, Zeitzer Straße,
Oskar Wolff, Berliner Straße.

Leipzig-Anger:

Herm. Behr, Wilhelmstraße,
W. Flügel, Bernhardstraße,
M. Graul, Crottendorfer Straße,
J. Haase, Martinistraße,
M. Lange, Zwischenaußer Straße,
S. Neumann, Zwischenaußer Straße,
J. H. Rühle, Bernhardstraße,
do. Markthalle, Galerie, St. 118,
W. Schubert, Nöbbelstraße,
F. Sperling, Bernhardstraße,
A. Schreckenbach, Wilhelmstraße,
C. Unger, Zwischenaußer Straße,
Gustav Tünker, Wilhelmstraße.

Leipzig-Connewitz:

E. Geissler, Mittelstraße,
G. Hempel Nachf., Leipziger Straße,
A. Hoyer, Marienstraße,
Th. Jäger, Waldstraße,
J. Kirchhoff, Bornaische Straße,
Hedw. Naundorf, Leipziger Straße,
Karl Riemer, Leipziger Straße.

Leipzig-Gohlis:

Louis Bergmann, Lindenhaler Straße,
E. Heldrich, Luisenstraße,
A. Lohschütz, Neuere Hallesche Str. 6,
Otto Möx, Stiftstraße,
Herm. König, Stiftstraße,
M. Theuer, Neuere Hallesche Straße 120,
H. Tschorschko, Lindenhaler Straße,
Max Weisske, Neuere Hallesche Straße.

Leipzig-Kleinzschocher:

G. Steyer, Plagwitzer Straße,
G. Winkler, Plagwitzer Straße,
R. Wolkwitz, Plagwitzer Straße,
O. Zechendorf, Rudolfsstraße.

Möckern:

A. Helmke, Kirschbergstraße.

Leipzig-Neuschönefeld:

Herm. Fuhs, Eisenbahnstraße,
Fr. Hennly, Klarstraße,
Fr. Naumann, Nobet,
M. Woltersdorf, Eisenbahnstraße.

Leipzig-Lindenau:

A. Fuhs, Werderburger Straße,
Rob. Funke, Gaudorfer Straße,
A. Glauche, Kirchstraße,
Ed. Hädige, Gutsmuthstraße,
J. Hentschel, Karl Heine-Straße,
Rob. Höppner, Aurelienstraße,
A. Horn, Karl Heine-Straße,
Rob. Kipping, Werderburger Straße,
M. Kunitzsch, Lügauer Straße,
O. Möblus, Werderburger Str. u. am Markt,
C. E. Rottler, Wocherder Straße,
Ferd. Rückert, Aurelienstraße,
Osk. Schmidt, Lügauer Straße,
E. Sohneler, Gundorfer Straße,
F. L. Wünscher, Tiefenstraße,
O. Zwölfer, Tauchnigstraße.

Leipzig-Neustadt:

G. Bochmann, Gewolbstraße,
G. Graul, Eisenbahnstraße,
Herm. Hempel, Eisenbahnstraße,
P. H. Herfurth, Ludwigstraße,
Rud. Hoffmann, Ludwigstraße,
Ludwig Helmreich, Marktstraße.

Leipzig-Plagwitz:

H. Braun, Mühlstraße,
E. R. Gottschalk, Weinheller Straße,
L. O. Kaspar, Schöderische Straße,
Herm. Kresse, Werderburger Straße,
Marien-Drogerie, Karl Heine-Straße 75,
Heinrich Philipp, Elisabeth-Allee,
G. Pulver, Karl Heine-Straße,
F. Zeise, Schöderische Straße.

Leipzig-Rennitz:

F. Ad. Apitzsch, Brommesstraße,
Ernst Beck, Mühlstraße,
M. Erbse, Rossmühlestraße,
H. Graupner, Comeniusstraße,
G. Grimm, Chausseestraße,
Max Jacob, Bergstraße,
Ea. Jonaoek, Feldstraße,
E. Möckel, Kreuzstraße,
Franziska Rehner, Nobet,
A. Schulze, Vittoriostraße,
E. Schuster, Kreuzstraße,
E. Spuler, Rossgartenstraße,
Otto Staudte, Rathausstraße,
S. Steuer, Rathausstraße,
C. F. Walther, Heinrichstraße,
E. Weber, Dorotheenstraße.

Leipzig-Neusellerhausen:

T. W. Seyfferth, Würzener Straße,
M. Zander, Würzener Straße.

Leipzig-Sellerhausen:

Heinr. Junghans, Edelstraße.

Leipzig-Thonberg:

C. Hartmann, Neiengässchen Straße,
C. Hunger, Neiengässchen Straße,
H. Möckel, Neiengässchenstraße,
B. Müller, Süderstraße,
Rich. Müller, Neiengässchen Straße,
K. Uhlig, Neiengässchen Straße.

Leipzig-Volkmarasdorf:

K. Fischer, Rossmühlestraße,
R. Gebauer, Glindelstraße,
G. Tünker, Kirchstraße,
G. Uhrlau, Kirchstraße,
Richard Voigt, am Markt.

Paunsdorf b. Leipzig:

F. Heyer,
E. Röther.

Grosszschocher b. Leipzig:

A. Berger.
Schönefeld b. Leipzig:
Ad. Göhler, Dimpfelstraße,
H. Knorr, Turnerstraße,
Arth. Liebig, Hauptstraße,
E. Röther, Leipzigische Straße,
Franz Reuschke, Hauptstraße,
Emil Schubert, Dimpfelstraße,
do. Marktsch.

Sommerfeld:

Bernh. Polter.
Naunhof:
Ernst Kraft,
Otto Naundorf.

**Ia garantiert reines
Schweineschmalz**

bekannt beste Marke
„Radbruch und Special“
à Pfund 48 Pfg.

Sternschmalz

a Pf. 48 Pfg.

Ia Cocosnussbutter

von P. Müller u. Söhne, Mannheim

à Pf. 65 Pfg. 5 Pf. 3.10 Mt.

**Ia garantiert reine
Bayer. Schmelzbutter**

à Pf. 100 u. 110 Pfg.

Feinste

Weizenmehle

zu billigsten Mühlenpreisen.

Specialitäten:

Ungarischer

Kaiserauszug

aus der Panonia-Mühle, Budapest

à Pf. 22 Pfg. 5 Pf. 1 Mt. 4.75 Mt.

Selbstthätiges

Wiener Backmehl

ohne Hefen zu gebrauchen.

à Pf. 20, 25, 30 Pfg.

Ia Haidemehl

à Pf. 22 Pfg.

Ia Haidegrüne

groß und klein

à Pf. 22 Pfg.

Ia Niederlausitzer

Speise-Leinöl

und

Speise-Rüböl

stets ganz frisch u. vorzügl. Qualität.

Albin Reichel

13 Gerberstraße 13.

Rendahl: gegenüber d. Kirche.

Gohlis: neben d. Schillerschlößchen.

**Gegen Husten und Heiserkeit!
Brustzucker - Brud**

hell und dunkel

à Pf. 40 Pfg.

Ia weissen Kandis

à Pf. 40 Pfg.

Ia weissen Syrup

à Pf. 20 Pfg.

in Glasbüchsen à 25 und 60 Pfg.

Albin Reichel

13 Gerberstraße 13.

Rendahl: gegenüber der Kirche.

Gohlis: neben dem Schillerschlößchen.

Feinsten Lüneburger

Scheiben - Honig

à Pf. 100 Pfg.

Ia weissen

Valparaiso - Honig

à Pf. 55 Pfg. [1209]

Ia Thüringer

Blüten-Honig

in Glasbüchsen à 95 Pfg. inst.

Syrup

goldgelb, in bekannter Glüte

à Pfund 16 Pfg.

in 1 Liter-Glasbüchsen 60 Pfg. inst.

Albin Reichel

13 Gerberstraße 13.

Rendahl: gegenüber der Kirche.

Gohlis: neben dem Schillerschlößchen.

E. A. Martin

Zuh.: E. A. Höhne

Salzgässchen Nr. 1a

empfiehlt in bekannter Glüte:

Fruchtsirup . . . à Pf. 25 & 3 Pf. 65 &

Marzipanbruch " 90 " 25 "

Biskuit-Bruch " 50 " 18 "

Waffel-Bruch " 60 " 16 "

Crème-Chokolade " 71 " 20 "

Haushaltungs- " 80 " bis 1 " 25 "

ff. gefüllte Pflastersteine, 1/2 Pf. 25 &

Kakao, à Pf. 1.60 bis 3 " 25 &

Fruchtmischung, à Pf. 50 & 1 Pf. 15 &

Rocks-Rester, à Pf. 50 &

Bonbon-Abfall, à Pf. 40 &

ff. Bonbons und Konfitüren zu billigsten Preisen.

[818]

Pianinos, neu u. geb., tafel. Zuf.

Ziellinen, Sittchen, Solitene, feh-bläß.

2. Beilage zu Nr. 37 der Leipziger Volkszeitung, Freitag den 14. Februar 1896.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Februar.

Neben die Wahlrechtsvorlage sprach gestern abend im Schlosseller in einer öffentlichen Versammlung des Deutschen sozialen Reformvereins der Reichstagsabgeordnete Zimmermann. Sein Vortrag war im großen Ganzen sachlich und wurde von der etwa 400 Personen besuchten Versammlung befällig aufgenommen. Besonders scharf rügte der Redner die Verleugnung des politischen Anstandes, nach dessen Regeln bisher kein Parlament das Wahlsystem angelastet habe, dem es selbst seine Existenz verdanke. Er wußte die Frage auf: Warum löse die Regierung nicht den Landtag auf und stelle der Wählerlichkeit selbst die Entscheidung über die Wahlrechtsänderung durch Auszeichnung von Neuwahlen anheim. Auch in anderen Teilen seines Vortrags sprach der Redner ganz wirkungsvoll und die Versammlung hätte zweifellos einen ganz günstigen Abschluß gefunden, wenn Herr Zimmermann und seine Parteifreunde nicht die Absicht gehabt hätten, den größeren sozialdemokratischen Teil der Versammlungsbuchstaben zu einer königstreuen Ergebung zu mißbrauchen. Schon in seinem Vortrage hatte Herr Zimmermann eine plumpke Anrempelung der Sozialdemokratie versucht, indem er von sozialdemokratischen Irrlehren und Phantasien sprach, für deren Vorhandensein er mittels eines verunglückten rhetorischen Kunststückchens das Zeugnis — Bebels anrief. Schon der hierob entstehende Widerspruch hätte Herrn Zimmermann, der später in der Diskussion sozialdemokratischen Rednern Mangel an parlamentarischer Uebung vorwarf, erkennen lassen sollen, daß er es nicht mit gedankenlosen Zuhörern zu thun hatte. In der Debatte wußt unsrer Genossen Beyer darauf hin, daß die Leipziger Antisemiten bei der letzten Reichstagswahl denselben Professor Hesse in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verholfen haben, der jetzt zu dem auf die Wahlentscheidung des sächsischen Volkes gerichteten Vorgehen der Ordnungsparteien seine Zustimmung gegeben habe. Er halte es für geboten, daß die Antisemiten Professor Hesse aufzordnen, sein Reichstagsmandat niederzulegen, weil er den in ihm gesetzten Erwartungen nicht entsprochen habe. Auch erinnerte Genosse Beyer daran, daß die Leipziger antisemitischen Stadtverordneten vor Jahresfrist auch das gleiche Wahlrecht angestellt haben, dem sie ihre Wahl verbanden, und es durch ein Dreiklassenwahlrecht erledigt. Herr Zimmermann stellte die letztere Behauptung in Zweifel durch die Bemerkung, daß seines Wissens die antisemitischen Stadtverordneten gegen die Änderung des Leipziger Gemeindewahlrechts gestimmt hätten, Genosse Pollender aber stellte die unmöglichste Thatsache fest, daß die Annahme des Leipziger Dreiklassenwahlsystems nur gegen 2 Stimmen erfolgt sei und zwar gegen die des Herrn Staatsanwalt Horrich und des Herrn Prof. v. Zahn, welch letzterer allerdings zu den Antisemiten gezählt werde. Die übrigen antisemitischen Stadtverordneten, die Enke, Frisch, Zohn, Roachim, Schilbach u. a., hätten stumm für die Beseitigung des gleichen Wahlrechts und die Einführung des Dreiklassenwahlsystems gestimmt. Man komme eben nicht um die Thatsache herum, daß es im antisemitischen Lager an Logik und Sequenz mangelt. An der Debatte beteiligte sich noch Genosse Schmidt. Sodann murete das Bureau den Versammelten zu, für eine Resolution zu stimmen, die sich zwar gegen die Wahlrechtsänderung erklärte, im übrigen aber von Irrlehren der Sozialdemokratie sprach und die königstreue Besinnung der Versammelten zum Ausdruck bringen sollte. Genosse Pollender hielt es für taftlich richtiger, die für die anwesenden Sozialdemokraten anständigen Stellen aus der Resolution zu entfernen, was wurde aber vom Abg. Zimmermann erwidert, daß es sonst gerade auf eine Protestkundgebung königstreuer Männer ankomme. Die Sozialdemokraten hatten keinen Grund, der Erfüllung dieses Wunsches hinderlich zu sein. Sie verließen den Saal und nur ein kleines Häuslein gesinnungsähnlicher Antisemiten blieb zurück.

Die Freiheit der Wahlrechtsverurtheilter wird immer unverschämter. In der Leipziger Zeitung ist zu lesen:

Die Debatte über die sächsische Wahlvorlage ist gestern (Mittwoch) noch nicht zu Ende geführt worden. Nach eingehender Darlegung der Sachlage durch den Herrn Minister nahmen den Rest der Zeit zum größeren Teil die Sozialdemokraten in Anspruch, durch die That beweisend, daß sie nur zu wollen brauchen,

um mit ihren Dauerreden den ganzen Landtagsbetrieb ins Stocken zu bringen.

Die sozialdemokratischen Wahlvertreter sollen wohl die Wahlrechtsänderung am Volke ohne zu müssen vor sich gehen lassen. Wie die hochmütige Reaktionssippe das Volk und seinen Willen bewertet, zeigt nunmehr die Thatsache, daß ihr eine zweitägige Diskussion über das schimpfliche Attentat auf das wichtigste sächsische Wahlrecht schon zu viel ist.

Ein großer sozialreformatorischer Gedanke ist auf der Direktionskonferenz der landwirtschaftlichen Kreisvereine herausgestellt worden. Um der Landwirtschaft einen fürdigen Arbeitssmann zu sichern, sollen in Zukunft die nach Maßgabe der Verordnung vom 10. August 1894 zu verleihenden Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit, soweit hierbei in der Landwirtschaft beschäftigte Personen in Frage kommen, mit einer gewissen, noch außen tretenden Feierlichkeit, insbesondere bei Gelegenheit landwirtschaftlicher Vereinsversammlungen überreicht werden. Das Mittel hat den Vorzug, daß es nichts kostet. Ob's aber etwas hilft? Wir halten eine menschenwürdige Behandlung und eine bessere Entlohnung der ländlichen Arbeiter für wirksamer.

Wie die Kirche Sozialreform treibt, beweist folgendes Circular, das dieser Tage ein hiesiger Verlagsbuchhändler zu geschickt erhielt:

Gotha, Datum des Poststempels.

p. p.

Im armen Dorfe Frankenroda in Thüringen, wo nur arme Weber wohnen, macht sich die Anschaffung einer neuen Orgel für die Kirche nötig.

Die armen Weber sind nicht in der Lage, die Kosten dafür zu bestreiten, auch ist die Gemeinde wohl die ärmerste in Thüringen. Es herrscht noch Ehrfurcht vor Gott, Sitte und Ordnung im Dorfe, unter 100 Wählern waren nur 2 Sozialdemokraten.

Röra 1000 Mark habe ich zusammengebracht, es fehlen aber noch zirka 1500 Mark. Sie thun so viel Gutes, holen Sie bitte auch hier, Gott vergelt's!

Zudem ich mich bereit erkläre, Gaben in Empfang zu nehmen, zeichne ich mit der größten Hochachtung sehr ergebenst

E. F. Grübel,
Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Thüringer Webervereins.

Wie werden sich die armen Weber in Frankenroda freuen, daß man ihnen für 2500 Mark eine schöne neue Orgel schenkt, auf der man alljährlich ihrem laufenden Magen ein geistliches Lied vorspielt? Heute nur 2 Sozialdemokraten unter 100 Wählern — wir wollen, wenn die Orgel erst da ist, wird sich das Verhältnis binnen kurzem umkehren.

Wegen der Errichtung einer elektrischen Kleinbahn Halle-Leipzig hat das sächsische Ministerium des Innern angeordnet, daß die Pläne in allen beteiligten Gemeinden an Amtsstellen ausgelegt werden, um etwaige Widersprüche der Abgeordneten zu ermöglichen.

Eine wichtige Verordnung hat das Ministerium des Innern erlassen. Das Ministerium hat nämlich aus dem Berichte einer Amtshauptmannschaft ersehen, daß einem Gemeinderate von der Amtshauptmannschaft ausdrücklich gestattet worden war, die Namen der sämigen Abgabenpflichtigen, denen der Gemeindevorstand auf Grund des dortigen Regulativs den Besuch von Schankstätten untersagt hat, öffentlich auszuhangen. Da die Zulässigkeit einer derartigen Maßregel aus den Bestimmungen des Gesetzes vom 21. April 1884 jedenfalls nicht abgeleitet werden kann, aus den betreffenden Landtagsverhandlungen vielmehr das Gegenteil zu erwarten ist, hat das Ministerium durch Verordnung vom 22. Januar d. J. bestimmt, die Kreishauptmannschaft wolle dafür besorgt sein, daß in Zukunft diese Veröffentlichung der Namen der von einem Verbote hier fraglicher Art Betroffenen unterbleibt.

Die bisher in Sachsen üblichen statistischen Erhebungen über die wegen Bettelns und Bandstreifens bestraften Personen mittels Individuum-Zählkarten sind auf Anordnung des Ministeriums vom 1. Januar 1896 ab bis auf weiteres ausgesetzt worden.

Postordnungswidrig beschaffene DrucksachenSendungen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Zahl der Sendungen, die bei den Postanstalten als Drucksachen eingeliefert werden, aber den für diese Gegenstände gelgenden Bestimmungen im § 15 der Postordnung nicht entsprechen, sehr erheblich. Nach den bestehenden Vorschriften werden solche Drucksachen nicht abgesandt, sondern dem Ab-

sender zurückgegeben oder vernichtet, wenn der Absender nicht ermittelt wird. Insbesondere müssen zur Neujahrszeit zahlreiche DrucksachenSendungen von der Postbeförderung ausgeschlossen werden, weil den darin enthaltenen Glückwunschkarten u. s. w. unzulässige handschriftliche Zusätze hinzugefügt sind, oder auch, weil sie, in Form offener gebrückter Karten hergestellt, auf der Adressseite die Bezeichnung Postkarte tragen. Den hieraus vielleicht entstehenden Unzulässigkeiten können die Absender nur durch Beachtung der bestehenden Vorschriften, über die alle Postanstalten Auskunft geben, vorbeugen. — Auf den gegen das Drucksachenporto zu versendenden Gratulationskarten mit gedrucktem Text kann, worauf wir besonders aufmerksam machen, nur wie bei allen Drucksachen der Ort und der Tag der Absendung, sowie die Namensunterchrift und der Stand des Absenders handschriftlich eingetragen werden; auf gebrückten sog. Bildpostkarten dürfen noch die Ausgangsdaten stehen, auf gebrückten Verlehr gebrücktlicher Ausdrücke zur Erläuterung des Zwecks der Ueberleitung der Marke, zum Beispiel u. G. z. w. p. f. p. e. handschriftlich angegeben werden. Drucksachen in Form offener Karten mit der Bezeichnung Postkarte auf der Anschriftseite sind unter allen Umständen von der Beförderung gegen das Drucksachenporto ausgeschlossen, auch wenn darauf etwa das Wort Postkarte durchstrichen oder durch das Wort Drucksache ersetzt ist. Dies verdient besonders auch von den Herstellern solcher gedruckten Karten (Weiseangeben, Preislisten u. s. w.) genau beachtet zu werden.

Die Thätigkeit des Reichsgerichts. Die Zahl der im Jahre 1895 bei dem Reichsgericht anhängig gewordenen Revisionen in Civilsachen betrug 2419; davon waren 2277 ordentliche Prozesse, 20 Wechselprozesse, 6 andere Urkundenprozesse und 117 Ehes- und Entmündigungsprozessen. Von den ergangenen Urteilen lauteten 488 auf Aufhebung des angefochtenen Urteils, und zwar 361 unter Jurisdicution in der Sache selbst, und 168 auf Zurückweisung oder Verwerfung der Revision. In Strafsachen waren 5955 Revisionen anhängig, darunter 632 überjährige. Davon sind erledigt 5813, und zwar durch Bescheid oder sonst ohne Gerichtsbeschuß 81, durch Beschuß, in dem die Revision für ungültig erachtet wird 411, durch Bescheid, der die Unzulässigkeit des Reichsgerichts auspricht 3, durch Urteil 4818; unerledigt blieben 642 Sachen. Von den 4818 Urteilen waren auf Revisionen gegen Schwurgerichtsurteile ergangen 268; davon lauteten 33 auf Aufhebung des angefochtenen Urteils, und zwar 31 unter Zurückweisung der Sache und 2 unter Entscheidung in der Sache selbst, und 200 auf Verwerfung der Revision. Die übrigen 4555 Urteile waren auf Revisionen gegen Strafmaßurteile ergangen; davon lauteten 953 auf Aufhebung des angefochtenen Urteils, und zwar 876 unter Zurückweisung der Sache, und 77 unter Entscheidung in der Sache selbst, und 8602 auf Verwerfung der Revision. Die Geschäfte der Reichsanwaltschaft umfaßten 10 Hohe und Landesverratsachen, 5922 Revisionen in Strafsachen und 5 Verurteilungen in Konkulargerichtssachen, 22 ehrenamtliche Sachen gegen Rechtsanwälte in der Berufungsinstanz, 8 Disziplinarurteile in der Berufungsinstanz, 106 Ehesachen, 6 Entmündigungsprozessen, 4 Beschlüsse über Geschäfte des Untersuchungsrichters in Hochverratsachen, 181 Anträge auf Entscheidung des Revisionsgerichts (§ 386 der Strafprozeßordnung), 59 Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand, 51 Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts, 16 Erinnerungen gegen den Kostenansatz oder Beschwerden, die den Kostenansatz betrafen. Verhandlungstermine haben 4000 stattgefunden, darunter in Strafsachen 4807.

In der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode, die am Montag den 17. Februar beginnt, haben sich folgende Personen zu verantworten: Montag den 17. Februar vormittags 9 Uhr der Handarbeiter Hermann Friedrich Warlich aus Möckern wegen Betriebsforschung und versuchten Betrugs; 9½ Uhr der Schriftsteller Albert Hugo Böll aus P. Steinbach wegen versuchter Brandstiftung; 11½ Uhr die ledige Ida Clara Eisner aus Mügeln wegen Mordstötung. Dienstag den 18. Februar vormittags 9 Uhr der Wirtschaftsgehilfe Johann Ferdinand Kunadt aus Altleisnig wegen Meineids; 11 Uhr der Bergarbeiter Wilhelm Ernst Weber aus Roda bei Wurzen wegen gewaltsamer Unzucht, Unzucht mit einem Kinde und Unzucht mit einem Kinde unter Missbrauch eines Autoritätsverhältnisses. Mittwoch den 19. Februar vormittags 9 Uhr die verehelichte Karoline Wilhelmine Leuschner aus Dahlen wegen Abtreibung; 11½ Uhr die Näherrin Dorothea Wilhelmine versuchte Schramm aus Güntheritz wegen Meineids. Donnerstag den 20. Februar vormittags 9 Uhr der Posthilfsbot Wilhelm Hempel aus Cythra wegen Unterschlagung im Amt; 11½ Uhr der Geschäftsführer Friedrich Oswald Wehner aus Merseburg wegen versuchter Notzucht und wegen Mötigung. Freitag den 21. Februar vormittags 9 Uhr der Schuhmacher Richard Paul Fischer aus Greiz, der Steinboßier Franz Reinhold Engelman aus Altenhain und der Schafknecht Hermann Otto Stecher aus Seelingstädt wegen gewaltamer Unzucht, wegen Vergehens wider die Sittlichkeit und wegen Beleidigung. Sonnabend den 22. Februar vormittags 9 Uhr der Fleischergeselle Karl Ernst Neuhäusel aus Chemnitz wegen einfachen, in wiederholten Fällen begangenen Diebstahls und wegen schweren Raubes. Montag den 25. Februar vormittags 9 Uhr der Eisenbahnbremser Adam Alwin Schicker aus Sohl wegen versuchten Totschlags. Dienstag den 26. Februar vormittags 9 Uhr der Tischlergeselle Albert Alekpa aus Gläsen in Schlesien wegen Notzucht. Donnerstag den 27. Februar vormittags 9 Uhr der Töpfer Hermann Ferdinand Schmidt aus Dresden wegen Meineids. Freitag den 28. Februar vormittags 9 Uhr der Agent Karl Hermann Schröder aus Zeulenroda wegen Meineids. Sonnabend den 29. Februar vormittags 9 Uhr der Tegelohner Karl Oskar Voigt und der Dienstknabe Karl Paul Beyrich aus Schreibitz wegen Notzucht und Beihilfe dazu und um 11 Uhr die verehelichte Marie Auguste Schmidt aus Paasdorf wegen Meineids.

Die Verkehrsverhältnisse in den beiden städtischen Speisenanstalten verließen 1895 wenig abweichend von dem vergangenen Jahre. Der Jahresumsatz betrug:

Allgemeiner Verkehr in Nr. I . . .	92550 Portionen mit Fleisch
" " " I : .	437 " ohne Fleisch
" " " II : .	88506 " mit Fleisch
" " " III : .	1193 " ohne Fleisch
Irrenleichenhaus u. Gymnitiertenhaus	210219 diverse
Speisung der Armen	3580 " m. Fleisch. Brot
Personal in Nr. I und Nr. II : .	5000 " mit Fleisch

Zusammen 561575 Portionen, so daß seit Gründung der Volksküche am 16. Januar 1849 die Gesamtzahl der ausgegebenen Speisen 14883680 Portionen beträgt.

Verbandslasten im Postdienst. Das Reichspostamt hat bestimmt: Um den im Bahnpostdienst beschäftigten Beamten und Unterbeamten die Möglichkeit zu gewähren, bei vorkommenden Verlebungen infolge von Unfällen während der Eisenbahnfahrt eine vorläufige Hilfsleistung einzutreten zu lassen, sind die Bahn-

In dieser Symphonie Situationen aus dem Leben eines krankhaft überreizten Künstlers, den er u. a. auch zum Richter schreiten und an den teuflischen Orgeln eines Hexenabends teilnehmen läßt.

Den meiste Besuch von Seiten des Publikums fand Richard Wagner's Tannhäuser-Divertikle, die zur Eröffnung des Konzertes diente.

Da nun einmal diese beiden Konzerte eine, wenn auch gedrängte, Übersicht der hervorragendsten klassischen und modernen Instrumentalkomponisten geben zu wollen scheinen, so vermittele ich ungern einen Künstlernamen von bewährtem Klange: Franz Liszt, den Vater der symphonischen Dichtung! Niemand weiß ja diese Orchesterdarbietungen hinreichender zu interpretieren, als gerade Wengartner.

B. St.

— Bis zum Nordpol. Nach einem Telegramm aus Irkutsk hat der Lieferant des Nordpolfahrers Nanzen, Kaufmann Kaichnarev, den Präfekten in Polymsk (Nordböhmen) wissen lassen, daß Nanzen den Pol erreicht habe, Land entdeckt hat und zurückkehre.

— Die Märtyrer von Scitullen. Über den Aufenthalt des Führers der scitulischen Erhebung Garibaldis Bosco im Gefängnis von Palaschi (wo sich auch Verro befindet) verlautet folgendes: Der Verkehr mit seinem Freunde Verro ist Bosco gänzlich untersagt. Seine Gesundheit ist noch immer durch die Krankheit, die er sich in dem fürchterlichen Kerker von San Gemignano zugezogen, getrübt. Er schreibt und liest viel, ist über seine Wiederwahl vollständig unterrichtet und bat seine Mutter, seinen Gesinnungsnoffen für ihre Treue zu danken. Der Direktor des Gefängnisses ist ziemlich gutherzig, während der von Gemignano als grausam bekannt ist. Bosco hatte dort außer anderen Torturen auch Hunger erleiden müssen; als er eines Tages darüber klage führte, erhielt er zur Antwort: „Was sie leiden Hunger, mit dem Gesicht!“ Am Tage, an welchem er das Straßlingskleid anlegen mußte, ließ ihn jener Direktor zu sich rufen und schärfe ihm ein, „von dem Moment an seinen Wächtern unbedingten Gehorsam zu leisten, jetzt sei er nur mehr eine Nummer!“ Worauf Bosco erwiderte: „Nein, Herr Direktor, ich bin und bleibe Garibaldi Bosco! Ich bin kein Verbrecher, sondern ein Kämpfer für meine Ideale!“ Drei Tage verschärfter Arrest waren der Lohn dieser Rede.

Hatte Wengartner das Tempo nicht so beschleunigt, dann wären die erwähnten Szenen und noch so manche fiktive Einzelheit mit erschöpferlicher Klarheit jedem der Zuhörer bewußt geworden. Die Kapelle plante das hinsichtlich seiner Immense Schwierigkeit wohl einzigt das Werk mit einer unerhörten Bravour.

Unnachahmlich glänzend wurde auch Verlio: Symphonie fanastische wiedergegeben, jenes grandiose Werk, das schon Robert Schumann voll Bewunderung zu analysieren versuchte. Bekanntlich schlägt Verlio

posten, in denen mehr als ein Beamter oder Unterbeamter den Dienst versieht, mit Postverbandkosten auszurüsten. In jedem Kasten muß ein Verzeichnis der darin enthaltenen Gegenstände vorhanden sein. In angemessenen Fällen, mindestens aber jährlich zweimal, zweckmäßig nach Ablauf der älteren Jahreszeit und im Herbst, sind die Verbandkosten einer eingehenden Prüfung daraufhin zu unterwerfen, ob ihr Inhalt vollständig und in gutem Zustande vorhanden ist.

Zurückkehrende Auswanderer. Am gestrigen Tage seilten sich zu verschiedenen Zeiten vom Berliner Bahnhof aus vier Gruppen Auswanderer in Stärke von ca. 100 Mann nach der bayerischen Bahn in Bewegung, um nach ihrer Heimat weiter zu fahren.

Arbeiterriko. Gestern nachmittag lief in der Nordstraße ein 41-jähriger Arbeiter, der einen schwer beladenen Handwagen transportierte, in einen Eisenpäneum. Der Arbeiter wurde schwer verletzt von einem Schuhmann ins Krankenhaus gebracht. — Ebendorf wurde ein 57-jähriger Dachdeckerhilfe aufgenommen, der bei einer Reparatur von einem einstöckigen Seitengebäude in der Hospitalstraße herabgestürzt war und einen Rippenbruch und einen Nasenbeinbruch erlitten hatte.

Unglücksfälle. In der Querstraße wurde von einem Biwagen ein 5-jähriges Drechslerskind überschlagen. Zum Glück waren die Verlehrungen nur leichter Natur. Das Kind wurde zum nächsten Arzt gebracht, der ihm einen Notverband anlegte. — Ferner kam in der Katharinenstraße ein 14 Jahre alter Kaufmannslehrling zu Schaden. Er hatte eine schwere Röste auf den Hinterteil eines Fuhrwerks gestellt und sich dazu gesetzt. Als er am Brühl abspringen wollte, stürzte er jedoch, und riss dabei die Röste auf sich herab. Der Verlehrte begab sich nach dem Krankenhaus.

Die Selbstmorde häufen sich wieder einmal in ganz unheimlicher Weise. Am Mittwoch abend kurz nach 7 Uhr sprang vor den Augen der Passanten unterhalb der Pfaffendorfer Brücke eine Frau in die Parthe, ohne wieder zum Vortheile zu kommen. Gestern früh erst fand man am Zoologischen Garten ihren Leichnam und stellte in ihr eine 55 Jahre alte Georgenhäuselsoffin fest. Ihr Leichnam wurde der Anatomie überwiesen. — Aus gekräutetem Chryseal erhob sich gestern nachmittag im Wartesaal 3. Klasse des Dresdener Bahnhofs ein 17-jähriger, bisher in Böhmen-Ehrenberg beschäftigte gewesener Gärtnerbursche, der Sohn eines Lehrers in Neustadt i. S. — Ferner meldet die Nachrichten noch einen Doppelselbstmord: Als vermisst angemeldet waren seit einigen Tagen hier zwei junge, in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre stehende Leute, der Eisenbahnler Emil Otto und die Ladnerin Elisabeth Schmidt. Am Mittwoch nun wurden aus der Elbe in einem in der Nähe von Niesa gelegenen Ort die Leichen eines Mannes und einer Frau gezogen. In der Kleidung der einen Leiche fand sich ein Zettel vor mit den Worten: "Wir gehen freiwillig in den Tod! Emil Otto und Elisabeth Schmidt."

Mesognosiert. In dem Unbekannten, dessen Leichnam kürzlich in der Elster an der kleinen Funkenburg gefunden wurde, ist ein 40 Jahre alter, mit seiner Familie Südstraße 21 zu Plagwitz wohnhaft gewesener Handarbeiter aus Berbst mesognosiert worden.

Der Leichnam eines neugeborenen Kindes wurde hinter dem neuen Schützenhaus in der Luppe aufgefunden. Die Untersuchung darüber, ob ein Verbrechen vorliegt, ist im Gange.

Geserbericht. Eine Partie Teer geriet in der Berliner Straße, wo eine Bedürfnisanstalt geleert wurde, in Brand. Beim Löschens zog sich einer der Arbeiter bedeutende Brandwunden zu, die ärztliche Behandlung notwendig machten. — In einer Wäschekammer eines Hotels der Petersstraße entstand gestern auf manegelte Weise ein Brand, der von dem Personal mittels einer Haussprühre gelöscht wurde.

Eigentumsvorgerhen. Wegen Diebstahls wurde gestern eine 27 Jahre alte Buchhalterin zur Verantwortung gezogen. Sie hatte sich eine größere Partie Schuhwaren angeeignet und versilbert. — In der Dresdener Straße wurde ein vor einer Destillation stehender Kissenrover im Werte von 500 Mark gestohlen. Am Bügel des noch ganz neuen Kusses befand sich ein Aluminiumschild mit der Aufschrift A. Reich, Leipzig, und der Nummer 87365.

Berhaftungen. Ein ungefähr 30 Jahre alter aus Plauen gebürtiger Kaufmann der Weinbranche wurde gestern unter der Verdächtigung der schweren Urkundenfälschung von der Kriminalpolizei festgenommen. — Der Unbekannte, der kürzlich in zwei hiesigen Haushaltshandlungen unter dem falschen Vorgeben, er arbeite in der Bürsterei der betreffenden Handlung, zur Vertheidigung seiner angeblich verstorbenein Frau Lohnvorwürfe von 75 Mk. und 45 Mk. zu erschwinden verstanden hat, ist nunmehr in der Person eines 45 Jahre alten Kürschners aus Weissenfels ermittelt worden.

Tauha. Gestern vormittag wurde im nahen Dewitz der Volksschultheiße Pischmann wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Schulkindern, verhaftet. Pischmann ist verheiratet und Vater von 6 Kindern.

Marktstädt, 13. Februar. Die Wahl des Geschäftsführers Arthur Böttner zum Vorsitzenden für die Ortsgrankenkasse ist von der Königl. Umtshauptmannschaft deshalb für ungültig erklärt worden, weil sich an der Wahl zwei nicht berechtigte Vorstandsmitglieder beteiligt haben. Daraufhin wird der Kasse zum dritten Male Gelegenheit gegeben, unter amtschäftsamtlicher Leitung in einer neu anzuberuhenden Generalsammlung einen Vorsitzenden zu wählen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 3. bis mit 8. Februar 1896.

Standesamt II.

Umfaßt die Stadtteile Neudörfel, Anger-Grotendorf, Volkmarasdorf, Sellerhausen, Neuellerhausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg.)

Geschlechungen: Peist, Friedrich Otto Gustav, Bäcker in Neudörfel, mit Spott, Sophie Marie, in Leipzig. — Reimann, Wilhelm, Kaufmann, mit Körner, Emilie Marie, in Neustadt. — Hammerschmidt, Albert Georg, Graveur in Neudörfel, mit Fischer, Jacobine Julianne Johanna, in Neustadt. — Pfeifer, Franz Robert, Marktmeister in Volkmarasdorf, mit Aloisius, Ida Rosalie, in Leipzig. — Recke, Ernst Emil, Schlosser in Volkmarasdorf, mit Bracke, Sophie Auguste, in Neudörfel. — Schmidt, Gustav Adolf, Lagerist, mit Wille, Selma Martha, in Volkmarasdorf. — Zusammen 6.

Geburten: Nahmels, Franz Emil, Schneider S. — Otto, Karl Louis, Maurers S. — Kunze, Karl Arthur, Tischler S. — Möhner, Ernst Emil, Eisenbahnler S. — Körzli, Hermann Max, Chirurg, Instrumentenmacher S. — Kreuzmann, Ludwig Emil,

Schlossers S. — Wendler, Christian Hermann, Schuhers S. — Pabst, Johannes Hermann Arthur, Heizers S. — Naumann, Paul Richard, Bahnarbeiter S. — Birkner, Friedrich Gustav, Steinmeiers S. — Naumann, Friedrich Karl August, Telegraphistens S. — Degen, Maximilian Theodor, Kaufmanns S. — Koiv, Hermann Rich, Schuhmachers S. — Voost, Albert Bruno, Musikers S. — Kricke, Wilhelm Robert, Steinmeiers S. — Wörner, Wilhelm Franz, Schuhmachers S. — Liebscher, Georg Daniel, Diakon S. — Guigel, Ludwig Gustav, Wachstucharbeiter S. — Sonnenlatte, Karl, Maurers S. — Dauer, August Wilhelm, Handarbeiter S. — Grohmann, Friedrich Emil, Buchbinders S. — Müller, Karl Friedrich, Marktmeisters S. — Hübler, Georg Maximilian, Ingenieurs S. — Bryce, Ernst Bruno, Eisenbahnler S. — Klein, Ernst Friedrich Alwin, Lehrers S. — Mersburg, Gustav Reinhard, Buchhalter S. — Thiele, Ernst Friedrich Hermann, Postillions S. — Pix, Theodor Karl Wilhelm, Schlossers S. — Becker, Heinrich Wilh. Emil, Lokomotivführer S. — Naumann, Wilh., Schlossers S. — Plätzl, Friedrich Ernst, Marktmeisters S. — Götter, Gust. Albert, Privatmanns S. — Schirmer, Franz Albert, Notenstechers S. — Bertram, Otto Oskar, Buchbinders S. — Raden, Gustav Robert, Lithographens S. — Berthold, Karl Hermann, Glaser S. — Winsler, August Robert, Handarbeiter S. — Klunser, Fried. Heinrich, Marktmeisters S. — Knif, Karl Julius Otto, Kaufmanns S. — Münze, Friedr. Hermann, Schneiders S. — Klossch, Ernst Heinrich, Schuhmachers S. — Einrich, Karl Otto, Handarbeiter S. — Goersch, Karl Johann, Kutschers S. — Lorenz, Karl Franz Paul, Schuhmachers S. — Kügel, Johann Gottfried, Schneiders S. — Kaufmann, Friedrich Ferdinand, Kutschers S. — Gelbel, Ernst Gustav, Schlossers S. — Schmidt, Eduard Willy, Brauers S. — Lohse, Edmund Bruno Max, Handarbeiter S. — Gümppel, Friedrich Ernst, Barbierstübenthabers S. — Weber, Herm. Wilhelm Julius, Steindruckers S. — Hunger, Friedrich Robert, Handarbeiter S. — Bauer, Karl Hermann Robert, Schlossers S. — Friedrich, Ernst Adolf, Komptotristens S. — Borberger, Karl Hermann, Fabrikarbeiter S. — Lunow, Franz Konrad Ludwig, Buchbinders S. — Weishuhn, Friedrich Gustav, Buchbinders S. — Bedrich, Georg, Lehrers S. — Goldammer, Hermann Christopher, Bremers S. — Eitel, Theodor Louis, Ingenieurassistenten S. — Geister, Gustav Albert, Schuhmanns S. — Frenzel, Joh. Karl August, Bahnarbeiter S. — Chemnitzi, Oskar Richard, Fabrikarbeiter S. — Roed, Wilhelm Oskar, Handarbeiter S. — Dietrich, Robert Alfred, Kaufmanns S. — Hofmann, Friedrich Gustav, Marktmeisters S. — Bach, Karl Otto Reinhold, Schriftleiters S. — Fröhliche, Otto Bruno, Bremers S. — Schnüberth, Ernst Richard, Schneiders S. — Hugo, Friedrich Hermann, Handlungsgeschäfts S. — Müller, Karl Oskar Paul, Steindruckers S. — Wesse, Karl Franz, Tischlers S. — Meindl, Max Bruno, Fabrikarbeiter S. — Hahnfeld, Franz Oswald, Expedienten S. — Zusammen 80 (einschließlich 4 uneheliche Geburten).

Geburten: Müller, Karl Robert Ernst, Formers S. — Gräbe, Wilhelm Eduard, Fabrikarbeiter S. — Scheuring, Johann Valentin, Heizers S. — Fahr, Karl Gustav, Maschinisten S. — Decker, Friedrich August, Formers S. — Liebe, Johann August Rudolf, Sattlers S. — Müller, Karl Oskar, Buchbinders S. — Baumgart, Karl August, Schuhmanns S. — Selle, Heinrich August Wilhelm, Schlossers S. — Berger, Robert Gustav, Steinmeiers S. — Fehre, Johann Hermann, Zimmermanns S. — Bieler, Ernst Gustav, Kaufmanns S. — Müller, Franz Gustav, Malers S. — Kolbe, Max Arno, Buchhandlungsgeschäfts Zwilling S. und S. — Simon, Heinrich Hermann, Schneiders S. — Linke, Julius Adolf, Weichenstellers S. — Lewandowski, Casimir, Handarbeiter S. — Lehmann, Gustav Wilhelm Arthur, Handarbeiter S. — Schneider, Ernst Wilhelm August, Handarbeiter S. — Reichenbach, Karl Theodor, Schlossermeisters S. — Schmalzheim, Rudolf, Kutschers S. — Rohrbach, Friedrich Wilhelm, Marktmeisters S. — Medow, Bernhard Hermann Erdmann, Kesselschmidts S. — Wolf, Alfred Oskar, Tischlers S. — Wallner, Kaspar Bernhard, Schlossers S. — Heyng, Alexander Emil Robert, Handarbeiter S. — Rubinsteiner, Heinrich Chaim, Bockenarbeiter S. — Meinel, Otto, Formers S. — Leibner, Louis, Klempners S. — Dorn, Karl Oskar, Tischlers S. — Pegold, Franz Reinhold, Maurers S. — Hoffmann, Ernst Robert, Bäders S. — Jipp, Gustav Theodor Frieder. Adolf, Graveurs Zwilling S. und S. — Otto, Karl Robert, Handarbeiter S. — Außerdem wurden gemeldet 2 uneheliche Knaben, 1 uneheliches Mädchen. Zusammen 39.

Gestorbene: Köhler, verm. geb. Weise, Anna Therese, Handarbeiter Witwe, 57 J. 10 M. 4 T. — Schüttler, Johanna Elsa, Feuermanns S. — 2 M. 10 T. — Durgils, Elsa Clara, Handarbeiter S. — Richter, Theodor Paul Max, Kaufmannsgekündigter S. — 3 M. 19 T. — Hentschel, Selma Emma, Schauspielerin, 19 J. 5 M. 1 T. — Thiene, Hermann Robert Friedrich, Hilfsbremwärter S. — 8 J. 1 T. — Grühne, Johanne Christiane geb. Schneider, Zimmerers Wwe., 78 J. 3 M. 15 T. — Sylora, Rudolf Hermann Friedrich, Schlossermeisters S. — 1 M. 16 T. — Meyer, Otto Willy, Handarbeiter S. — 2 J. 5 M. 20 T. — Seil, Johanna Sophie geb. Barthold, Schneidermeisters Witwe, 78 J. 2 M. 8 T. — Gurtz, Karl August, Gläsermeister, 76 J. 8 M. 24 T. — Franke, Emma Marthia, Zimmerers S. — 1 M. 2 T. — Vohe, Friedrich Albert, Schreiber, 15 J. 9 M. 10 T. — Kühne, Theodor Ernst Oskar, Handarbeiter S. — 1 J. 4 M. 8 T. — Mann, Jul. Karl Ed., Streicherarbeiter, 51 J. 1 M. 19 T. — Teichert, Karl Heinrich Richard, Handarbeiter, 21 J. 1 M. 19 T. — Schilde, Anna Minna geb. Roden, Kohlenarbeiter Chesaer, 84 J. 8 M. 23 T. — Lange, Johanne Amalie Christiane geb. Abels, Böttchermeisters Wwe., 72 J. 10 M. 5 T. — Mersburg, Julius Erdmann Reinhold, Buchhalter S. — 2 T. — Steinhänsler, Wilhelm Eduard, Kellner, 60 J. 3 M. 23 T. — Ghöld, Richard Paul, Bahnarbeiter S. — 2 J. 11 M. 8 T. — Hähnemann, Fritz, Profuristens S. — 4 M. 25 T. — Philipp, August, Anna Margarete, Bahnarbeiter S. — 2 J. 10 M. 6 T. — Gelbelmann, Jakob Bernhard, Musikers S. — 2 M. 16 T. — Gilster, Bernhard Hugo, Marktmeister, 22 J. 11 M. 8 T. — Hahn, Karl Georg, Kutschers S. — 2 M. 4 T. — Lindner, Aurora Elisabeth geb. Müller, Lithographen Cherau, 50 J. 2 M. 22 T. — Klingner, Joh. August, Buchhandlungsgeschäfts, 59 J. 6 M. 22 T. — Hennig, Wilh. Rudolf, Privatmann, 65 J. 10 M. 25 T. — Alemann, Joh. Friedr. Hermann, Architekt beim Rathausamt, 50 J. 20 T. — Herrmann, Alexander Paul, Malers S. — 8 M. 28 T. — Schumann, Georg Alfred, Posthilfsboten S. — 1 M. 7 T. — Jahn, Frida Anna, Zimmerers S. — 6 M. 8 T. — Jupe, Margarete Elsa, Handarbeiter S. — 4 J. 23 T. — Schwarz, Dorothea, Prioreta, 78 J. 7 M. 11 T. — Grabner, Karl Anton, vorm. Webermeister, 66 J. 2 M. 6 T. — Böhl, Therese Marie, Fabrikarbeiterin, 30 J. 19 T. — Mädling, Charlotte Karoline Therese geb. Schulze, 55 J. 11 M. 12 T. — Zahlit, Maria Dorothee Wilhelmine, verm. gen. Kreßmar geb. Walther, 55 J. 10 M. 19 T. — Zusammen 45 Todesfälle (einschließlich 6 unehelicher Kinder).

Standesamt III.

Umfaßt die Stadtteile Gohlis und Eutritzsch.)

Geschlechungen: Körner, Ernst Gustav, Marktmeister in Neudörfel, mit Blatz, Wilhelmine Ida, in Gohlis. — Schlegel, Hugo Reinhard, Bierfahrer in Leipzig, mit Brückner, Maria Theresia, in Gohlis. — Landmann, Karl Friedrich, Möllerschreiber in Leipzig, mit Naumann, Marie Wilhelmine, in Eutritzsch. — Strube, Heinrich August, Kutschler, mit Bodel, Emilie Christine, in Gohlis.

— Fröhlich, Oskar Emil, Geschäftsführer, mit verm. Wolf, Rosina Wilhelmine, in Gohlis. — Böhme, Friedrich Alwin, Barbier, mit Stöhr, Bertha Anna Maria, in Gohlis. — Zusammen 6.

Geburten: Seidler, Hermann Adolf Eduard, Giessereis S. — Schöning, Hermann Karl Otto, Eisenbahn-Betriebs-Sekretärs S. — Böß, Heinrich Louis Arthur, Bildhauer S. — Lauhardt, Ernst Otto, Kutschers S. — Voigt, Johann Hermann, Fabrikarbeiter S. — Rabitsch, Albert, Kaufmanns S. — Weißwurst, Friedrich Ernst, Tapezierer S. — Heise, Hermann Friedrich Louis, Kaufmanns S. — Scheibe, Friedrich Hermann Louis, Schriftezgers S. — Lindner, Friedrich Hermann, Marktmeisters S. — Polan, Otto Hugo Gustav, Eiseler S. — Schubé, Hermann Paul, Restaurateurs S. — Fröhlich, Friedrich Ferdinand, Maurers S. — Fröhlich, Karl Friedrich, Handarbeiter S. — Schumann, Max Robert, Kaufmanns S. — Losse, Franz Otto, Stereotypur S. — Fabian, Christoph Andreas, Feuermanns S. — Weibe, Eduard Karl, Noteleiters S. — Paulus, Joseph, Maurers S. — Hößmann, Karl Julius, Schuhmachermeisters S. — Zusammen 22 (einschließlich zwei uneheliche Knaben).

Gestorbene: Graichen, Fritz Edmund Hellmuth, Ingenieurs S. — Chojnicki, Maria Martha, Fabrikarbeiter S. — 18 T. — Kühne, Adolf Walther, Marktmeisters S. — 1 M. 18 T. — Käßner, Otto Edmund Alfred, Geschäftsführer S. — 2 M. 5 T. — Geipel, Marie Antonie Helene, Lehrers S. — 5 J. 6 M. 21 T. — Schröder, Eduard, Tischler, 25 J. 2 M. 12 T. — Geipel, Wilhelm Hugo Erich, Lehrers S. — 3 J. 5 M. 21 T. — Böhm, Rudolf Paul Walther, Expedienten S. — 5 M. 12 T. — Zusammen 8 Todesfälle.

Standesamt IV.

Umfaßt die Stadtteile Lindenau, Plagwitz, Kleinzschocher und Schleußig.)

Geschlechungen: Ostheimer, Johann Konrad, Drechsler in Plagwitz, mit Hartenstein, Emilie Marie, in Lindenau. — Landgraf, Friedrich Robert, Maurer, mit Ohne, Pauline Wilhelmine, in Lindenau. — Franke, Henry Oswald, Schiffsleiter, mit Kloie, Johanna Helene, in Lindenau. — Matthes, Karl Hermann, Marktmeister, mit Eichy, Marianne, in Lindenau. — Alemann, Friedrich Wilhelm, Schneidermeister in Schleußig, mit verm. Fräulein, Franziska, in Lindenau. — Schäfer, Heinrich, Bahnarbeiter, mit Rosalie, Josepha, in Lindenau. — Melchner, Hermann Richard, Fabrikarbeiter, mit Baumann, Ida Luise, in Plagwitz. — Neupert, Anton Andreas Bernhard, Commiss, mit Müller, Marie Therese Klara, in Plagwitz. — Schach, Johann Heinrich Reinhold, Schuhmann in Lindenau, mit Waack, Friederike Emma, in Döllnitz. — Nöbel, Karl Franz, Formers, mit Berge, Emma Ida, in Kleinzschocher. — Bönnhoff, Friedrich Leberecht Theodor, Spinnereiarbeiter, mit Beech, Maria Philippina, in Lindenau. — Böhlhardt, Friedrich Otto, Porträtzeichner, mit Kohl, Bertha Emma, in Lindenau. — Schulte, Hermann Paul, Fabrikarbeiter, mit Appenrodt, Ida Minna, in Lindenau. — Zusammen 18.

Geburten: Müller, Karl Robert Ernst, Formers S. — Gräbe, Wilhelm Eduard, Fabrikarbeiter S. — Scheuring, Johann Valentin, Heizers S. — Fahr, Karl Gustav, Maschinisten S. — Decker, Friedrich August, Formers S. — Liebe, Johann August Rudolf, Sattlers S. — Müller, Karl Oskar, Buchbinders S. — Baumgart, Karl August, Schuhmanns S. — Selle, Heinrich August Wilhelm, Schlossers S. — Berger, Robert Gustav, Steinmeiers S. — Fehre, Johann Hermann, Zimmermanns S. — Bieler, Ernst Gustav, Kaufmanns S. — Müller, Franz Gustav, Malers S. — Kolbe, Max Arno, Buchhandlungsgeschäfts Zwilling S. und S. — Simon, Heinrich Hermann, Schneiders S. — Linke, Julius Adolf, Weichenstellers S. — Lewandowski, Casimir, Handarbeiter S. — Lehmann, Gustav Wilhelm Arthur, Handarbeiter S. — Schneider, Ernst Wilhelm August, Handarbeiter S. — Reichenbach, Karl Theodor, Schlossermeisters S. — Schmalzheim, Rudolf, Kutschers S. — Rohrbach, Friedrich Wilhelm, Marktmeisters S. — Medow, Bernhard Hermann Erdmann, Kesselschmidts S. — Wolf, Alfred Oskar, Tischlers S. — Wallner, Kaspar Bernhard, Schlossers S. — Heyng, Alexander Emil Robert, Handarbeiter S. — Rubinsteiner, Heinrich Chaim, Bockenarbeiter S. — Meinel, Otto, Formers S. — Leibner, Louis, Klempners S. — Dorn, Karl Oskar, Tischlers S. — Pejold, Franz Reinhold, Maurers S. — Hoffmann, Ernst Robert, Bäders S. — Jipp, Gustav Theodor Frieder. Adolf, Graveurs Zwilling S. und S. — Otto, Karl Robert, Handarbeiter S. — Außerdem wurden gemeldet 2 uneheliche Knaben. Zusammen 39.

Gestorbene: Köhler, Gustav Adolf, Handarbeiter, 62 J. 5 M. 26 T. — Witz, Klara Elisabeth, Malers S. — 18 T. — Kuhfuß, Johanna Rosine geb. Oehler, Maurers Witwe, 78 J. 5 M. 28 T. — Hochmuth, Bertha Luise geb. Wilzenach, Privatmanns Witwe, 76 J. 2 M. 19 T. — Gaßjoch, Otto Moritz, Reichsbahnbeamter, 39 J. 6 M. 16 T. — Zusammen 5 Todesfälle.

Gerichtsraum.

Landgericht.

Leipzig, 13. Februar.

Ein undankbarer Sohn. Der 28 Jahre alte Tischler und Handarbeiter Karl Otto Schreiber aus Neuschönfeld ist wegen Eigentumsvorgerhen wiederholt, darunter auch mit Buchthaus, bestraft worden. Nach Verbüßung der Buchthausstrafe wurde Sch. wegen einer anderen Strafhaft von sechs Monaten dem Korrektionshaus überwiesen. Nach drei Monaten wurde Sch. auf Fürsprache seines Vaters hin aus der Anstalt entlassen und wurde von jenem in seiner Wohnung

mit ihm ein belegtes Brödchen. Diese Geschenke machte Mr. den S. für die Bereitwilligkeit, die er ihm für seine Nebenzwecke bei der Pfändung entgegengebracht hatte. Gegen S. wurde nun das Strafverfahren wegen Vergehens nach § 331 des Strafgesetzbuchs eingeleitet, aber das Verfahren von der IV. Strafkammer des Landgerichts Leipzig eingestellt. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft ordnete aber das Oberlandesgericht die Eröffnung des Strafverfahrens an und wurde S. heute von derselben Strafkammer wegen Annahme der Geschenke zu 10 Mark Geldstrafe eventuell zwei Tage Haft verurteilt. Das Gericht war der Überzeugung, daß ihm das Bewußtsein, daß er vorsätzlich gehandelt habe bei der Mehrabpfändung, gefehlt habe.

Von Joch und Fern.

Sittau, 18. Februar. Der flüchtige Sportklasser Landgraf ist in Hamburg auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Dresden verhaftet worden. Landgraf hatte an einen hiesigen Freund um Nachsendung seiner Papiere geschrieben und dieser hatte hierauf Anzeige erstattet. Bei der Verhaftung fand man noch 500 Ml. bares Geld bei Landgraf; nach dem Ausweis der Bücher hat Landgraf 1270 Ml. unterschlagen; 300 Ml. hatte er als Kautions hinterlegt, so daß der Gemeinde nur noch im Verlust von 470 Ml. erwachsen ist.

Dresden, 13. Februar. Am 11. d. M., abends in der 9. Stunde wurde bei der Obermühle in Döschau eine ältere, weibliche, unbekannte Person tot aus dem Mühlgraben, welcher die Stadt durchfließt, gezogen. Die Frau trug ein schwarzes Kleid, hatte goldenen Klemmer mit goldener Kette und ein Taschentuch, das mit B. T. 10 gezeichnet war.

Berlin, 14. Februar. Ein abscheulicher Lustmord ist am Mittwoch nachmittag bei den Kölnerischen Wiesen auf der Grenze zwischen Berlin und Rixdorf am Maybachufer hinter der Thielensbrücke verübt worden. Gegen 2 Uhr nachmittags bemerkten mehrere Knaben, daß ein Mann, der von der neuen Wiener Brücke herkommt, sich an den 10jährigen Schüler der 151. Gemeindeschule Hugo Burr, den Sohn eines Arbeiters aus der Wienerstraße 57a, heranmachte. Ein 7jähriger Bruder des Hugo sah, wie der Mann diesem die Hand reichte, und hörte, daß er ihm sagte: "Hier hast Du Geld, Du kannst für mich einen Gang machen". Dann ging der Mann mit dem Knaben nach dem Maybachufer zu, wo der Lustmord erfolgte.

Im Sitzungssaale des Reichstages fand gestern Abend vor den Mitgliedern des Bundesrates und des Reichstages eine Vorführung der königlichen Strahlen durch Dr. Spieß statt. Unter den zahlreichen Anwesenden bemerkte man die Staatssekretäre von Bötticher, von Marschall und Hollmann, Minister Schönstedt, den Direktor der Kolonialabteilung Dr. Kaiser und den bayerischen Militär-Revolutionären Reichlin. Sämtliche Vorführungen gelangten sehr gut und wurden mit grossem Beifall aufgenommen.

Ein Feuer lärm aus der Nationalgalerie veranlaßte, daß gestern abend die Feuerwehr in großer Stärke nach der angeblichen Brandstelle ausdrückte. Branddirektor Giersberg erschien, obwohl er infolge eines Unwohleins vom äußeren Dienst entbunden war, sofort an der Brandstätte. Glücklicher Weise handelte es sich um blinden Lärm; durch Beleuchtungsproben auf dem Dache war der Feuerschein, welcher die Alarmerierung zur Folge hatte, verursacht worden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Eine Verleihung der Sonntagsgrüße ist in jüngerer Jahreszeit wohl am allerwenigsten in denjenigen Fabriken zu billigten, die Baumaterialien liefern. In der Cementwarenfabrik von Otto Friedrich u. Hahn waren am Sonntag den 2. Februar einige Arbeiter von früh bis nachmittags 3 Uhr beschäftigt. Wir sind der Meinung, daß gerade jetzt Arbeiter genug vorhanden sind, die die dringlichen Arbeiten an Wochentagen in der regulären Arbeitszeit verrichten könnten, und die froh wären, Beschäftigung zu finden.

Mehrere Beobachter.

Lechte Nachrichten.

Die Krise des französischen Kabinetts durch die Haltung des Senats ist durch eine Vertrauenskundgebung der Deputiertenkammer glänzend überstanden worden. Die Kämmerer nahmen bei der Beratung in der Südbahnangelegenheit mit 326 gegen 43 Stimmen eine von Bourgeois verlangte Tagesordnung an, durch welche dem Kabinett das Vertrauen ausgesprochen wird. Eine vom Centrum verlangte Tagesordnung wurde mit 341 gegen 222 Stimmen abgelehnt. Das Kabinett Bourgeois sitzt wieder fest im Sattel.

Redaktionsschluss 1 Uhr nachmittags.

Telegraphische Depeschen.

Private Telegramme der Leipziger Volkszeitung.

München, 14. Februar. Der Konstantinopeler Korrespondent der Kölnischen Zeitung bestätigt, daß die dortige Polizei erneut eine sieberhafte Thätigkeit entwickelt, um dem jungtürkischen Geheimkomitee auf die Spur zu kommen. Eine Anzahl jüngerer Beamte, die in Europa ihre Ausbildung genossen, sind neuerdings plötzlich verhaftet und nach peinlichem Verhör erst mehrere Tage nachher wieder entlassen wurden. Gegen den früheren kaiserlichen Kommissar bei der Schuldenverwaltung, Murad Bey, ist ein Steckbrief erlassen worden.

Dresden, 14. Februar. Es besteht die Absicht, den Wahlgesetzentwurf in der Deputation in der denkbaren kürzesten Zeit durchzubereiten.

Berksammlungskalender.

Freitag: Metallarbeiter. Stand: Altenburg, Anderna, Markt 27. Abends halb 9 Uhr. T. O. 1. Vorstellung: Die moderne Industrie und Frauenarbeit. 2. Diskussion. 3. Werktagsausstellung. **S**onntag: Großkath. Deputat. Arbeiter-Versammlung. Stand: Schlesienhaus. Abends 9 Uhr. T. O. 1. Die Einführung der Goldmarkzeit und die Bedeutung derselben für unter Gewerbe. 2. Vierstötzen. Referent J. Simon, Dössenbach.

Sonntag: Pegau. Deputat. Arbeiter-Versammlung. Schlesienhaus (Restaurant Heimann). Nachmittags 4 Uhr. T. O.: 1. Die Einführung der Goldmarkzeit und die Bedeutung derselben für unter Gewerbe. 2. Diskussion. Referent J. Simon, Dössenbach.

Großkath. Deuten, Städten. Große Volksversammlung. Centralhalle, Bandzige. Referent Landtagsabgeordneter Karl Pintau, Dössenbach.

Briefkasten der Redaktion.

Alle zum Abdruck bestimmten Manuskripte bitten wir nur auf einer Seite zu beschreiben, da andernfalls unnötige Arbeit verursacht und der Abdruck verzögert wird.

Anonymes wird nicht berücksichtigt.

An alle Einsender richten wir das dringende Eruchen, sich in ihren Mitteilungen streng an die Thatsachen zu halten und sich nicht durch Vorlegeronementen gegen Bevölkerung, Beamte, Ämter und Unternehmen dazu verleiten zu lassen, Unrechtsabsichten als wahr zu berichten. Auch unter der verdächtigen und verdächtigenden Wendung muß "soll" stehen wir, nichts zu berichten, was irgend eine Person oder Anstalt in Ehre oder Charakter herabhebt. In allen Fällen erkundige man sich erst vorsichtig und telle der Redaktion auch die Beweismittel auf besonderem Blatt mit.

D. M. N. Wenn Sie die Sachen nicht auf eigene Rechnung bestellen, sondern nur im Auftrage dritter Personen, von denen Sie Bezahlung empfangen, kann allerdings Unterschlagung angenommen werden und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgen. Doch steht der Ausgang einer Strafverfolgung noch keineswegs fest. Die civilrechtliche Forderung ist natürlich von dieser Frage unabhängig.

W. in A. Stellen Sie gegen den Lehrer Strafantrag wegen Körperverletzung.

R. G., Görlitz. Das Schulgeld an den höheren Bürgerschulen beträgt für Auswärtige 54 Ml. Als Auswärtige werden die betrachtet, die zur Bezahlung des Schulgeldes verpflichtete Angehörige im Stadtbezirk nicht wohnen und zu den Leipziger Gemeinden abgaben nichts beitragen.

G. F. Da der Mann dort wohnsitzenstiftungsberechtigt ist, würde er schwerlich nach Sachsen übernommen. Für Unterbringung in einer Privatanstalt reicht der von ihnen angegebene Betrag nicht aus. Nach Aufzehrung des Geldes dürfte schließlich doch nur die Unterbringung in einer preußischen Landesanstalt übrig bleiben.

G. R., Paasdorf. In Leipzig ist nur eine Hagelversicherungsgesellschaft domiziliert und zwar Promenadenstraße 14. In den Leipziger Adressbüchern finden Sie aber eine ganze Anzahl hiesiger Agenturen auswärtiger Hagelversicherungsgesellschaften.

G. R., Leutzsch. Wenden Sie sich an das Polizeiamt. Ob Sie sich als "Kriminaler" qualifizieren, können wir natürlich nicht wissen, da wir weder Sie noch die Anstellungsbedingungen kennen.

Mehrere Streitende, Plagwitz. 1. Gewiß, bis herab zu einem Tag. 2. Vier; außer diesen befinden sich zwei im Gefängnis.

M. L., Kleinzschocher. Soviel wie hineingegangen. Gezählt haben wir sie auch nicht, doch dürfte die Zahl 8000 annähernd zutreffen. Die Halle muß etwa 1850 Quadratmeter. Da tatsächlich kein Hof zur Erde ging, dürften durchschnittlich mindestens vier Personen auf dem Quadratmeter gestanden haben.

Auskunft in Rechtsfragen.

D. G., Auger. Der Mann bezahlt jedenfalls die Minimalzolle. Eine Verschwendung des Wassers ist aber unzulässig, und wird vom Rate der Stadt mit Ordnungsstrafe belegt.

W. O., Reichstraße. Wenn Sie in zweiter Instanz ein völlig obigesiges Urteil erzielen, fallen auch die Kosten der ersten Instanz Ihrem Gegner zur Last. Für den entgangenen Ertrag können Sie Entschädigung mit eislagern.

G. H., 100, Werderstraße. 1. Die Erhöhung der Abinentensteuer ließe sich nur vom Tage der Klageeinreichung bis zum vollendeten 14. Lebensjahr erreichen. 2. Ja, wenn das Einkommen des Vaters beträchtlich gestiegen ist. 3. Nein. 4. Ja. 5. Nein. 6. Sie können die Klage beim hiesigen Amtsgericht einreichen.

H. G. S., Lindenau. Ihre Steuererfsache ist offenbar bei der erfolgten Zahlung bereits an das Vollstreckungsamt abgegeben gewesen und mußten Sie deshalb die Gebühren mit bezahlen. Durch die nun erfolgte Erelution sind natürlich wiederum Kosten entstanden, die Sie gleichfalls bezahlen müssen. Gegen die Pläne der Ihrer Frau gehörigen Kommode kann Ihre Frau beim Amtsgericht reklamieren. Sie muß aber den Beweis führen, daß der gesuchte Gegenstand ihr Eigentum ist.

B. G., Sellerhausen. 1. Die Geschwister hatten überhaupt keinen Anspruch auf die Erbschaft, solange die Eltern lebten. 2. Das Sparbuch war gewissermaßen ein Geschenk, das ohne hinreichende Gründe nicht juristisch gestiegen kann. 3. Nein. 4. Nein. 5. Nein. 6. Sie können die Klage beim hiesigen Amtsgericht einreichen.

B. 100, Möckern. Sie hatten an dem betr. Tage, für den Sie noch Kaufengeld erhalten, nichts im Weishause zu suchen. Ihre Rennung des betr. Kontrolleurs ist die Ortskasse nicht verpflichtet. Die Strafe aber müssen Sie bezahlen. Im Falle der Weigerung wird Sie Ihnen später einfach vom Kranzengel gefürzt.

M. B., 100. Die Mahngebühren haben Sie zu tragen und müssen, wenn Sie nicht bezahlen, eine neue Klage erwältigen, durch die Ihnen nur neue Kosten entstehen.

T. B. 1. Ja. Sie müssen sich aber einen Rechtsanwalt annehmen. 2. Nein. 3. Für die Gerichtskosten nur insofern, als er bereits in Ihren Besitz übergegangen ist; für Alimente kann der Lohn bereits vorher geprändet werden.

R. 14. Das Gericht kann nur zuliedgesordert werden, wenn der Geschenknehmer dem Leben des Schenkers nachstellt, wenn er den Schenker thäglich mißhandelt, ihm grobe Beleidigungen zusügt oder ihm absichtlich einen bedeutenden Vermögensverlust zugiebt. — Falls Sie die Chefar sind, was aus Ihrer Ansicht nicht hervorgeht, kommt auch, wenn der Vater verstorben ist, § 1861 des bürgerlichen Gesetzbuches für Sachen in Anwendung, nachdem die Mutter verpflichtet ist, eine entsprechende Ausstattung zu geben.

G. B. 1. Das ist kein Grund, den Kontakt anders als in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise durch Kündigung zu lösen. 2. Der Hausvater hat die Kosten der Vertreibung des Ungeziefers zu tragen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Freitag den 14. Februar: 44. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, braun).

Tannhäuser und Der Sängerkrieg auf der Wartburg.

Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

(Zum erstenmal aufgeführt am 19. Oktober 1845.)

Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Panzner.

Perrmann, Landgraf von Thüringen hr. Whitekopf

Tannhäuser hr. Drach

Wolfram von Eschenbach hr. Demuth

Walter von der Vogelweide hr. Merle

Nitter und Sänger hr. Neldel

Heinrich der Schreiber hr. Marion

Reimar von Zweter hr. Knüppel

Elisabeth, Nichte des Landgrafen hr. Krzyzanowski-Dogat

Beaudis hr. Baumann

Ein junger Hirte hr. Toula

Vier Pagen des Landgrafen hr. Nieden

Thüringische Ritter, Grafen und

Edelsfrauen. Edelknaben. Mütter und jüngere Pilger. Sirenen.

Najaden. Bachantinnen.

Ort der Handlung: Thüringen, Wartburg. — Zeit: Im Anfang

des 13. Jahrhunderts.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einloch 1/4 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Opern-Preise.**

Billetts-Vorlauf an der Tagessäße von 10 (Sonnt. u. Feiertag von 10^{1/2}) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit An- und

Abreise) von 30 Pf. von 1—3 Uhr.

Spielplan: Sonnabend: Die Zöpfin von Toledo. Anfang 7 Uhr.

Opern-Preise.

Partiere 1.50 Proscenium-Logen im

I. Parter 4.— I. Rang: (Platz) 2.—

II. Parter 3.— Amphitheater, Sperrsp. 2.—

Partiere-Logen: (Platz) 3.— Schieplaz 1.50

Proscen.-Logen im Par- terre u. Balkon: (Platz) 5.— II. Rang, Mittelpf. Sperrsp. 1.80

Mittel-Balkon: " Seitenplaz 1.20

Boden-Logen 5.— Schieplaz 1.—

Mittel-Logen 4.— III. Rang, Mittelpf. 7.5

Hinter-Logen 3.— Seiten- und

Selten-Balkon 4.— Schieplaz 5.00

Balkon-Logen: (Platz) 3.40 Proscen.-Log. I. III. Rang 1.—

Altes Theater.

Freitag den 14. Februar.

Das Haus des Majors.

Spieldrama in 4 Akten von Oskar Walther und Leo Stein.

Regie: Regisseur Hänseler.

von Hansen, Major a. D. hr. Borchert

Hartmann, Lieutenant zur See hr. Stephan

Toni seine Kinder hr. Friede

Fritz, Höhne hr. Hänseler

Walther, Niedenburg, Bürgermeister, Toni's Gatte . . .

Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung

G. Heinrich

Telphonanschluß:
Amt 1, 2721. Leipzig, Mittelstraße 7 Telegrammadresse:
hält sich der Bürgerschaft Leipzigs sowie der Arbeiterschaft in Stadt und Land bei Bedarf bestens empfohlen.

Abteilung Buchdruckerei.

Ausfertigung

Druckarbeiten aller Art
zu civilen Preisen:

Formulare, Karten, Plakate
Programme, Statuten
Cirkulare, Prospekte u. s. w.

Durch die neuesten maschinellen Einrichtungen sind wir in die Lage versetzt, auch die größten Auflagen in der denkbar kürzesten Zeit zu liefern.

Abteilung Buchhandlung.

Besorgung von litterarischen Erzeugnissen des In- und Auslandes.

Specialität: Arbeiterliteratur komplett und in Lieferungen.

Ganz besonders machen wir das lesende Publikum darauf aufmerksam, daß die Aussträger und Aussträgerinnen der Leipziger Volkszeitung angewiesen sind, Bestellungen auf die beiden abwechselnd allwochentlich erscheinenden sozialdemokratischen Blätter Der wahre Sohn und Süddeutscher Positivist entgegen zu nehmen. Preis pro Nummer 10 Pf.

NB. Sämtliche durch uns bezogene Schriften tragen unseren Geschäftsstempel und wollen unsere verehrten Freunde und Genossen genau darauf sehen, daß die Schriften durch uns bezogen werden.

Restaurant von H. Auerswald, Sellerhausen Wurzener Str. 167.

Allen meinen werten Gästen und Freunden zur Nachricht, daß ich mein Lokal bedeutend vergrößert habe und gleichzeitig eine neue Billard zur Verfügung steht. Sonnabend und Sonntag Bockbieres. Es lädt ergebnist ein [1302] Der Ode.

2. Anstich des beliebten Böhschen Bockbieres.

Es lädt ergebnist ein [1302] Der Ode.

Restaurant Volkswohl, L.-Neu-schönefeld.

Sonntag den 10. Februar Familien-Unterhaltung ausgeführt v. Herrn Karl Schäfer. Dabei Ausschank des berühmten Böhschen Bockbieres. Hierzu lädt freundlich ein [1318]

Restaurant zur Börse, Paunsdorf.

Sonnabend Grosses Bockbierfest verbunden mit humoristischen Vorträgen. Hierzu lädt ergebnist ein [1314] Otto Bernhardt.

Grosse Sprotten- u. Sardinen-Auktion.

150 Kisten Sprotten u. 100 Dosen Sardinen in Del. sollen morgen Sonnabend vormittag 10-1 und nachmittag 3 bis 6 Uhr meistbietend in den Auktionshallen z. Centralhalle versteigert werden.

Restaurant Rebste Lange Straße 50.

Heute Schlachtfest.

Bockbier.

Moltkebrücke, Moltkestr. 5. Freunde und Genossen, vergeßt den faulen Richard nicht. [1316]

Gummihwaren-Bedarfs-Artikel. Breitläufig auf Wunsch gegen R. W. Empfehl. reinwollene Gerate Kleiderstoff-Rester, in bun. u. schwarz, passend zu Konfirmandenkleider. [1801]

Franz L. Gehrung, Mädern, Brüderstraße 6, II.

Ein Junge, 12 Jahre alt, gesucht. Döllschische Straße 5, p. r.

Eine äl. unabh. Frau g. Altwart, gef. Paunsdorf, Dresden Str. 140, III., g. m.

Vermischte Anzeigen.

E. Schlüssel, verl. (Schlüssel), b. ebd. Finder w. geb., dies. Sternwartenstr. 40, II. abzug.

J. anst. Mädel, 2. Aufw. f. d. g. Tag so. gesucht. Neuschönjelb, Friedrichstr. 9, II.

Ein Junge, 12 Jahre alt, gesucht. Döllschische Straße 5, p. r.

Eine äl. unabh. Frau g. Altwart, gef. Paunsdorf, Dresden Str. 140, III., g. m.

Holzbearbeitung.

Ein tüchtiger Resonanzbodenmacher, der bereits länger in diesem Fach gearbeitet und der die Böden fertig stellen kann, nach anordnis gegen Reisevergütung und hohen Lohn gesucht.

Zu erfragen Leipzig-Anger, Hauptstraße 30, II., am nächsten Sonnabend, Montag und Dienstag abends 8 Uhr. Empfehl. sind vorzulegen.

Ein achtb. älteres Mädchen sucht Auftr.

Zu erfahren Mahnmannstr. 18, III., r.

Wäsche z. Sticken w. bill. u. saub. ausges.

Anger, Bernhardstraße 15, h., II., r.

Leichhauspänder besorgt gewissenhaft. Lindenau, Lüdiger Straße 4, p. l.

Familienanzeigen.

Die herzl. Glückw. Herrn Hugo Jährling zu seinem heutigen Wiegenfeste sendet E. J. Herzl. Gratulation, Wiegenl. d. Geh. Albert und Anna Millius sendet F. G.

Ein strammer Junge angekommen. Gust. Schreier u. Frau.

Allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß Mittwoch nachm. 1/2 Uhr nach langen und schweren Kämpfen mein lieber Mann

Albert Richard Umbreit verschieden ist.

Leipzig, den 14. Februar 1896.

Kunz verw. Umbreit geb. Knott.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, Brandvorwerkstr. 4, II. r., aus statt. [1849]

Allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß heute unsere Schwester Elsa im Alter von 5 Jahren, 4 M. 18. Tag, nach 10 wöchentlich schwerer Krankheit sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1/2 Uhr auf bestem Süßfleidhof statt. Um stilles Beileid bitten die trauernden Eltern Ernst Bäßler, Emma Bäßler geborene Engert.

Leipzig, den 18. Februar 1896.

Nachruf!

Eine junge Mittäpferin wurde aus unserer Mitte gerissen. An einem schmerzhaften Schläfenleiden verschied nach langem Krankenlager am 10. Februar die Genossin

Martha Anna Kühn aus Kleinzschocher.

Ihr gerader Charakter, ihre uneigennützige Thätigkeit für die bedürftige Menschheit wird ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Gewidmet von den Mitarbeiterinnen und Arbeitern der Kammargarnspinnerei Stöhr & Co.

1851]

Ernst Schubert
Zeitzer- und Sophien-
strassen-Ecke.

Confirmations-Anzüge

von 10 Mark an
in schönster Auswahl.

8 Immer elegant 8

fann sich jedermann kleiden. [1841]
Neue u. wenig getragene sog. Monatsgarderobe, Jackets, Hosen, seine Anzüge, Fracks, Sommerpaletots, Konfirmandenanzüge

in größter Ausdruck zu billigstem Preis verkauft und verleihet
Grosse E. Brandt Fleischergasse 8.

Photographisches Atelier von
Pinkau & Gehler, Leipzig

Turnerstrasse 11, parterre
empfiehlt sich zur Aufstellung von Photographien (Porträts — 12 Visitbilder 5 Mk. — Gruppen, Landschaften u. Industrie-Aufnahmen) in sauberer Ausführung.
Aufnahmzeit täglich von früh 9 Uhr bis 4 Uhr nachmittags. [1704]

Sonntags von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.
H. Thiemann, Hausschtr. 13.

frische u. geräuch. Wurstwaren zu billigsten Preisen [1300]

H. Thiemann, Hausschtr. 13.

Kalb. u. Schweinefleisch à Pf. 65 Pf.

Gammelelfleisch à " 60 "

Sped zum Ausbreiten à " 60 "

Lindenau, Harfortstr. 9.

3. Beilage zu Nr. 37 der Leipziger Volkszeitung, Freitag den 14. Februar 1896.

Sächsischer Landtag.

(44. ordentliche Sitzung der zweiten Kammer.)

Dresden, 18. Februar.

Auch heute wieder sind die Tribünen überfüllt, wenn auch nicht so stark wie gestern. Erster Redner war der National-liberale Georgi, der mit ein paar leidenschaftlichen Bemerkungen den 1866er Landesserrat seiner Partei rechtfertigte und dann von seinem hohen Kommerzierratsstandpunkt aus die mannigfachen Vorzüge des Entwurfs vorführte. Ihm folgte Stolle-Gesau, der mit großer Wärme für die Interessen des Volkes eintrat und den Herrschaften ein Spiegelbild ihres Patriotismus vorhielt, das diese gar arg verdroß. Sie rächten sich dafür wie die Gothaerungen, indem sie ihm konsequent seinen Gothaer Dialekt aufzumachten. Nach ihm sprach der National-liberale Preibisch, um seinen ablehnenden Standpunkt der Vorlage gegenüber zu begründen. Es ist charakteristisch, dass die sahnenflüchtigen Nationalliberalen durchweg zu den Größen zweiten Ranges gehören, während die Größen ersten Ranges, wie Schill, Riechmann, Georgi stramm für die Wahlentrichtung eintraten. Ein weiteres charakteristisches Moment ist, dass von den vier Abgeordneten der Partei, Richter, Preibisch, Stolle-Gesau und Städtler, drei der Lautsprecher angehören; dort besteht nämlich die Gefahr, dass der Freisinn die politische Erbschaft der Nationalliberalen antreten würde. Der Konservative Matthes stimmte die Leute der Kartellbrüder auf einen anderen Ton, indem er den lieben Herrgott, von dem die bösen Sozialdemokraten so gar nichts wissen wollen, wiederholte in die Debatte zog und über die Religionslosigkeit der Sozialdemokraten ein paar dicke Krotzblätter vergoss. Der Antisemit Thenukorn fragte den ehemaligen Freunden von der konservativen Partei einige unangenehme Dinge. Hause spielt die gefränte Leberwurst, weil er derjenige, "einige Konservative" sein soll, der sich jetzt noch sträubt, später aber doch umfällt. Er kann es zwar nicht leugnen, dass er wirklich derjenige ist, aber dass ihm Goldstein das ins Gesicht gesagt hat, ärgert ihn doch. Der Fortschritts-Mindvitz, der bei Begründung seines ablehnenden Standpunktes ein interessantes Tischgespräch mit dem Justizminister Schurig in die Debatte zog, wurde vom Präsidenten für diese Indiskretion gerüffelt. Der Konservative Behrens, der auf den Kreiden der Reformer als Vertreter für Dresden II in den Landtag gehumpelt ist, den die Reformer in öffentlicher Volksversammlung als "Feigling" brandmarkten, und der, obwohl anwesend, nicht den Mut fand, sich zu verteidigen, ließ dafür heute in der Kammer seinen ganzen Groll los und erklärte es für eine Ehre, ein Reaktionär zu heißen. Als Zeugen seiner Heldentat hatte er Frau und Tochter mit auf die Tribüne gebracht.

An die Behrensesche Rede schloss sich ein scharfes Wortgefecht zwischen unseren Genossen und dem Präsidenten Ackermann, der die Sozialdemokraten wegen der hornlosten Zwischenbewegung zur Ordnung rief, die beleidigendsten Angriffe und Zwischenfälle der Mehrheit aber ungern passieren ließ. Der energische öffentliche Protest hatte denn auch zur Folge, dass das Ohr des Herrn Präsidenten auch nach rechts hin etwas geschärft wurde.

Dann kam Frähsdorf zum Wort, der das alberne Gerede von dem Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Sozialdemokratie schamlos zerstürzte und den Gegnern eine geradezu herzerreissende Abschüte bereitete. Es war der dröhrende Massenschritt der Arbeiterbataillone, der durch diese markige Rede hätte. Ihm folgte Wehnert, der erst mit den Reformern ein Büchlein pflichtete, und dann unbarmherzig seinen Titatensack über die Sozialdemokraten ausschüttete. Geier hielt dann noch eine gründliche Nachrede und warf der Mehrheit noch manchen harten Brocken an den Kopf, dann aber kam der Schlussantrag, der dann auch gegen 17 Stimmen angenommen wurde und der zweitlängigen erbitterten Redeschlacht ein Ende bereitete.

Gegen die 14 Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Entwurf der Gesetzesdeputation überwiesen, aus dem er in verjüngter Gestalt wieder hervorkommen wird, denn auch die bürgerlichen Opponenten sind alle für eine Wahlrechtsverschärfung — der Entwurf geht ihnen bloß zu weit.

Wegen der vorgekühlten Zeit wurden die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung abgefeiert.

Eingegangen sind bis jetzt 422 Resolutionen, Proteste und Petitionen — ob sie einen Erfolg haben werden? Wer weiß. Die Hoffnung auf einen solchen ist sehr schwach.

Der Präsident eröffnet 1/11 Uhr die Sitzung.

Entschuldigt sind: Dr. Schill wegen dringender Geschäfte, Dr. Schöber ebenfalls wegen Geschäfte, Feidler wegen Familiengeschäften, Nostitsky wegen Unwohlsein.

Abg. Georgi (nach) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen Schuberts. Ich möchte der Regierung ganz besonders dankbar sein, dass sie uns eine Vorlage mit höherem Gewus erwartet hat. Der Vortrag dieser Vorlage ist gerade die außerordentliche Verstärkung, die der Mittelstand dadurch erfährt. (Große Heiterkeit links.) Die Berechnung Schuberts ignoriert, dass der Einzelne ein Teil wird seiner Klasse, und innerhalb dieser sein Recht ausübt, wie es ihm zufolgt. Der Mittelstand wird das Einzeln in der Woge. Schubert sagt, der Mittelstand sei nicht in der zweiten Klasse, man stütze sich aber dabei viel zu sehr auf die großen Städte. Die Unzutrefflichkeiten des preußischen Systems sind bei uns bestellt. Es wird von den bürgerlichen Gegnern des Entwurfs viel zu wenig ins Auge gefasst, dass das Dreiklassenwahlsystem sich aufbaut auf einer Vertretung der Gemeinden. Jede, mit Ausnahme der Städte, die mehr als einen Wahlkreis bilden, wie Dresden, Leipzig, Chemnitz, und mit Ausnahme der Dörfern unter 500 Einwohnern bildet einen Wahlbezirk. Die Schichtung in der Gemeinde spiegelt sich wieder in der Klasseneinteilung. Es wird auch Gemeinden geben, wo sogar Arbeiter in die erste Klasse kommen! (Barfuß links: Aber wie viel! Gelsächter.) Natürlich nicht viel, es würde aber auch falsch sein, wenn die Arbeiter die erste Klasse bilden sollten. Die Wahlmänner sind die Vertrauensmänner der einzelnen Schichten ihrer Gemeinden. Der Wähler wird nicht mehr nötig haben, Abgeordnete zu wählen von Partei wegen. Ich befürchte außerordentlich, dass vom Vertreter des Mittelstandes eine ganz und gar unberechtigte Opposition gemacht wird. Die Sozialdemokraten haben gestern das bekannte doppelte Gesicht gezeigt. Die eine Seite ist harmlos, reformerisch, die andere Seite drohend, revolutionär. Gestern haben sie das Bedürfnis gehabt, das friedliche Gesicht zu zeigen. Es gab das eine passende Folie zu diesen Verhandlungen. Sie haben den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zurückgewiesen, indem sie den Vorwurf auf die nationalliberale Partei gehoben haben. Die aber damals noch gar nicht existierte. Damals waren eben alle politischen Verbündete in Göring, jetzt sind sie seit mindestens 30 Jahren gesplittet. Die Sozialdemokraten haben diesen Vorwurf jedenfalls für einen ganz besonderen glücklichen gehalten, denn er ist gestern dreimal oder

pietmal wiebergekehrt. Wollten Sie sich damit entlasten, weil Sie selber in allen Konflikten des Reiches mit dem Ausland die Partei des Auslandes genommen haben. (Barfuß: Hans Blum) Ich brauche mich nicht auf andere Leute zu beziehen — ich kann mich stützen auf die offenkundige Thatsache, dass Sie alle Forderungen für die Stärkung unserer nationalen Wehrkraft verweigern. Überall unterstützen Sie das Ausland! (Geyer: Das ist unwahr!) Der Präsident ruft ihn dafür zur Ordnung! Sie haben die Ehrengabe der toten Helden von 1870 verweigert. Sie haben sich von der Sedanfeier ausgeschlossen. (Kaden: Wörthpatriotismus.) Jawohl, so haben Sie es genannt! Sie haben die sozialpolitischen Gesetze vernichtet. Gestern haben Sie mir zugesetzt: "wollt ungern eingehen". Sie müssen eher fortsetzen bei den Arbeitern die Aufzähnung hervorrufen, dass sie den herrschenden Klassen hoffnungslos gegenüberstehen. Dadurch wird aber nur erreicht, dass die sozialpolitische Reformarbeit nur erschwert wird. Weite Kreise sind bereits erlahmt in dieser Arbeit! Uns wird rücksichtslos Klassenpolitik vorgenommen. Wie steht es denn aber damit bei Ihnen? Kautz hat auf dem Breslauer Parteitag gesagt: Unser nächstes Ziel ist die Erroberung der politischen Macht und wir müssen alles fördern, was den Klassenstaat untergraben kann. Es handelt sich bei dieser Vorlage um ein Gesetz der auskömmlichen Gerechtigkeit! Wenn Sie Klassenpolitik treiben, sind wir auch berechtigt, solche zu treiben, obwohl wir uns nur als die Vertreter des gesamten Volkes fühlen. Bebel hat in Breslau über die Verstaatlichung der Hypotheken gesagt, man müsse kurzen Prozess machen mit den Eigentümern und ihre Ansprüche notgänglich durch eine Rente ablösen. Die Heiterkeit, die diese Morte begleitete, zeigt, wie sympathisch Ihnen dieser Gedanke ist. Sie haben sich darüber beschäftigt, dass wir Sie von der positiven Mitarbeit ausschließen. Dass wir auf eine positive Mitarbeit, die nur die Revolution vorbereiten will, verzichten, ist doch erklärlich. (Heiterkeit.) Die sozialdemokratische Partei befindet sich im vollen Kriegszustand gegen Staat und Gesellschaft. Von uns, die wir mit klarem Auge diesen Kriegszustand erkennen, wäre es gewissenslos, wenn wir nicht die gebotene Gelegenheit ergreifen wollten, den Staat zu schützen. Wir wollen nicht die Bewegung über Sachsen hinausragen, wenn aber dadurch auch anderen Kreisen das Gewissen schädigt und das Rückgrat gestärkt würde, wäre das nicht zu bedauern. (Spöttischer Lärm links: Nationalliberale Rückgrat.) Sie gestern vorgebrachten Statistiken über die Belastung der Arbeiter durch die indirekten Steuern sind ohne jeden Schimmer von Wirklichkeit. Andere Leute tragen doch auch zu diesen Steuern bei, denn der Arbeiter konsumiert keinen französischen Champagner, keine Havannacigarren, keine seidenen Kleider. Man kann nicht schlecht hin nach der Kopfzahl rechnen. Es ist gar nicht nachweisbar, was der Konsument an Zöllen wirklich zahlt, denn das Ausland trägt doch auch einen Teil. (Barfuß links: Zur Sache!) Sie verstehen sich auf die indirekten Steuern. Die persönlichen Dienstleistungen in Staat und Gemeinde durch Ehrenämter müssen doch auch in Betracht kommen! Auch die Heranziehung der Grundsteuer ist bemängelt worden. Ich verstehe das nicht. Gerade das jetzige Wahlgesetz bewirkt doch, dass der Gesetzgeber gerade auf den Besitz von Grund und Boden Wert legt hat. Die Mehrheitsfestigung von Richtersteuern ist ferner bemängelt worden. Das ist praktisch ganz ohne Bedeutung, weil die Leute, die noch nicht einmal 1 Mt. Steuern zahlen, nur jugendliche oder weibliche Personen sind. Sie thun aber so, als ob die Erweiterung des Wahlrechts auf alle Steuerzahler gar nichts wert sei. Goldsteins Befürworten von gestern sind ganz unkontrollierbar, die Deputationsberatung wird klarheit schaffen, ich beantrage deshalb die Überweisung an die Gesetz-

sage 1867 über dessen Wirkung, es sei eine Fälschung der Meinung der Nation und eine Begünstigung der Kirchentumsgrößen. Die Regierung und die herrschenden Parteien haben doch früher so großes Gewicht auf Bismarcks Ansichten gelegt — jetzt, wo er nicht mehr im Amt ist, scheinen Regierung und Mehrheit nichts mehr aus dessen Ansichten zu geben. Riechmann hat die Aufrichtigkeit unseres Verfassungsschutzes beweisen, weil wir bei einem Hoch auf den Kaiser nicht aufgestanden seien. Soll denn die Vaterlandsliste nur darin bestehen? Das Hochscreien giebt gar keine Gewähr für eine wirkliche patriotische Gesinnung! 1884 kam der König Johann nach Grimmaischau, da gab es bei den Patrioten Flaggen, Uniformen und brausende Hochs, die Arbeiter verhielten sich ruhig und ernst, als aber 1886 die Preußen kamen, da rissen die Arbeiter die Schläfen auf dem Bahnhofe auf, um das Eindringen des Feindes zu verhindern, die Hochscreiter aber unterzeichneten eine Petition, um den König zu vertreiben! (Rechts: Blech! Sehr richtig links!) Damals befahlen die Arbeiter noch Unabhängigkeit an das Haus Bismarck, es ist aber kein Wunder, dass sie jetzt verschwunden ist, wo die Arbeiter durch Polizeischikanen verhindert werden, ihre soziale Lage zu verbessern. (Ordnungsruf.) Ich will den Beweis für die Polizeischikanen antreten. Die Gewerbeordnung gestattet die Vereinigung der Arbeiter zur Regelung ihrer Gewerbeangelegenheiten, mit Hilfe des Vereins- und Versammlungsgesetzes wird aber jedes Zusammenbinden der Vereine verhindert. (Prös.: Das ist auch nicht der Schimmer eines Beweises für Ihre Behauptung. Im übrigen wollen Sie sich auch an die Sache halten.) Wir sollen vaterlandslos sein, weil wir den Militarismus nicht wollen. Wir wollen aber eine viel stärkere Wehrhaftigkeit durch die Miliz. (Große Heiterkeit.) Als 1866 die Edelsten der Nation eine Festung nach der anderen an die Franzosen übergeben, stützten sich die Regierungen auch aufs Volk. Gayrard hat die Tüchtigkeit der sozialdemokratischen Soldaten auch gelobt. (Rühmung: Wie wars 1870?) Der Präsident erließ eine Flüge. Damals haben unsere Genossen eben geblickt wie die anderen Opitz hat von der verdammten Bedürfnislosigkeit gesprochen; wie Führer sollen das Volk nur unzufrieden machen. Wäre es denn ein Vorteil, wenn die Bedürfnisse abnahmen? Bismarck hat dies als Unglück bezeichnet; es werde eine Stagnation eintreten. Was würde aus den Fabriken in Sachsen werden, wenn das Volk nichts verbraucht? Tausende von Nähern würden still stehen, Arbeiter und Künstler würden brotlos sein. Es ist gesagt worden, dass der Friede zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zunimmt. Ich freue mich als Mensch darüber. Wer will aber dieses friedliche Verhältnis stören? Sie, indem Sie den Arbeitern nur ein Hindernis des Wahlrechts geben gegenüber den Reichen. Sie degradieren den Arbeiter und sehen ihn als Staatsbürger in die dritte Linie. Das Volk hat Ehrgefühl genug im Leibe, diese Zurücksetzung zu empfinden. Sie könnten das Wahlrecht noch auf die Diensthaber ausdehnen und die Wirkung für die arbeitende Klasse wäre doch dieselbe. Das preußische Abgeordnetenhaus wird nur spöttisch als Landtagskammer bezeichnet. Bei uns auf dem Lande würde nach Einführung des Gesetzes der Gemeindevorstand Wahlmann und der Amtshauptmann Kandidat. Wie in Preußen die Landräte, so hier die Amtshauptleute — das ist die Meinung im Lande. Sie sagen, die Bildung soll herrschen, nicht die breite unwillige Masse. In der Stadt wird aber der Emporhömming ein gewaltiges Gewicht in die Magistraturen werden. Die Grundrente ist bedeutend gestiegen. Wer ein Grundstück besitzt, das früher 10000 Mt. wert war, bekommt jetzt vielleicht 100000 Mt. dafür; ist er aber dadurch gebilbeter geworden? Sogar der Herr Seelbörger, auf den Sie ja so viel halten, kommt unter den reichen Haushalte. (Große Heiterkeit.) Die Wirkung dieses Gesetzes auf die Bildung würde eine ganz andere sein, als der Minister sie darstellt hat! Und welche Arbeit würde dieses Gesetz den Beamten machen! Auch die ungeheure Kosten, die der umfangreiche Wahlapparat erfordert; hätte man in Rechnung ziehen sollen. Die vereinigten reaktionären Parteien unter der Führung des Fortschritters Streit — das ist die Signatur dieses Hauses! Wir haben Ihnen die Hand zur Mitarbeit gereicht, sind aber zurückgestoßen und ausgeschlossen worden. Und da fragt man nach unseren Erfolgen? Bismarck hat gesagt: Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform! (Große Heiterkeit.) Wenn wir auch für die sozialpolitischen Gesetze nicht gestimmt haben, weil sie uns nicht weit genug gingen, so haben wir sie doch verteidigt, als man sie im Reichstag wieder abschaffte wollte. Wir sind es, die den Stein ins Rollen gebracht haben. (Bravo! links.)

Abg. Stolle-Gesau (Soz.): In den letzten Jahren sind erneut Bestrebungen hervorgetreten, die Reitesschämmen durch indirekte Steuern zu vergrößern. Auch die Thronrede hat sich dem angeklagten, es ist deshalb ein heiligstes Recht, diese Lasten durch Rechte auszugleichen. Aus der 25-jährigen Zusammengehörigkeit mit dem Reich ergiebt sich für Sachsen die Notwendigkeit, sich dessen Einrichtungen möglichst anzuschließen. 1868 war auch die Regierung dieser Ansicht, wie in den Motiven ausgesprochen ist. Auch in der 1. Kammer ist diese Ansicht zum Ausdruck gekommen. Gestützt auf diese Vorgänge und geführt auf unser gutes Recht bin ich der Überzeugung, dass es unsere heilige Pflicht sei, das allgemeine Wahlrecht auch für Sachsen zu erringen. Die gleiche Frage spielt auch in anderen Staaten, z. B. Weimar. Dort hat der Minister seine hohe Achtung vor dem allgemeinen direkten Wahlrecht erklärt. Wie anders bei uns? Wir werden mit unserer Forderung verbündet und verlaufen. Unser Antrag soll der Anlaß zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs gewesen sein, aber gestern hat es der Minister selbst ausgesprochen, dass die Regierung längst die Änderung des Wahlgesetzes ventilierte. Haben wir dann nicht recht, wenn wir draußen im Lande behaupten, dass die Änderung des Wahlgesetzes längst geplant war? Aber die Leberrumpelung sollte erst am Ende der Sessien kommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt auf diese Ansicht zum Ausdruck gekommen, es ist direkt am Ende der Sessien gekommen, und das ist Ihnen nicht gelungen, wir sind früher aufgestanden als die Herren von der Reaktion. Wenn aber die "breiten Massen" so dummen und so ungebildet sind, dass sie das allgemeine Wahlrecht nicht verdienen, wie kommt es dann, dass der Minister seinen Beamten gestattet hat, dass sie sich durch Reichstagsabgeordneten dem Urteil dieser "breiten, ungebildeten Massen" unterwerfen und um deren Stimmen werben? Wir können Sie behaupten, dass ein Parlament, das auf dem allgemeinen Wahlrecht begründet ist, minderwertig sein soll? Sind Sie nicht selbst auch durch dieses Wahlrecht gewählt? Gestützt

heit zurückzuführen. Sie erkennt nicht den Grundsatz an: „In Schweize deines Angesichts sollst du dein Brot essen“. Sie erkennt seine Autorität an, weder im Himmel noch auf Erden. Giebt es in der Geschichte eine Zeit, wo es besser war als jetzt, wo wir das praktische Christentum haben? Wer die Welt verbessern will, muss erst bei sich selbst anfangen. Gerade die bessergestellten Arbeiter sind unzufrieden, die armen sind beschädigt. Warum haben sie nicht den Staat des Kaisers besetzt, aus dem Lande zu gehen, wenn es Ihnen hier nicht passt? Die Klasseneinteilung ist ganz am Platze; sie wird die Agitation verhindern.

Abg. Theuerkorn (Antl.): Ich bin gegen das Gesetz, gerade weil ich die Sozialdemokratie bekämpfen will. Wir geben ihr damit schwere Waffen in die Hand gegen alle Parteien. Sie entziehen dadurch auch königstreuen Wählern die Stimme. Die Sozialdemokraten haben wenigstens noch die Genehmigung, einen Wahlmann ihrer Farbe wählen zu können, die Untergesetzten der dritten Klasse können sich aber nicht einmal einen Wahlmann leisten. Opiz hat gestern die Sozialdemokratie eine Kinderkrankheit genannt. Kinderkrankheiten sind aber sehr ansteckend, darum steht man nicht die gesunden Kinder mit den kranken zusammen, es müssten denn bloß die Maschen sein. Aber eine bloße Maschenkrankheit scheint mir die Sozialdemokratie denn doch nicht zu sein! Die Klasseneinteilung ist ein großer Fehler; man hat das Dings zwar „Abteilung“ genannt, es bleibt aber doch die „Klasse“. Der Wille des Wähler kommt bei dem bisherigen Wahlgesetz deshalb nicht zum vollen Ausdruck kommen, weil die Drittteilung entscheidet. Die anderen beiden Drittel werden majorisiert. Deshalb hätten auch Stichwahlen zugelassen werden sollen. Ich kann eine Erweiterung des Wahlrechts in dem neuen Zusatz nicht erblicken. Diese Vorlage ist eine Entziehung des Wahlrechts, wie man sie auch wenden mag. Bei der Einkommenssteuerreform wurde wegen einer geringen Erhöhung von einer Konfiskation des Vermögens gesprochen, aber wenn man das Wahlrecht auf ein Achtzigstel reduziert, ist das nicht auch eine Konfiskation? Ich weiß, dass die Proteste nichts nützen, weil die Majorität das Gesetz schon genehmigt hat. Unter dem bestehenden Wahlgesetz werde ich in Chemnitz wahrscheinlich nicht wieder gewählt werden, das soll mich aber nicht hindern, gegen die Vorlage zu stimmen. Das wir Reformer nicht mit den Sozialdemokraten an einem Strange ziehen, werden mir diese bestätigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind gegen den Entwurf, weil wir die Unzufriedenheit nicht nur vermehren wollen. Das Tischtuch zwischen uns und den Konservativen ist längst zerschnitten, aber wir haben das Messer nicht in die Hand genommen! Die Sache ging nur so lange, so lange wir ihnen die Käppen aus dem Feuer holten (Schr. richtig! links), als wir zwei eigene Kandidaten hier ins Haus brachten, war es mit der Freundschaft aus. Die paar sozialdemokratischen Abgeordneten hier in der Kammer haben noch keinen Schaden gehabt, höchstens haben sie uns einmal eine vergnügte Stunde bereitet. Mit der Vorlage schlägt man das Haus zu und nimmt den Wächter mit herein und drausen lässt man die Wölfe auf die Schafe los. Das ist kein Kampf gegen die Sozialdemokratie! Die Herren müssen herabsteigen zu den Arbeitern, aber auch nicht bloß Wählen. Doch das wird künftig auch noch wegfallen. Unser Wahlgesetz ist verbessungsfähig durch Einführung absoluter Majorität. Ich stimme für Überzeugung, nicht weil ich Hoffnung habe auf Verbesserung, sondern damit das Volk brauchen im Lande erst zur Besinnung komme. Jetzt ist's wie vor dem Kriege geschlagen.

Abg. Huiste (Cont.): Goldstein hat gestern gesagt, 44 Konservative stimmten für das Gesetz, der 45. würde auch noch umfallen. Es ist unparlamentarisch, einem Abgeordneten die Ueberzeugung abzusprechen. (Präsident: Wenn das der Fall gewesen wäre, würde ich's gerügt haben.) Ich habe von Anfang an schwere Bedenken gegen die Klasseneinteilung gehabt, bin aber der Ansicht, dass eine Einschränkung des Wahlrechts notwendig ist. Ich werde auch durch die Agitation der Reformpartei zu dieser Ueberzeugung gedrängt. Ich werde aber nur einem Gesetzentwurf zustimmen, der meinen Ansichten entspricht. Ich soll nur durch eine Zusammensetzung gewählt werden sein und deshalb die Pflicht haben, mein Mandat niederzulegen. Aber einmal gewählt, werde ich bleiben. Ich hoffe, durch das statistische Material, das der Deputation jedenfalls vorgelegt wird, für die Vorlage stimmen zu können.

Abg. Dr. Minckwitz (fortsch.): Ich bin ein Gegner dieses Gesetzes. Als wir hier zusammentraten, hat wohl niemand daran gedacht, ein solches Gesetz beraten zu müssen. Das bisherige vertrauliche Verhältnis aller Parteien muss leiden. Es wird gerade durch das Gesetz eine Oppositionspartei geschaffen werden. Die Regierung ist von der Vorlage wohl ebenso überrascht worden wie wir, sonst hätte der Justizminister wohl schwerlich noch vor Kurzem äußern können, dass er glaubt, die Sozialdemokratie stehe auf ihrem Höhepunkt. (Präf.: Ich kann nicht zulassen, dass Tischreden, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, hier zur Bekämpfung der Regierung verwendet werden.) Andere Leute machen ja auch von solchen Neuerungen für ihre Zwecke Gebrauch; ich habe mich deshalb dazu berechtigt gefaßt. (Schr. gut! links. Präf.: Das mag Ihr Glaube sein, er ist aber irrig.) Der Urwähler gibt dem Wahlmann seine Stimme, er weist aber bei der geheimen Abstimmung nicht, ob dieser auch nach seinem Austritt abstimmt. Früher wurden solche Gesetze von der Regierung besser durchgearbeitet als jetzt.

Abg. Behrens (Cont.): Ich habe lange schwere Bedenken gehabt, ob ich der Vorlage zustimmen soll, weil ich befürchtete, dass durch das Klassensystem der Mittelstand in seinen Rechten geschädigt werde. Ich werde im Prinzip dem Gesetz zustimmen, trotzdem ich kein Freund des indirekten Wahlrechts bin. Ich habe in der Fraktion die Erhöhung der Altersgrenze auf 30 Jahre wie auch Einführung des Wahlwanges gewünscht, bin aber überstimmt worden. So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben, sonst würde die Sozialdemokratie die Oberhand gewinnen. Die Erfolge im Reichstag ermutigen mich nicht, dem allgemeinen Wahlrecht ohne Zusatz zuzustimmen. Der Reichstag ist nicht mehr auf dem Niveau, wie es dem Wohl und der Ehre des Reiches entspricht. Es würde eine andere Sache sein, wenn die Sozialdemokratie wirklich die wirklichen Arbeiter vertreten würden. Das ist aber nicht der Fall. Da die 14 Sozialdemokraten für Religions-, Kirchen- und Kultuszwecke nichts bewilligt haben, so ist das ein Beweis, dass sie kein Verständnis für die Arbeiter haben. (Geyer wird wegen eines ganz harmlosen Zwischenrufs zur Ordnung gerufen. Lebhafter Protest bei den Sozialdemokraten.) Die Worte, die in der Centralhalle gefallen sind: „Feigling“, „An den Schandpfahl!“ „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun!“ sollen mich nicht abhalten, für die Vorlage zu stimmen. Geyer hat uns als Reaktionäre bezeichnet; es ist billig, mit solchen Schlagwörtern uns sich zu werben. Die Bezeichnung Reaktionär in diesem Sinne ist für mich eine Ehre.

Abg. Raden (Soz.): Wenn ich jetzt zur Geschäftsbewerbung spreche, geschieht dies, weil die Geschäftsführung die notwendige Objektivität vermissen lässt. Wir werden zur Ordnung gerufen wegen jedes Wortes, die Gegner dürfen sich jede Beschimpfung erlauben, ohne dass sie gerügt werden. Wir müssen das im Hause zur Sprache bringen.

Präf. Ackermann: Ich muss verlangen, dass der geschäftsordnungsmäßige Weg zur Beschwerde über meine Amtsführung eingehalten wird.

Abg. Geyer (zur Geschäftsbewerbung): Wir kennen den geschäftsordnungsmäßigen Weg. Wenn Raden hier öffentlich protestiert, so geschieht dies, weil wir uns durch die Geschäftsführung nunmehr während dieser beiden Tage beschränkt fühlen und durch den Protest einen Einfluss auf den Präsidenten ausüben wollen, die Geschäfte in objektiver Weise zu führen.

Präf.: Eines solchen Einflusses bedarf es nicht.

Abg. Schubert-Chennix (Antl.): Ich für Überzeugung an die Gesetzgebungsdeputation, weil sonst die Vorlage einfach Gesetz würde, wie sie jetzt ist.

Abg. Horst (Cont.): Ich spricht für die Vorlage und wendet sich gegen die Ausführungen Theuerkorns. Die Sozialdemokraten haben mit ihrem Antrage den Wind gesetzt und werden jetzt den Sturm ernten, der einige davon aus diesem Hause hinzufliegen wird. (Lächerlich links.) Wir werden weiter kämpfen mit Gott für König und Vaterland.

Abg. Fräsdorf (Soz.): Es ist erstaunlich, welche große Unzufriedenheit in den gegnerischen Reden über die Verhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie und über die Stellung der Arbeiter zur Sozialdemokratie zu Tage tritt; die Gegner müssen deshalb zu falschen Schlüssen gelangen. Es wird über die jugendlichen Arbeiter gesagt. Diese werden aber jederzeit leichter ihren Arbeitsplatz wechseln als verheiratete. Wenn das bei Herrn Niethammer besonders häufig vorkommt, so liegt das wahrscheinlich an seinen Wohlfahrtseinrichtungen. Herr Niethammer hat auch die Aufrichtigkeit unseres Gutes beweist. Wir fragen allerdings in erster Linie nach den Interessen des Volkes, nicht der Krone. Die Vorlage ist ein Kompliment an die Sozialdemokratie. Es herrscht große Aufregung unter den Arbeitern wegen des Wahlrechts, und es fällt mir als Arbeiter schwer, noch parlamentarisch zu bleiben. Und die Aufregung wird noch wachsen, wenn die Arbeiter erst in die 8. Klasse des Staatsbürgers herabgesetzt werden sind. Wenn aus kleinbürgerlichen und kleinbürglerischen Kreisen weniger Proteste kommen, so liegt dies daran, weil sie noch naiv sind als die Arbeiter. Es muss erst das Gesetz kommen, sie müssen erst einmal gewählt haben. Wenn man dem Arbeiter sein Recht nimmt, wird er auf alles andere, was man ihm bietet, pfeifen. Unsere Ausführungen über die Wahlentziehung sind doch richtig. Wer tritt für das Gesetz ein, wer gegen? Bei Ihnen zählt die breite Masse nicht, sonst könnte die Vorlage gar nicht kommen. Von der Dresdener Presse tritt nur die Hofratspresse von der Marienstraße und das von unserem Gelde mit unterhaltender Journal dafür ein, andere Blätter nicht. Es ist Ihnen in Ihrem Mandat von Ihren Wählern etwas anvertraut worden, was Sie nicht zu dem benutzen, wozu es Ihnen gegeben worden. (Widerspruch rechts. Klage des Präsidenten.) Die Klampe über die Einkommen von über 2000 Mark betrifft in Sachsen nur 727 Personen. Georgi hat gesagt, auch Lohnarbeiter könnten in die erste Klasse kommen, da hat Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei Klassen und lassen Sie die erste Klasse länger dienen als die dritte. Im Kriege freilich, da wird nicht die erste, sondern immer wieder die dritte Klasse voransteuern müssen. Das Gesetz ist jedem solchen Arbeiter gewidmet, der Raden mit Recht erwidert: Ein solchen Arbeiter könnte man im Grünen Gewölbe ausspielen. Die Blaufeuerei ist eine gleiche. Schaffen Sie doch auch in der Armee drei